

Protokoll

über die 85. Sitzung vom 20. Februar 2019

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Meine Damen und Herren – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, stellen Sie bitte die Gespräche ein, oder verlagern Sie sie nach außerhalb des Plenarsaals. – Vielen Dank.

Ich eröffne die 85. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Berg, Herr Abg. Dr. Kern, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Dr. Merz, Frau Abg. Niemann sowie Herr Abg. Palka.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Hermann sowie Frau Staatssekretärin Schütz, ab 14 Uhr Herr Minister Untersteller und ab 14:15 Uhr Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Es liegt Ihnen ein Vorschlag der Fraktion der AfD für eine Umbesetzung bei den Schriftführern vor (*Anlage 1*).

Es ist beantragt, über den Umbesetzungsvorschlag der Fraktion der AfD förmlich abzustimmen. Ich habe hierzu zwei Wortmeldungen. – Ich habe Sie gesehen, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Zunächst erteile ich zur Geschäftsordnung für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Gall das Wort.

Abg. Reinhold Gall SPD: Werte Frau Präsidentin! Wir, das heißt, die Fraktionen von SPD, Grünen, Freien Demokraten und CDU,

(Zuruf von der AfD: Altparteien!)

haben in der letzten Sitzung bereits deutlich gemacht, dass wir das Vorschlagsrecht der AfD zur Besetzung eines Schriftführerpostens selbstverständlich anerkennen, den Vorschlag aber ablehnen.

Frau Kollegin Razavi hatte das seinerzeit beispielsweise damit begründet, dass gegenwärtig ein Parteiausschlussverfahren gegen den Abg. Räßple AfD läuft. Wenn dem stattgegeben würde, hätte dies zwangsläufig zur Folge, dass er auch aus der AfD-Fraktion ausscheiden müsste – und dann aber diese Funktion auch zukünftig inne hätte.

Ich will sagen: Der von Ihnen heute wiederum beabsichtigten Provokation des Landtags, indem Sie Räßple erneut vorschlagen, werden wir heute erneut widersprechen. Denn es wäre geradezu absurd, jemanden zum Schriftführer zu benennen, der nach unserer Geschäftsordnung die Präsidentin bei der Sitzungsleitung unterstützen sollte – und muss –, der aber in der Vergangenheit nahezu alles unternommen hat, um einen geordneten Sitzungsablauf zu erschweren.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf: Bravo!)

Es kommt noch hinzu: Wir sind auch der Meinung, dass der Kollege Räßple durch sein bisheriges Verhalten hier im Parlament der Würde des Hauses nicht entsprochen hat. Deshalb bitten wir um förmliche Abstimmung über diesen Vorschlag.

Präsidentin Muhterem Aras: Ich habe Sie gesehen, Herr Abg. Dr. Fiechtner. – Jetzt Herr Abg. Baron zur Geschäftsordnung.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Die AfD-Fraktion hat sich erneut mehrheitlich für die heute beantragte Umbesetzung des Schriftführers ausgesprochen. Natürlich wissen wir, dass sich einige an den Positionen von Herrn Räßple stören. Allerdings muss auch klar gesagt werden: Herr Räßple ist Abgeordneter dieses Hohen Hauses und hat genauso wie jeder Abgeordnete jeder anderen Fraktion auch das Recht, sich als Schriftführer zu bewerben.

Sollte die Person bei der Wahl eines Schriftführers wirklich eine große Rolle spielen? Denken Sie darüber nach. Herr Gall hat es bereits erwähnt: Der Schriftführer hat die Aufgabe, die Präsidentin während der Sitzung zu unterstützen,

(Lachen – Unruhe)

sei es bei der Anmeldung von Zwischenfragen oder bei der Feststellung von Abstimmungsergebnissen. Insofern hat er keinerlei realpolitischen Einfluss auf die Belange des Landtags oder gar auf inhaltliche Fragen.

Ich muss eines auch ganz klar zurückweisen: Hierbei geht es um ein Mandat; hierbei geht es um die Fraktion und nicht um die Partei. Das muss man hier ganz klar trennen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Was ihr so alles trennt!)

(Anton Baron)

Dass Sie sich – vor allem bei den Grünen – in Bezug auf Herrn Räßle immer so aufspielen, ist ohnehin absurd. Denn wir stellen hier keine Person auf, die bei Demonstrationen mitläuft, auf denen „Deutschland verrecke!“-Banner gehalten werden,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und die anschließend auch jegliche Distanzierung von diesen deutschlandfeindlichen Schriften verweigert.

Von Union und FDP wurde Claudia Roth auch noch zur Vizepräsidentin des Bundestags erhoben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Gute Wahl!)

Ich sage Ihnen: Solange Vertreter Ihrer Parteien eine Frau Roth zur Vizepräsidentin eines Parlaments wählen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

können Sie nicht gleichzeitig einem Herrn Räßle den weniger bedeutsamen Posten eines Schriftführers verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch bei der SPD – Lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren, damit Sie wirklich noch einmal darüber nachdenken und die Entscheidung auch mit Ihrem Gewissen abstimmen können, beantragen wir hiermit geheime Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Schon wieder! Damit sichtbar wird, wer bei euch alles dagegen stimmt, oder?)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe. Wir haben den Antrag von Herrn Abg. Baron gehört: geheime Wahl.

Jetzt gibt es weitere Wortmeldungen, aber bitte nur zur Geschäftsordnung. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die AfD-Fraktion, diese völlig zerfledderte Fraktion, führt ihr Schauerstück fort. Ich stelle hier den Geschäftsordnungsantrag, diese Abstimmung zu verschieben; denn das ist nur ein billiger Trick einiger Radikalinskis in dieser Fraktion, den Landesparteitag am kommenden Wochenende in ihrem Sinn zu beeinflussen, ein Zeichen zu setzen.

Deswegen ist mein Antrag: Bitte stimmen Sie dafür, diese Abstimmung heute zu verschieben, und zwar auf die Zeit nach diesem Landesparteitag. Dann kann sich die AfD-Fraktion vielleicht neu sortieren und neu ordnen, und dann wird sie vielleicht auch Klarheit darüber haben, ob man einen Menschen wie Herrn Räßle unbedingt als Schriftführer benennen soll.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein! Wir entscheiden heute! – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! – Es gibt zwei Geschäftsordnungsanträge. Der erste Antrag begehrt eine geheime Wahl, und der zweite Antrag ist der, der gerade von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gestellt worden ist, nämlich ein Antrag auf Vertagung.

Der Antrag auf Vertagung geht am weitesten. Deshalb lasse ich nach § 97 Absatz 5 der Geschäftsordnung zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Ich bitte um Handzeichen, wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, die Abstimmung zu vertagen, bis über das Parteiausschlussverfahren von Herrn – –

(Zurufe von der AfD: Parteitag! – Unruhe)

– Antrag des Abg. Dr. Fiechtner auf Vertagung bis nach dem Parteitag der AfD. – Wer diesem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Zuruf: Einstimmig!)

Einer. Okay. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen damit heute in geheimer Wahl über die Umsetzung bei den Schriftführern ab. Die geheime Wahl erfordert einige organisatorische Vorbereitungen, die die Landtagsverwaltung vorsorglich schon getroffen hat.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Während ich noch einige Hinweise gebe, werden die letzten Vorbereitungen getroffen, sodass wir danach ohne Unterbrechung direkt weitermachen können.

Meine Damen und Herren, als Wahlkommission für die Nachwahl berufe ich nach § 97 a Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags Frau Abg. Boser sowie die Herren Abg. von Eyb, Haußmann, Nelius, Dr. Rapp, Rottmann und Schoch.

Meine Damen und Herren, zur Abgabe Ihrer Stimme darf ich Sie bitten, die beiden Telefonzellen auf der rechten und linken Seite des Plenarsaals als Wahlkabinen zu nutzen. Ein Mitglied der Wahlkommission – hierfür schlage ich Frau Abg. Boser vor – nimmt vom Redepult aus den Namensaufruf vor, der in § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zur rechten oder linken Seite des Plenarsaals zu begeben. Dort geben die Mitglieder der Wahlkommission den Stimmzettel und den Wahlumschlag aus, damit in den jeweils zwei dort vorhandenen Telefonzellen gewählt werden kann.

Beachten Sie bitte noch Folgendes: Es gilt von der Mitte aus betrachtet die folgende Aufteilung: Die aufgerufenen Abgeordneten der Fraktion der FDP/DVP, der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten begeben sich zu der von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals, die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD gehen zur von mir aus gesehen linken Seite. Auf beiden Seiten wird in einer Liste von zwei Mitgliedern der Wahlkommission jeweils festgehalten, wer den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, indem Sie den Stimmzettel mit Ja, Nein oder „Enthaltung“ ankreuzen. Gewählt ist entsprechend dem Wahlvorschlag, wenn der Wahlvorschlag mehr Ja- als Neinstimmen erhält, wobei Enthaltungen hier nicht mitzählen.

Bitte beachten Sie folgende weitere Hinweise bei der Stimmabgabe: Nicht beschriebene oder gekennzeichnete Stimmzettel und solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn mehr als ein Kreuz notiert wurde.

Stecken Sie nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag, und kleben Sie diesen bitte nicht zu. Das erleichtert die Arbeit der Wahlkommission. Werfen Sie den Wahlumschlag in die hier am Redepult bereitstehende Wahlurne. Herr Abg. Haußmann kontrolliert den Einwurf der Wahlumschläge in die Wahlurne. Herr Abg. Dr. Rapp hält in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten gewählt haben. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Frau Boser nimmt bitte den Namensaufruf vor. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen. Vielen Dank.

(Auszählen der Stimmen)

Zu einem Geschäftsordnungsantrag, Herr Abg. Räßple.

Abg. Stefan Räßple AfD: Frau Präsidentin, ich habe einen Geschäftsordnungsantrag. Ich möchte auch über die zweite Wahl hier getrennt abstimmen lassen, über Herrn Abg. Jonas Weber. Mir ist aus den Reihen der SPD zu Ohren gekommen, dass Herr Weber in seiner Partei auch eine umstrittene Person ist.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was für ein Witz!)

So etwas ist der Würde des Badischen Staatstheaters Karlsruhe nicht angemessen. Aus diesem Grund möchte ich auch hier eine geheime Abstimmung fordern.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe. Auch hierzu wurde jetzt der Antrag auf geheime Wahl gestellt. Dann müssen wir das auch in geheimer – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hat er sechs Stimmen?)

– Eine geheime Wahl ist durchzuführen, sobald ein Abgeordneter sie beantragt oder gegen die offene Abstimmung ist. Damit muss dem Antrag stattgegeben werden.

Für die geheime Wahl brauchen wir natürlich organisatorische Vorkehrungen, die wir jetzt nicht vorgesehen hatten. Daher schlage ich vor, dass wir weitermachen und diesen Punkt nachher aufrufen.

Damit treten wir jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – „Rettet die Bienen!“ – Baden-Württemberg auf gutem Weg beim Erhalt der Artenvielfalt – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wann hat es das schon einmal gegeben? Zwei Wochen lang konnten wir beobachten, wie Menschen in Bayern in den Kommunen Schlange standen. Sie standen nicht, wie heutzutage oft, Schlange für ein neues I-Phone oder für ein neues Computerspiel, sondern sie standen Schlange, um sich in eine Liste für ein Volksbegehren einzutragen, ein Volksbegehren, dessen Ziel es ist, mehr Naturschutz, mehr Artenvielfalt in Bayern zu erreichen. Das ist schon ein Paradigmenwechsel, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhard CDU – Zuruf von der AfD: Aber das wollen Sie hier ja nicht!)

Es geht darum, das Naturschutzgesetz in Bayern der Realität anzupassen, es zu modernisieren und zu verbessern. 18,4 % der Wahlberechtigten haben sich in diese Listen eingetragen, ein sensationeller Erfolg. Denn die Menschen wollen, dass auch noch ihre Kinder und Enkel Schmetterlinge und Vögel in natura sehen. Sie wollen, dass die Natur zukünftig besser geschützt wird.

Auch wenn wir in Baden-Württemberg schon um einiges weiter sind als Bayern, macht dieses Volksbegehren auch für uns deutlich: Naturschutz ist kein Thema für eine kleine Minderheit; er ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das Bild dieser langen Menschenschlangen wird sich in das kollektive Bewusstsein unserer Gesellschaft einprägen. Das

(Jürgen Walter)

heißt, die Politik muss nun Ernst machen mit diesen Forderungen, ja, in Bayern muss ein großer Teil dieser Forderungen übernommen werden.

Dieses Volksbegehren, meine Damen und Herren, ist ein Signal an die Politik, den Naturschutz ernst zu nehmen und das Tempo zu erhöhen. Die Menschen spüren – das zeigt dieses überwältigende Ergebnis –: Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, dann werden wir einen Teil der Natur, einen Teil von uns verlieren, und zwar für immer.

Der Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt hat dramatische Züge angenommen. Das Insekten- und Vogelsterben wird von vielen Menschen als der letzte Weckruf wahrgenommen. Denn eines muss klar sein: Ohne Insekten verschwinden Nützlinge und Bestäuber, mit massiven negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, und – was sehr sichtbar sein wird – es wird keine Schwalben und keine Mauersegler mehr zu sehen geben.

Die Menschen merken: Das Zeitfenster, um umzusteuern, wird kleiner. Die Artenvielfalt geht in einem ähnlichen Tempo verloren wie die Gletscher in den Alpen. Aber es gibt leider immer noch zu viele Bremser und zu viele Mitglieder der „Ja, aber“-Fraktion. Wir müssen uns jedoch vergegenwärtigen: Nach jetzigem Stand der Forschung bleiben uns noch zehn bis 15 Jahre, um gegenzusteuern. Dies ist ein verschwindend kleiner Abschnitt in der Geschichte der Menschheit. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass in einer kurzen Zeitspanne von 1985 bis 2015 die Masse der Fluginsekten um 75 % zurückging. Diese alarmierende Zahl sagt uns: Handelt jetzt!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es mittlerweile wieder en vogue ist, die Wissenschaft zu kritisieren und ihre Ergebnisse in Zweifel zu ziehen. Das zeigt uns die Debatte um die Aufklärung. Künftig müssen wir Vernunft und Urteilskraft, zwei wesentliche Bestandteile der Aufklärung, wieder beherzigen. Wir müssen jenen in der Wissenschaft glauben, die es ernst meinen, die geforscht haben.

Man kann jetzt ein interessantes Buch lesen, das in wörtlicher Übersetzung des englischen Titels „Die Händler des Zweifels“ heißt – in Deutschland erscheint es unter dem Titel „Die Machiavellis der Wissenschaft“. Dort wird beschrieben, wie im Auftrag von Lobbyisten so getan wird, als seien die Maßnahmen für den Umweltschutz, den Klimaschutz, den Gesundheitsschutz gar nicht notwendig. Diese Händler des Zweifels wollen die Entwicklung aufhalten und diejenigen stoppen, die bereit sind, jetzt die Zukunft zu gestalten. Ein aktuelles Beispiel ist der Lungenarzt und Rechenkünstler Köhler. Auch er ist ein Händler des Zweifels, der versucht hat, die Forschung zu diskreditieren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott! – Abg. Stefan Herre AfD: Ein Chefideologe!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein, danke. – Zurück zum Naturschutz, meine Damen und Herren. Die Initiativen, die in

Bayern dieses Volksbegehren gestartet haben, schauten vor allem nach Baden-Württemberg. Wir können zufrieden feststellen: Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist die biologische Vielfalt zu einem zentralen Thema dieser Landesregierung geworden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Geblieben! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Wir haben zahlreiche Erfolge erzielt. Der stark unterfinanzierte Naturschutzhaushalt wurde zunächst von 30 Millionen € auf 60 Millionen € pro Jahr erhöht. Ziel in dieser Legislaturperiode – Kollege Reinhart, hier sind wir uns ja einig – sind 90 Millionen €. Viele Maßnahmen kommen beispielsweise im Rahmen der Landschaftspflegerichtlinie über die Landschaftserhaltungsverbände dem Naturschutz im gesamten Land zugute und – das ist ebenfalls wichtig – auch den Landwirtinnen und Landwirten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass im Gegensatz zu dem, was rückwärtsgewandte Kräfte oft behaupten, nicht die Maßnahmen des Naturschutzes für das Höfesterben verantwortlich waren, sondern die fehlgeleitete Agrarpolitik

(Abg. Carola Wolle AfD: Die Sie mit zu verantworten haben!)

unter dem Motto: Wachse oder weiche!

(Beifall bei den Grünen)

Das Volksbegehren in Bayern hat deswegen zu Recht gefordert, jetzt das Überleben der Artenvielfalt zu sichern und das Höfesterben zu bremsen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

Naturschutz, meine Damen und Herren, braucht die Landwirtschaft, ob sie ökologisch oder konventionell ist.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Viele Forderungen, die in Bayern erhoben wurden, sind bei uns bereits umgesetzt, etwa der Schutz durch Gewässerrandstreifen. Gefordert wird aber auch, Feldgehölze und Hecken als Biotop zu schützen, in Naturschutzgebieten den Pestizideinsatz zu verbieten oder einen Biotopverbund aufzubauen; auch diesbezüglich sind wir in Baden-Württemberg schon sehr weit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Staatssekretär Andre Baumann hat vor Kurzem gesagt: 80 % der Forderungen, die in Bayern erhoben werden, sind in Baden-Württemberg schon umgesetzt oder auf bestem Weg.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: So ist es!)

Das ist ein Erfolg, auf den wir wirklich stolz sein können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Jürgen Walter)

Wenn nun Herr Söder Interesse daran hat, die Südschiene wieder aufleben zu lassen, dann können wir ihm nur entgegenrufen: Kommen Sie zu uns nach Baden-Württemberg, und schauen Sie, wie Naturschutz funktioniert!

(Beifall bei den Grünen)

Natürlich sollten wir auch die 20 % nicht verschweigen. Dazu gehört insbesondere die Pestizidreduktion. Meine Kollegin Martina Braun kämpft seit Jahren leidenschaftlich dafür, dass diese endlich auf den Weg gebracht wird.

Wir unterstützen ein weiteres Ziel des bayerischen Volksbegehrens: Wir wollen, dass 30 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologische Fläche sein wird. Wir sind erst bei 12 %. Wir alle wissen aber, dass die Nachfrage nach Biolebensmitteln so groß ist, dass wir immer noch sehr viel aus dem Ausland importieren müssen. Das könnten wir ebenfalls zumindest reduzieren, wenn wir selbst mehr biologischen Anbau hätten.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Politik muss immer die Frage stellen: Wie wollen wir morgen leben? Wenn wir den Wohlstand von heute ins Morgen retten wollen, dann müssen wir auf manchen Gebieten vieles radikal verändern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig! Weg mit den Grünen, das wäre das Erste!)

Meine Damen und Herren, wir haben – ich habe es schon ausgeführt – in den acht Jahren mit grüner Regierungsbeteiligung viel erreicht. Wir dürfen jetzt aber im Naturschutz nicht nachlassen. Vielmehr sind der Schwund der Artenvielfalt und der Klimawandel Anlass dafür, das Tempo nochmals zu erhöhen. Lassen Sie uns also auf diesem Weg fortfahren – aber ausnahmsweise ohne Tempolimit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haser.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Zeig, was in dir steckt!)

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sollte Gott, wie es in dem Buch Genesis steht, jemals tatsächlich den Befehl ausgegeben haben: „Macht euch die Erde untertan“, können wir im 21. Jahrhundert Vollzug melden. Die Erde ist bebaut. Sie ist aufgeteilt, sie ist bewirtschaftet, sie ist zersiedelt, und sie ist erobert.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wir sind also schon zum Erdkern vorgedrungen?)

Wir haben die Technik erfunden, um mehr als sieben Milliarden Menschen zu ernähren. Das ist eine schier unglaubliche Leistung. Das Dumme ist nur: Ganz nebenbei haben wir auch Techniken entwickelt, erfunden und eingesetzt, die geeignet

sind, die Lebensgrundlage für ebendiese mehr als sieben Milliarden Menschen zu zerstören.

Deswegen haben wir heute drei Möglichkeiten. Wir können erstens eine Strategie fahren, die heißt: Wir reduzieren die Weltbevölkerung auf z. B. eine Milliarde Menschen, ziehen vielleicht im Endausbau sogar wieder in die Höhlen zurück und leben vom Jagen und Fischen.

Zweitens: Wir tun einfach nichts. Es gibt große Industriestaaten, die genau das tun und sagen: „Das gibt es alles nicht. Die Problematik ist herbeigeredet. Wir tun einfach nichts.“ Es gibt wahrscheinlich auch eine Partei, die so etwas Ähnliches nachher sagen wird.

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Drittens – Sie ahnen, worauf ich hinauswill –: Wir tun das, was wir am besten können. Wir stemmen uns mit aller Macht gegen die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir hinterfragen Selbstverständliches und streben nach Lösungen, die die Erfüllung beider Wünsche vereinen – den Wunsch nach einem warmen Wohnzimmer, bezahlbarem Essen, einem komfortablen Lebensstil, Mobilität und Energie auf der einen Seite,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

und auf der anderen Seite den Wunsch nach einer Welt, die an der Existenz des Menschen nicht zerbricht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Ich glaube, dass das geht. Die Technologien und Errungenschaften, die Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung, die uns schon so oft an den Rand der Existenz gebracht haben, sind zugleich Faktoren, die uns retten können – mitsamt den Bienen und Insekten, mitsamt den Vögeln, Fischen und Wildtieren.

Das bayerische Volksbegehren, das bis auf ein paar dem Zeitgeist geschuldete handwerkliche Fehler die unschätzbare Chance in sich birgt, dass Veränderungen endlich einmal nicht nur angemahnt, sondern auch im eigenen Tun der Bevölkerung akzeptiert werden, sollte uns Mut machen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Die Initiatoren des Volksbegehrens fordern eine Biotopvernetzungsstrategie – die haben wir schon.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Bayern wollen 30 % Bio – das fordern wir schon. Die Bayern wollen ein Pestizidverbot – wir arbeiten längst an Strategien, die Pestizide, so gut es geht, obsolet machen. Die Bayern fordern ein Programm für die Biodiversität, das auf wissenschaftliche Erkenntnisse in Sachen Artenschwund setzt – das hat diese Regierung aus CDU und Grünen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie längst auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf von der CDU: Genau!)

Nun fragen Sie sich wahrscheinlich – ich frage mich das auch –: Reicht das? Das weiß ich nicht. Mal ehrlich: Sie wis-

(Raimund Haser)

sen es auch nicht. Niemand weiß das. Aber unsere eigene Geschichte sollte uns Mut machen.

Es gab eine Zeit, da schwamm im Rhein kein Fisch mehr, weil das Wasser so dreckig war. Heute schwimmt im Bodensee kein Fisch mehr, weil das Wasser zu sauber ist. Einst sorgte der saure Regen für das Waldsterben. Mal ehrlich: Wann haben Sie zum letzten Mal dieses Wort gehört?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Einst fürchteten wir uns vor Müllbergen, und heute streiten sich die Müllverbrennungsanlagen um jedes Gramm Müll. Mehr als 90 % des Plastikmülls, der in den Weltmeeren schwimmt, stammt aus fünf Flüssen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau so ist es!)

Sie ahnen es: Weder die Donau noch der Rhein sind einer dieser fünf Flüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Da will man mir erzählen, wir würden es nicht schaffen, den Artenschwund zumindest abzubremsen und der Natur Raum und Heimat zu geben?

Natürlich bringt das Veränderungen mit sich, natürlich kostet das auch Geld. Da sind wir dann bei der politischen Dimension all dessen, was ich beschrieben habe.

Eine Unterschrift ist schnell getätigt. Aber wie nachhaltig und konsequent ist diese Bienenliebe? Wie viele Menschen haben das bayerische Volksbegehren unterschrieben, weil das Gegenteil von „Rettet die Bienen!“ ist: „Rettet die Bienen nicht!“? Wie viele hätten unterschrieben, wenn es ehrlicherweise geheißen hätte: 100 Millionen € für die Biodiversität, 100 Millionen € weniger für den Rest, für Schulen, Kitas und soziale Wohltaten?

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Hätten Sie da unterschrieben?

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

An dieser Ehrlichkeit werden sich alle, die derzeit Sätze sagen wie: „Ich verstehe gar nicht, warum man da nicht mehr macht; das ist doch gar nicht so schwer“, messen lassen müssen.

Wir hier wissen jedenfalls, dass es schwer ist, dass ein langer, von Unsicherheit geprägter Weg vor uns liegt. Aber so wie wir, die CDU-Fraktion, schon zu Zeiten von Weiser, Vetter und Gönner für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und Artenvielfalt eingetreten sind, so stehen wir heute zu den Entscheidungen von Umweltminister Untersteller und Agrarminister Hauk, die bei diesem Thema an einem Strang ziehen. Und das sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch tun.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stein das Wort.

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema, über das wir heute sprechen, ist eine Initiative aus Bayern, welche die Rettung der Bienen als Ziel ausgibt. Die Grünen nutzen diese Debatte unter dem Titel „Rettet die Bienen!“ – Baden-Württemberg auf gutem Weg beim Erhalt der Artenvielfalt“,

(Unruhe)

um sich dieses Thema auf ihre Fahne zu schreiben. Doch damit täuschen sie uns gleich in zweifacher Hinsicht.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

Zum einen möchten sie uns weismachen, dass das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ aus Bayern, über das wir uns heute unterhalten, eine Idee der Grünen war,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

welche sie nun auch in Baden-Württemberg vorantreiben möchten.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Zum anderen möchten sie mit dieser Initiative darüber hinwegtäuschen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Freie Rede!)

dass es die Politik der Grünen und der Altparteien war – darunter die gescheiterte Energiewende –, welche seit Jahren

(Abg. Martin Rivoir SPD: Er kann ja nicht mal vorlesen!)

ein Insektensterben immer weiter befeuert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Lernen Sie mal, gescheit vorzulesen!)

Doch der Reihe nach. Die Idee des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“ ging in Bayern von der Kleinstpartei ÖDP aus. Die Grünen betätigen sich hier lediglich als Trittbrettfahrer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Grundsätzlich ist es wohl über alle Parteien hinweg sowie in der Bevölkerung breiter Konsens, dass die Bienen sowie alle anderen Arten von Insekten wichtig für unser Ökosystem und deshalb auch schützenswert sind.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt wohl wenige Menschen, welche, angesprochen auf der Straße, nicht dazu bereit wären, eine Unterschrift zum Thema „Rettet die Bienen!“ zu leisten. Doch das Kleingedruckte bleibt einem dabei meist verborgen. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass mit dem Gesetzentwurf aus Bayern wieder Bevormundung für die Landwirte und weitere Verbote einhergehen.

(Vereinzelt Lachen bei den Grünen)

(Udo Stein)

Als Beispiel nenne ich hier nur Artikel 11 a des Gesetzentwurfs. Dabei geht es um sogenannte Himmelsstrahler und Beleuchtungsanlagen. In Artikel 11 a heißt es:

Eingriffe in die Insektenfauna durch künstliche Beleuchtung im Außenbereich sind zu vermeiden. Himmelsstrahler und Einrichtungen mit ähnlicher Wirkung sind unzulässig.

Das heißt dann kurz und knapp: Jedwede Beleuchtungsanlage im Außenbereich – z. B. die Lampe an der Garage, die zur Haustür leuchtet – zählt auch dazu.

Müssen wir die Auswirkungen auf die Insektenfauna und die Beeinträchtigung wie die Schädigung in Verbindung mit dem Ziel des Artenschutzes berücksichtigen? Stellen Sie sich einmal diese Bürokratie vor; stellen Sie sich vor, was es bedeutet, wenn wir jede künstliche Lichtquelle daraufhin untersuchen wollen. Dieses Vorhaben zeigt das klassische Vorgehen der grünen Verbotspartei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Ja, ihr seid genau mit drauf.

(Zurufe von den Grünen)

Es ist eine Splitterpartei von euch, wenn man sich die Geschichte anschaut.

Es geht bei den Grünen wieder nur darum, den Bürger zu gängeln und mit Verboten im täglichen Leben zu bevormunden.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Dieses Thema kommt für die Grünen wohl gerade zur richtigen Zeit – vor der Europawahl –, um damit vom eigenen jahrelangen Versagen abzulenken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die flora- und faunaschädigende Politik geht nämlich von Ihrer Ideologie aus.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so ist es! – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von den Grünen)

– Es mag hier wohl Gelächter auslösen, jedoch ist dies nichts anderes als ein Verlegenheitslachen im Wissen um die eigene Schuld.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Den üblichen Gründen, die für das Insektensterben verantwortlich gemacht werden – Pestizide, Autos, Varroamilbe und als kleinster Beitrag auch der Mückenpatscher –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

müssen folgende wichtige Punkte hinzugefügt werden: Durch die von den Grünen und den Altparteien stark forcierte Energiewende und den damit einhergehenden ausufernden und oftmals sinnfreien Bau von Windkraftanlagen finden jährlich

nicht nur bis zu 200 000 Fledermäuse und ebenso viele Vögel den Tod, die Anzahl der durch Windkraftanlagen getöteten Insekten ist um ein Vielfaches höher anzusiedeln.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Tata, tata, tata!)

Hinzu kommt der vermehrte Anbau von Monokulturen, der sogenannten Energiepflanzen, zur Befeeuerung der Energiewende. Würden in Deutschland Ackerflächen nicht zum Verheizen, sondern wieder vermehrt zur Nahrungsmittelgewinnung und für Tierfutter genutzt werden, dann würde sich die Lage heute ganz anders darstellen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Zwischenzeugnis mangelhaft!)

Die Energiewende trägt einen großen Teil der Schuld am Insektenschwund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist Ihre bisherige Politik, und Sie sind die Verantwortlichen. Darum muss von Ihrer Seite schleunigst wieder ein Sündenbock gefunden werden:

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Der böse Landwirt oder der böse Mensch des 21. Jahrhunderts im Allgemeinen

(Zuruf von der AfD: Oder der weiße Mensch!)

ist also wieder einmal schuld. Den Nicht-Ökolandwirt haben Sie ja ohnehin als angeblichen Tierquäler und Bodenvergifter, als Wurzel allen Übels ausgemacht. Schlimmere Insektentöter sind nur noch die Autofahrer und dabei insbesondere diejenigen mit einem Diesel.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Denn im Zuge der Energiewende entstanden doch erst hoher Flächendruck, Intensivierung und monotone Felder.

(Zuruf von den Grünen: Quatsch! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Jetzt soll es nach dem Willen der Grünen auch beim Thema Insektenschutz den Bauern ans Leder gehen. Es müsste sich hier eher eine Initiative „Schützt und rettet unsere Bauern“ gründen; denn die werden ebenfalls immer weniger.

(Beifall bei der AfD)

Um die Insektenvielfalt zu erhöhen, fordern wir, die AfD, daher freiwillige Förderprogramme und keinen Gesetzeszwang. Was basisdemokratische Entscheidungen anbelangt, sind wir von der Alternative für Deutschland die einzige Partei, die das ganz oben im Programm stehen hat.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hahn zu?

Abg. Udo Stein AfD: Nein. – Es kann jedoch nicht mit der Zustimmung für eine wohlklingende Überschrift wie

(Zurufe von den Grünen)

(Udo Stein)

„Rettet die Bienen!“ und Verboten wie Gängelungen im Kleingedruckten hintendran gerechnet werden. Beim Thema Bienen wird nicht der Wille des Volkes in den Vordergrund gestellt; dies wird eher dazu missbraucht, grüne Lobbyverbände zu stärken und deren Interessen durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unsere heimischen Landwirte, unsere Artenvielfalt an Vögeln und Insekten sowie unsere noch vorhandenen, wunderschönen Blühflächen gilt es daher eher vor den Grünen und ihrer wahnwitzigen, völlig deplatzierten, ideologiegeprägten Politik zu beschützen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wichtig ist auch, was jeder selbst im Kleinen für die Insekten tun kann. Beispielsweise kann im Garten auch eine Blumenwiese statt eines englischen Rasens wachsen. Man kann Insektenhäuser bauen. Ein verantwortungsvoller Landwirt wird von sich aus Sorge dafür tragen, dass die Insekten genügend Lebensraum haben.

Wir von der Alternative für Deutschland sprechen uns für Basisdemokratie und Volksentscheide aus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Martina Braun GRÜNE: Jawohl!)

Bei Themen wie Windkraft, Eurorettung, „Unbegrenzte Zuwanderung“ und in Hinterzimmern ausgeklügelten Freihandelsabkommen soll der Bürger selbst entscheiden dürfen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wofür er bürgt und zahlt.

Das sind ebenso wichtige Themen. Seltsamerweise regt sich dabei keine unterstützende Hand vonseiten der Altparteien. Die einzige Partei, die das so sieht, ist die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Deshalb fordere ich alle echten Demokraten dazu auf, dem wahren Souverän, dem Bürger, mehr Macht zu geben und nach dem Vorbild der Schweizer Demokratie

(Zurufe, u. a.: Was? – Jetzt aber! – Unruhe)

die direkte Demokratie in Deutschland zu vollenden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt haben Sie es doch noch fertig gemacht! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Erst muss man mal den Satz vollenden!)

– Ich habe noch Zeit.

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

(Zuruf von den Grünen: Aus welchem Jahrhundert ist der Vorredner eingeflogen worden? – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aus dem letzten Jahrtausend!)

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Was den Insektenschutz und damit auch den Schutz der Bienen angeht, kann sich die Regierung tatsächlich einiges auf ihre Habenseite schreiben.

Ich darf daran erinnern, dass wir, liebe grüne Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Legislaturperiode schon mit gutem Beispiel vorangegangen sind, das Wassergesetz geändert haben, den Gewässerrandstreifen eingeführt bzw. erweitert haben,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das wissen wir!)

mehr Geld für die Landschaftspflegerichtlinie bereitgestellt haben, das Grünlandumbruchverbot eingeführt haben und auch die Landschaftserhaltungsverbände erheblich unterstützt haben. Das war eine gute grün-rote Politik für unser Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es ist auch gut, dass Sie beide zusammen als Regierungskoalition nun 30 Millionen € für den Artenschutz in den Haushalt eingestellt haben:

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So sind wir!)

halbe-halbe, Agrar und Umwelt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist fair!)

Wir sind gespannt.

Jetzt ist es aber wirklich nicht an der Zeit, vielleicht etwas hämisch oder selbstverliebt nach Bayern zu schauen, sondern man sollte einmal einen Strich unter die Rechnung machen. Dann sieht die Rechnung natürlich etwas anders aus. Denn wo bleibt tatsächlich die Anstrengung, den Anteil des Biolandbaus erheblich zu erhöhen? Da geht es doch nur in „Gänse-däbberle“ voran.

Wo ist denn Ihre Anstrengung, die Pestizidausbringung zu reduzieren? Ihr Agrarminister hat ja nicht einmal ein Interesse daran, zu dokumentieren, wie viel Pestizide auf den Acker kommen –

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

und das vor dem Hintergrund, dass wir wissen, dass in Deutschland in den letzten zehn Jahren 25 % mehr Pestizide ausgebracht worden sind. Ja, glauben Sie, das ist in Baden-Württemberg anders? Aber Sie wollen es ja nicht wissen.

Wir würden schon auch gern wissen: Warum tun Sie nichts dagegen, dass in Naturschutzgebieten noch immer Pestizide auf den Ackerflächen ausgebracht werden? Und warum tun Sie nichts dafür, dass die Einhaltung der Düngeverordnung endlich mal richtig kontrolliert wird? Wo sind die Bestrebungen, herauszufinden, ob die naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen tatsächlich so bewirtschaftet werden, wie es gedacht ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CDU, und an Ihren Agrarminister gerichtet: Was machen Sie denn jetzt eigentlich mit diesen 13 Millionen €? Die Rechenschaft

(Gabi Rolland)

darüber sind Sie uns bislang schuldig geblieben; wir haben das ja in der letzten Wochen aufgrund unseres Antrags im Umweltausschuss diskutiert.

Dann frage ich mich auch, Kollege Haser: Es mag ja sein, dass Agrarminister und Umweltminister an einem Strang ziehen. Die Frage ist aber: In welche Richtung? Offensichtlich entgegengesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Also, Kolleginnen und Kollegen, ihr habt da noch einiges zu tun; auf der Sollseite steht noch ganz viel.

Wenn Sie wissen wollen, was man da tun kann, schauen Sie sich an, was die Bundesregierung in Person der Bundesumweltministerin Svenja Schulze, SPD, als Strategie erarbeitet hat. Es würde uns sehr freuen, wenn die Kollegen und Kolleginnen von der CDU mit ihrer Agrarministerin uns darin unterstützen würden. Denn da wird das Ziel formuliert, den Anteil des Ökolandbaus auf 20 % zu erhöhen. Die Nachfrage ist da. Die Leute wollen solche Lebensmittel kaufen. Also bitte, fördern Sie den Ökolandbau,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen wir doch!)

die Ausbildung, die Beratung. – Es ist aber keine finanzielle Hinterlegung da.

Fördern Sie die insektenfreundliche Nutzung von Grünland. Das heißt, 10 % bleiben im Winter stehen, geeignete Mähtermine und Intervallmähtermine. Neonicotinoide können Sie sofort verbieten, kurzfristig, jetzt. Glyphosatausbringung und andere Totalherbizide können Sie sofort verbieten,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und das ist gut. Der Landwirtschaft können Sie dafür einen Übergangszeitraum von fünf Jahren einrichten. Warum tun Sie das nicht?

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Rolland, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Gabi Rolland SPD: Nein. – Die Einhaltung der Düngeverordnung können Sie besser kontrollieren. Ich bin gespannt, was da kommt. Es gibt so viele Möglichkeiten, die Sie im Agrarbereich umsetzen können. Sie tun es nicht.

Auch im Naturschutz gehen Sie nicht hin und befreien die Ackerflächen in den Naturschutzgebieten und rundherum von den Pestiziden. Sie machen es nicht. Sie gehen auch nicht auf die Gemeinden zu und sagen, dass die Lichtquellen, die die Insekten stören, abgebaut werden müssen. Dieses bläulich-weiße Licht tut den Insekten nicht gut. Herr Walter, da können Sie sofort etwas tun. Fördern Sie die Gemeinden, damit da etwas passiert.

Sie können Maßnahmen ergreifen, die auch vor unserem Landtag blühend wirken, indem der Rasen umgestaltet wird und keine Blumenrabatte mehr entstehen, sondern tatsächlich eine artenreiche Blütenwiese, von mir aus auch – hier steht es ja schon – mit einem Wildbienenhotel.

Die SPD-Fraktion hat für ihre Gemeinderatsfraktionen und Kreistagsfraktionen genau für dieses Thema eine Handrei-

chung erarbeitet. Vor Ort kann man viel umsetzen. Hier im Haus kann man viel umsetzen. Den blühenden Landtag erwarten wir jetzt von Ihnen. Denn wir haben keinen zweiten Planeten im Kofferraum.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Sie jetzt das Volksbegehren in Bayern als Aktuelle Debatte auf die Tagesordnung gesetzt haben, Sie haben recht: Es ist ein geeignetes Instrument, damit Bürgerinnen und Bürger zu Gehör kommen. Es wird viel diskutiert, in allen Bevölkerungskreisen, über dieses Thema „Rettet die Bienen!“:

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das stimmt!)

an den Stammtischen, in den Vereinen, in den Schulen. Sie haben recht, die Leute stehen Schlange. Also, unterstützen Sie bei solchen emotionalen Themen tatsächlich dieses Bündnis mit dem Volk, das Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen rate ich Ihnen, Kollegen und Kolleginnen von CDU und Grünen:

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Unterstützen Sie auch unser Volksbegehren für gebührenfreie KITAS 2019.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu diesem interessanten und sehr wichtigen Thema komme, möchte ich zumindest eine Vorbemerkung zu der Aussage machen, die AfD sei die einzig wahre Partei.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Bitte korrekt zitieren!)

Liebe Kollegen von der AfD, die Demokratie – –

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

– Hören Sie bitte einfach einmal zu. Ich weiß, das ist nicht Ihre Stärke.

Es ist das Anliegen aller Parteien hier im Haus, dass wir in einem – –

(Zurufe der Abg. Bernd Gögel AfD und Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Herr Fraktionsvorsitzender, hören Sie bitte auch zu.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, ja! – Unruhe)

Es ist geradezu ein grundlegender Pfeiler der Demokratie, dass man um Dinge streitet und um Dinge ringt. Am Schluss kommen dabei Kompromisse heraus. Diese Kompromisse sind im Zweifelsfall besser als das, was jeder Einzelne von uns hier hinbekommen hätte. Und Sie stehen da vorn hin und sagen: die einzig wahre Partei.

(Andreas Glück)

Ich möchte Sie daran erinnern: Es gab schon einmal eine Partei auf deutschem Grund und Boden, die von sich behauptet hat, dass sie die einzig wahre Partei sei,

(Abg. Udo Stein AfD: Blödsinn!)

und diese Sache ging total böse aus.

(Zuruf von der AfD: Ein Schwachsinn!)

Rufen Sie sich das bitte endlich einmal ins Gedächtnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema „Insekten und Insektensterben“ ist unglaublich wichtig. Glauben Sie mir, als Familienvater fällt es natürlich auch mir auf: Früher auf dem Weg in die Schule oder wenn wir unterwegs waren oder auf dem Weg zur Großmutter, konnte ich frühmorgens z. B. ab und zu einmal Glühwürmchen sehen. Heute tue ich mich schwer, meinen Kindern, die jetzt im gleichen Ort aufwachsen wie ich, Glühwürmchen zu zeigen. Ja, mein subjektives Empfinden ist auch: Da ändert sich etwas. Das besorgt mich tatsächlich.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

– Seien Sie doch einmal ruhig! – Deswegen ist es natürlich ein großes Anliegen von mir, dass wir über das Thema Insekten sprechen. Denn Insekten erfüllen natürlich noch mehr Funktionen, als dass sie einen nur mit Freude erfüllen – wenn man Glühwürmchen sieht. Darüber sind wir uns alle einig. Deswegen habe ich mich, ehrlich gesagt, gefreut, als ich mitbekommen habe, dass die Grünen dies als Thema für die heutige Aktuelle Debatte gewählt haben. Allerdings bin ich etwas enttäuscht von Ihnen; denn Sie haben inhaltlich nicht arg viel mehr rübergebracht, als dass Sie sich einfach nur selbst loben wollen, und dabei lassen Sie dann auch noch NO_x, Wissenschaftler und Tempolimit mit einfließen.

Lassen Sie uns doch irgendwann einmal sachlich über dieses Thema Insekten sprechen,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:
Sehr gut!)

und lassen Sie uns dieses Thema nicht in einer Eigenlobhudelei abvespern. Das wird diesem Thema Insekten nicht gerecht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Anlass für Ihre Aktuelle Debatte ist der Gesetzentwurf, der Gegenstand des Volksbegehrens in Bayern ist. Ich glaube, wir sollten einmal differenziert hinschauen. Vom Prinzip her ist es ja toll, dass die Menschen sich da so angesprochen fühlen, aber, wie Kollege Haser vorhin auch schon richtig gesagt hat, es gibt schon auch ein paar handwerkliche und eigentumsrechtliche Probleme bei diesem Gesetzentwurf in Bayern.

Ein zentraler Punkt, den ich sehr schwierig finde, ist die Tatsache, dass er zunächst einmal sehr einseitig in Richtung Landwirtschaft fokussiert ist. Das Problem ist doch nicht nur die Landwirtschaft; es ist möglicherweise auch die Landwirt-

schaft. Deswegen geht es doch zunächst einmal darum, die Frage zu klären: Warum haben wir denn einen Insektenrückgang zu verzeichnen, und wie sieht der überhaupt aus? Es war übrigens eine FDP/DVP-Initiative, der Antrag Drucksache 16/2165 vom Kollegen Bullinger, mit der wir genau das beim Umweltministerium abgefragt haben. Ich zitiere aus der Stellungnahme zu diesem Antrag:

Für das Land Baden-Württemberg liegen keine langfristigen, systematisch erhobenen Daten vor, die eine Aussage zur Entwicklung der Insektenarten und Fluginsekten-Biomasse zulassen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir diesem Monitoring auch in den Finanzberatungen – Kollege Rösler weiß es – ausdrücklich zugestimmt. Ich kann Ihnen als Arzt nur raten: Erst müssen Sie eine Diagnostik machen, bevor Sie zu einer abschließenden Therapie kommen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das ist etwas ganz, ganz Zentrales und Wichtiges. Wir müssen doch klären, ob es sich bei diesem Insektenrückgang um ein flächiges Problem handelt oder ob es möglicherweise regionale Schwerpunkte gibt. Wir müssen doch irgendwann auch einmal einordnen können: Hängt es vielleicht mit dem Klimawandel als solchem zusammen, dass eben manche Insektenarten zurückgehen und andere kommen? Wir müssen doch irgendwann auch einmal klären: Welche anderen Faktoren gibt es noch? Ein Faktor ist mit Sicherheit die Landwirtschaft, mögliche Faktoren sind aber natürlich auch Trockenperioden oder das Zuwandern ganz neuer Insektenarten. Es ist z. B. das Trockenlegen von Hochmooren oder das Ausräumen von Waldsäumen oder Feldrainen und Hecken. Deswegen ist dieses Monitoring gut, und es ist absolut wichtig, dass es das gibt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Glück, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein. – Und nun – –

Präsidentin Muhterem Aras: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein. – Aus diesem Grund macht es natürlich Sinn, dass wir erst einmal eine Diagnostik machen, bevor wir in die Therapie einsteigen.

Aber wir können bis dahin trotzdem einiges tun. Es gibt z. B. im Bereich der Landwirtschaft ohnehin schon das Interesse, Pflanzenschutzmittel möglichst effizient auszubringen; denn diese sind teuer. Deswegen finden wir es auch gut, dass Landwirte verpflichtet sind, sich bezüglich der Pflanzenschutzmittel fortzubilden; es gibt auch diesen Sachkundenachweis.

Wir Liberalen stehen für den integrierten Pflanzenschutz, der schon damit anfängt, dass man sich überlegt: Welche Sorte kann ich wo anbauen? Deswegen setzen wir Liberalen auch auf Technologie, z. B. auf Droplegdüsen, die die Pflanzenschutzmittel unter die Blüten bringen und damit für die Insekten weitaus weniger schädlich sind, weil man sie so selektiver ausbringen kann. Im Übrigen benötigt man dann auch weniger Pflanzenschutzmittel.

(Andreas Glück)

Wenn wir dann einmal nach Rheinland-Pfalz schauen: Es war gerade ein FDP-Mann, Landwirtschaftsminister Wissing, der das Satellitennavigationssystem SAPOS-HEPS gebührenfrei zur Verfügung stellen konnte. Das ist nämlich genau der Witz: In der modernen Landwirtschaft brauchen wir dieses GPS-System, ein Realtime-Kinetic-System, mit dem man den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduzieren kann.

Ich stelle hier die Frage – Herr Minister Untersteller, vielleicht können Sie mir die beantworten, oder vielleicht kann Herr Minister Hauk dazu etwas sagen –: Wann wird dieses System denn bei uns kostenfrei zur Verfügung gestellt? Auch das ist doch eine Technologie, die dazu beiträgt, Insekten zu schützen.

Des Weiteren bin ich schon der Meinung, dass es wichtig ist, dass wir Freien Demokraten für ein flächendeckendes 5G-Netz kämpfen. Denn wir brauchen ein 5G-Netz auch in der Landwirtschaft. Da gebe ich Bundesforschungsministerin Karliczek eben nicht recht, die meint, man brauche „nicht 5G an jeder Milchkanne“. – Doch. Ganz klare Ansage: Wir brauchen ein flächendeckendes 5G-Netz bis zu jeder Milchkanne, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Winfried Mack CDU)

Dann kommt zum Schluss das Thema „Moderne Züchtungsverfahren“. Ja, das Thema „Grüne Gentechnik“ ist auch für mich ein ganz schwieriges Thema, von dem ich immer ein bisschen die Finger lassen wollte. Aber es gibt moderne Züchtungsverfahren, mit denen im Gegensatz zu der alten gentechnischen Veränderung, bei der man quasi völlig fremde Gene in ein Genom eingebaut hat, nur bereits in der Pflanze vorhandene Gene aktiviert werden können. Bisher führen die Regelungen dazu, dass wir in diesem Bereich überhaupt nicht forschen. Ich halte das schlicht und einfach für falsch.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir sollten uns zumindest in der Diskussion einmal diesem Genome-Editing-Verfahren öffnen. Es ist richtig, das ist ein europäisches Thema. Es ist aber mit Sicherheit auch wichtig, dass wir, das Land Baden-Württemberg, eine Meinung dazu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachten wir die landwirtschaftlichen Erträge in Deutschland und in Baden-Württemberg, dann wird klar, dass unsere Böden und unsere Erträge weitaus besser sind als das, was wir in den meisten Teilen der Welt sehen. Ja, man könnte sogar behaupten, wir leben auf gesegnetem Boden. Das geht mit einer Verantwortung einher. Es geht mit der Verantwortung einher, dass wir auch zukünftig an der Sicherstellung der Ernährung der Weltbevölkerung mitwirken.

Deswegen: Monitoring, Insekten – alles gut. Aber wir müssen aufpassen, dass wir keinen rückwärtsgerichteten Artenschutz vollziehen. Wir wollen keinen Artenschutz gegen die moderne Landwirtschaft. Das würde nicht funktionieren. Wir werden da das Rad nicht zurückdrehen können. Insektenchutz und moderne Landwirtschaft und Technologie, das ist kein Gegensatz, sondern das eine bedingt das andere.

Lassen Sie uns Ja sagen zu Technik, zu Fortschritt. Das wird uns allen helfen, auch den Insekten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Der Erfolg des Volksbegehrens in Bayern mit über 1,7 Millionen gesammelten Unterschriften zeigt: Das Wegsterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten berührt viele Menschen zutiefst. Viele merken: Es geht dabei ans Eingemachte,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Panikmache!)

wenn die biologische Vielfalt schwindet. Das ist – so empfinde ich das zumindest – ein ermutigendes Zeichen auch für Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Erschreckend!)

Dabei will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen: Es ist weniger die Honigbiene, deren Bestand schwindet, sondern es ist die Wildbiene, bei der wir Probleme haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

Aber das festzustellen ist natürlich auch der Aufmerksamkeit einer solchen Initiative geschuldet. Daher verstehe ich auch, dass man das Volksbegehren so tituliert hat.

Wir haben uns des Themas „Rückgang der Biodiversität“ in Baden-Württemberg schon vor geraumer Zeit angenommen – das ist auch hier schon in einigen Reden zum Ausdruck gekommen – und der Erkenntnisse der Wissenschaft, die es in der Vergangenheit gegeben hat. Ich erinnere nur einmal an die sogenannte Krefelder Studie vom Oktober 2017, die ja mit dafür gesorgt hat, dass das Thema in die breite Öffentlichkeit gekommen ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine Fake Studie! – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir haben dies sehr ernst genommen und auch Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Meine Damen und Herren, die große Mehrzahl der im bayerischen Volksbegehren aufgeführten Regelungen – auch das ist schon vereinzelt angesprochen worden – sind in Baden-Württemberg bereits vorhanden bzw. hier auch schon umgesetzt worden. Viele unserer Regelungen wurden inhaltlich und zum Teil sogar – das sage ich auch einmal – wortwörtlich im bayerischen Volksbegehren übernommen. Baden-Württemberg hat ganz offensichtlich bei dieser Thematik für andere eine Vorbildfunktion, und – das sage ich offen – darauf dürfen wir in diesem Land durchaus auch ein bisschen stolz sein.

(Minister Franz Untersteller)

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um stellvertretend ein paar Beispiele zu nennen, die das untermauern.

Eine Verpflichtung der öffentlichen Hand zum Schutz der Natur ist in unserem Naturschutzgesetz bereits seit etlichen Jahren geregelt. Ebenso ist detailliert geregelt, dass Naturschutz auch eine Aufgabe für Erziehung, Bildung und Forschung ist.

Ich habe gerade erst am letzten Wochenende wieder Kinder, die am 26. Wettbewerb „Naturtagebuch“ teilgenommen haben, für ihr Engagement auszeichnen dürfen.

Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz hat einmal sinngemäß gesagt: Man kann nur das schützen, was man auch kennt. Genau dieser Überzeugung folgen wir, indem wir schon bei den Kindern anfangen – übrigens auch im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie – und dieses Thema in Kindergärten, in Schulen thematisieren. Damit wollen wir die Begeisterung für unsere Natur wecken und erhalten und auch die Kenntnisse über Natur, Naturschutz und Artenvielfalt stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Das Volksbegehren in Bayern fordert, sensible Gewässerrandstreifen nicht zu düngen. Bei uns ist dieses Begehren entlang aller unserer Fließgewässer umgesetzt, nämlich mit der letzten Novelle des Wassergesetzes für Baden-Württemberg.

Ein weiteres Beispiel möchte ich nennen: Das grundsätzliche Verbot des Umbruchs von Dauergrünland findet sich bei uns ebenso wie das Gebot, Entwässerungen von Moorstandorten und Feuchtwiesen zu unterlassen. Auch dies ist bei uns umgesetzt.

Feldgehölze und Hecken sind bei uns bereits seit geraumer Zeit gesetzlich geschützte Biotope, in Bayern übrigens bislang noch nicht.

Pestizide sind bei uns in besonders geschützten Gebieten – Frau Rolland, da liegen Sie mit Ihren Darlegungen meines Erachtens falsch – außerhalb von intensiv genutzten land- und fischereiwirtschaftlichen Flächen bereits heute verboten. Das umfasst auch die Kern- und Pflegezonen von Biosphärengebieten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Paul Nemeth
CDU)

Das sind nur ein paar Beispiele, die zeigen: Baden-Württemberg ist in diesem Bereich bereits dort, wo die Menschen in Bayern mit ihrem Volksbegehren in der Zukunft hinwollen.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist Lebensraum für rund 50 000 Tier- und Pflanzenarten. Aber auch bei uns sind etliche dieser Tier- und Pflanzenarten gefährdet. Man kennt die Zahl und weiß, dass hier etwa 40 % der Tier- und Pflanzenarten in einem unterschiedlichen Ausmaß gefährdet sind.

„Erhalten, was uns erhält“, das ist uns, der Landesregierung, wichtig, und das ist auch eine wichtige Zielsetzung dieser Landesregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir ne-

ben dem Naturschutzgesetz eine moderne Naturschutzstrategie, um die uns viele Bundesländer beneiden. Die Naturschutzstrategie begreift Naturschutz als Querschnittsaufgabe, die uns alle angeht. Arten- und Naturschutz sind für uns eminent wichtig. Aus diesem Grund hat die grün-schwarze Landesregierung die Mittel für den Naturschutz auch in dieser Legislaturperiode kontinuierlich weiter erhöht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zusätzlich haben wir – das ist schon angesprochen worden – gemeinsam das Sonderprogramm für biologische Vielfalt aufgelegt und für die Jahre 2018 und 2019 36 Millionen € allein für dieses Sonderprogramm bereitgestellt. Das haben wir in dem Bewusstsein getan, dass wir trotz aller Fortschritte bei uns im Land ebenfalls mit Artenschwund und einem Verlust biologischer Vielfalt zu kämpfen haben.

Wir wollen deshalb die Lebensgrundlagen heimischer Arten verbessern, und wir wollen den Blick auf die Natur mithilfe eines Monitoringsystems schärfen, um auf künftige Veränderungen schneller reagieren zu können. Wir stärken auch unsere Naturschutzgebiete mit diesem Sonderprogramm. Wir sichern unsere besonderen Habitate mit ihrer Vielfalt, wir entwickeln Schutzmaßnahmen für unsere Moore, und wir setzen den landesweiten Biotopverbund, der auch bundesweit viel Beachtung findet, gemeinsam um.

Es wird also konkret etwas getan, und das kommt auch – das will ich auch einmal sagen – in der Fläche an, beispielsweise indem wir einen Gutteil der Mittel aus dem Sonderprogramm über die Landschaftspflegeleitlinie ausreichen. Und an wen? Zu einem Gutteil auch an die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land, die wir brauchen, um den Naturschutz und den Artenschutz in der Fläche voranbringen zu können. Wie soll man das denn anders machen? Es reicht doch nicht aus, wenn wir ein paar Naturschutzgebiete, ein paar Landschaftschutzgebiete haben; vielmehr brauche ich mehr die Fläche und diejenigen, die die Fläche bewirtschaften. Daher geht es nur gemeinsam mit der Landwirtschaft – wenn wir wollen, dass wir hier zu Erfolgen kommen –, den Natur- und Artenschutz voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich will einmal eine Zahl nennen: Wir haben allein im letzten Jahr im Rahmen der Landschaftspflegeleitlinie 1 333 Vorhaben in Baden-Württemberg auf einer Fläche von über 4 000 ha noch einmal zusätzlich unterstützen können. Das zeigt, dass wir dieses Thema in der Fläche sehr ernst nehmen und es mit den Landwirten, mit den Weidetierhaltern voranbringen wollen.

Ich will an dieser Stelle noch eines sagen: In den letzten Jahren ist es uns in Baden-Württemberg gelungen, gemeinsam mit der Landwirtschaft – übrigens nicht nur in dieser und in der letzten Legislaturperiode, sondern, das sage ich ausdrücklich dazu, auch in den Legislaturperioden davor – die Extensivierung voranzubringen.

Worin kommt das zum Ausdruck? Denken Sie einmal an die Nitratbelastung unseres Grundwassers. Wir haben in Baden-Württemberg nach wie vor noch Problemgebiete, größenordnungsmäßig etwa 9 %. Nur einmal deutlich gesagt: Andere Bundesländer würden sich einen Anteil von 9 % wünschen.

(Minister Franz Untersteller)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

In Nordrhein-Westfalen liegt er bei 40 %, in Niedersachsen bei 50 %, in Schleswig-Holstein zwischen 50 % und 60 %. 9 % sind noch immer eine Herausforderung, und wir sollten in den nächsten Jahren schauen, was wir noch weiter tun können. Aber in Baden-Württemberg kann man sagen: Niemand in diesem Land bekommt Trinkwasser, bei dem nicht die Anforderungen der Trinkwasserverordnung eingehalten werden. Wie gesagt, daher muss man auch einmal deutlich machen: Da sind Erfolge zu verzeichnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Jeden Tag sagen!)

Wenn wir wollen, dass wir auch in Zukunft weiter auf einer Erfolgskurve sind, müssen wir natürlich deutlich sagen: Es ist nicht damit getan, dass wir gemeinsam mit den Landwirten schauen, was geht und was nicht geht. Vielmehr müssen wir auch die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Pflicht nehmen, auch diejenigen, die unterschrieben haben. Letztendlich geht es natürlich auch um Preise für die Produkte, die die Landwirtschaft bei uns erzeugt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Nur wenn vernünftige Preise gezahlt werden, sei es im konventionellen oder im biologischen Bereich, kann ich von Landwirten auch Dinge verlangen, ohne dass letztlich die Existenz dieser Betriebe gefährdet wird. Deshalb ist es ein ganz entscheidendes Thema, dass wir an die Verbraucherinnen und Verbraucher auch appellieren müssen, dass sie es selbst mit in der Hand haben, was in unserer Landschaft geht und was nicht geht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Der Erhalt unserer Schöpfung, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist für diese Koalition – das sage ich deutlich – ein Herzensanliegen. Ich erlaube mir aber auch – damit habe ich kein Problem –, den Kolleginnen und Kollegen der SPD zu danken, denn einiges, worauf wir uns heute stützen, haben wir schon in der letzten Legislaturperiode gemeinsam vorangebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bisherige Erfolg des von mir jetzt schon mehrfach erwähnten Sonderprogramms wie auch das große Interesse der Menschen an Natur- und Artenschutz zeigen uns, dass wir mit unserer Politik richtig liegen. Er zeigt uns aber auch, dass wir in der Verantwortung stehen. Denn seien wir mal ehrlich: Ein Sonderprogramm für zwei Jahre, für die Jahre 2018 und 2019 – so sehr ich mich darüber gefreut habe und so sehr wir darauf stolz sein können –, wird die Dinge nicht grundlegend verändern können.

Deswegen ist es notwendig, dass wir, wenn wir die Dinge in diesem Jahr weiter voranbringen, uns auch darüber unterhalten, wie wir in den kommenden Jahren auf dem aufbauen, was wir jetzt entwickelt haben, und wie wir auf dem aufbauen, was das Landwirtschaftsministerium, das Umweltministerium und das Verkehrsministerium in ihren Zuständigkeitsbereichen hier vorangebracht haben.

Was können wir auch in den kommenden Jahren als Fortsetzung dessen, was wir auf den Weg gebracht haben, gemeinsam entwickeln? Wie können wir gemeinsam versuchen, in den kommenden Jahren nicht nur den Rückgang der Anzahl gefährdeter Arten in Baden-Württemberg zu reduzieren, sondern auch wirklich eine Trendwende zu schaffen? Ich glaube, dies ist notwendig – auch im Interesse unserer Kinder und Kindeskinde.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! Sehr gute Rede!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Braun.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel gesagt worden. Ja, das Volksbegehren in Bayern war eine tolle Sache. Ich denke, in Baden-Württemberg hätten wir die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema auch hinter uns. Und ja, Herr Glück, Klimaschutz ist natürlich auch ein wichtiges Thema. Denn auch dahinter steckt Artenschutz.

Wir haben den Artenschutz mit dem Sonderprogramm für Biodiversität ins Zentrum unseres politischen Handelns gestellt. Es geht um mehr als um Bienen, es geht um viel mehr. Deshalb ist es wichtig, alle ins Boot zu holen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ja, Herr Stein, es geht eben nicht nur um Bienen, sondern um ganz viele Arten. Lichtverschmutzung ist ein ganz wichtiges Thema. Wenn Sie eine blühende Wiese vor dem Haus haben, können Sie nachts Ihren Strahler auch gern ausschalten; denn die Blumen sieht dann niemand.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie der Abg. Gabi Rolland SPD – Abg. Udo Stein AfD: Die habe ich seit vier Jahren! Ich brauche keine Ratschläge!)

Wir brauchen alle: Private, Kommunen, Wirtschaftsbetriebe und auch Politikerinnen und Politiker. Jede und jeder kann etwas tun. Minister Untersteller hat dies auch eindrücklich gesagt.

Herr Stein, Sie haben sich auch in dem widersprochen, was Sie gesagt haben: Sie haben die Monokulturen mit Mais angemahnt, und gleichzeitig haben Sie behauptet, dass wir den Bauern Zwangsmaßnahmen aufdrücken würden.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Das ist keinesfalls so. Das Land hat Förderprogramme für die Landwirtschaft, die alle freiwillig sind. Wir sind froh, dass die Landwirtinnen und Landwirte diese Programme zunehmend aufnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Herre AfD: Aber falsche Anreize setzen! Völlig falsche Anreize gesetzt!)

Viele Bäuerinnen und Bauern sind auf dem Weg, ihre landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch zu bewirtschaften. Dar-

(Martina Braun)

an haben eben unsere guten Förderprogramme ihren Anteil. Es gibt in Baden-Württemberg den Öko-Aktionsplan, es gibt mittlerweile neun Bio-Musterregionen, Frau Abg. Rolland. Wir sind also durchaus auch mit Vorzeigeprojekten unterwegs.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Es liegt an uns: Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass es mehr wird. Das nehmen wir ernst, und das tun wir auch.

An dieser Stelle appelliere ich an die Landwirtinnen und Landwirte, zu begreifen, dass sie – das hat auch Minister Untersteller richtigerweise gesagt – hier eine ganz zentrale, wichtige Rolle einnehmen, um Artenschutz in der Fläche voranzutreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU erteile ich das Wort Herrn Abg. Bürger.

(Abg. Norbert Beck CDU: Guter Mann!)

Abg. Klaus Burger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke unserem grünen Koalitionspartner für diese Aktuelle Debatte „Rettet die Bienen!“. Ich will Ihnen gar keinen sprichwörtlichen Honig um den Mund schmieren, aber die Debatte gibt uns die Möglichkeit, einmal aufzuzeigen, wo Baden-Württemberg in Sachen Artenvielfalt steht.

Erlauben Sie mir die Bemerkung: Den Auftakt machte 1987 Minister Vetter, und von 2005 bis 2011 stellte die CDU mit Tanja Gönner auch eine Umweltministerin.

Doch zuvor eine Feststellung. Ja, es ist richtig: Ohne Bienen und ohne Insekten gäbe es 60 % weniger Erträge bei Nutzpflanzen, Gemüse und Obst. Deshalb begrüßt es auch die CDU-Landtagsfraktion, dass sich in Bayern und in Baden-Württemberg immer mehr Menschen für Artenvielfalt einsetzen und Biodiversität schätzen und unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das muss aber auch für den Biber gelten!)

Zum Volksbegehren zur Artenvielfalt in Bayern erlauben Sie mir bitte zwei Bemerkungen. Von den sieben zentralen Forderungen der Initiative obliegen zwei dem Bundesgesetzgeber, und die anderen sind in Baden-Württemberg schon fast vollständig umgesetzt. Auch das Volksbegehren sieht die Bäuerinnen und Bauern als Teil der Lösung und nicht als die alleinigen Verursacher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich frage mich schon, ob es nicht möglich wäre, dass wir alle gemeinsam, jeder von uns, mindestens einen Quadratmeter wieder einsäen und dort Blumen erblühen lassen. Bei elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg würde das auch zu blühenden Landschaften führen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl!)

Es ist bereits auf eine wirkungsvolle Förderstruktur hingewiesen worden. Ich will sie noch einmal erwähnen. Das Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, kurz LLG, sieht ein Verbot der Umwandlung von Dauergrünland und eine Pflicht für Gewässerrandstreifen vor. Ich halte es für geboten und fordere, diese Randstreifen ökopunktfähig als Blühstreifen zu aktivieren. Dadurch würde sich ein Mehrwert ergeben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Darüber hinaus gibt es, wie schon angesprochen, das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl – kurz FAKT – und die Landschaftspflegerichtlinie. Die Landesregierung hat im November 2017 ein Sonderprogramm zur Stärkung biologischer Artenvielfalt aufgelegt. Handlungsfelder sind beispielsweise die ökologische Aufwertung von Straßenbegleitgrün, die Umsetzung des Fachplans „Landesweiter Biotopverbund“, kostenlose Biodiversitätsberatung für Landwirte und die Förderung biologischer Vielfalt in Kulturlandschaft und Ackerregionen.

Die CDU konzentriert sich aber nicht ausschließlich auf die Landwirtschaft. Im Bereich Forsten werden wir ebenso Maßnahmen aus dem Sonderprogramm zum Erhalt von Artenvielfalt umsetzen. Der CDU-Landtagsfraktion ist es wichtig, dass tragfähige Maßnahmen möglichst in allen Bereichen in den Blick genommen werden. Im Rahmen dieses Programms arbeitet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zudem aktuell eine Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie für Baden-Württemberg aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Beratungen über die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 laufen noch. Wir werden uns weiter darum bemühen, dass diese Beratungen in ein gutes und umsetzbares Ergebnis münden und Artenverlusten entgegenwirken.

Ganz wichtig ist aber auch die Bildung. In unserem Bildungsplan 2016 wurde der Artenschutz umfassend verankert und findet sich inhaltsbezogen fächerübergreifend wieder.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

Zum Abschluss noch zwei kurze Stichworte.

Baden-Württemberg hat mit über 100 000 ha das größte zusammenhängende Streuobstwiesennetz Europas. Das Land fördert die Baumpflege und auch Aufpreisinitiativen; denn nur über einen Ertrag kann diese Struktur erhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr richtig!)

Die Durchwachsene Silphie erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Sie ist ein Korbblütler und bietet den Bienen Nektar von Juni bis September, ist Lebensraum für Käfer, Insekten und Kleintiere, schafft Bodendiversität und ist als Energiepflanze und als Ersatz für Maiskulturen gefragt.

(Klaus Burger)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – abschließend –, wenn wir diese Anstrengungen auf viele Schultern verteilen und auch die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot nehmen, dann bin ich sicher, dass die Bienen in Baden-Württemberg in eine gute Zukunft fliegen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich die Generalkonsulin der Französischen Republik, Frau Catherine Veber.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Frau Generalkonsulin Veber trifft sich heute zu Gesprächen mit Mitgliedern des Landtags.

Sehr geehrte Generalkonsulin Veber, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags herzlich willkommen und wünsche Ihnen hier einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Nun erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Stein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Muss das sein?)

Abg. Udo Stein AfD: Ja, das muss sein, Herr Kollege. Auch wir sind demokratisch gewählt. Es gehört zum Demokratieverständnis, dass man die anderen eben auch mal reden lässt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Dann, bitte! Beginnen Sie!)

Sie sind ja hier ein toller Demokrat. Es muss sein, ja.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Also los!)

Herr Kollege Glück, ich möchte noch einmal betonen: Ja, wir sind die einzige Partei, die sich basisdemokratisch nach Schweizer Vorbild äußert und ein Schweizer Modell möchte – auch als Korrektiv zur Fehlentscheidung in der Politik –, die einzige Partei. Uns da gleich wieder in die rechte Ecke stellen zu wollen ist unerhört. Schämen Sie sich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Ogottogott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Ihr damaliger Minister Jürgen Trittin sagte 2005: „Der Landwirt wird zum Energiewirt.“ Herr Walter, Sie sprachen vorhin von Vernunft und Urteilskraft. Jetzt gebe ich Ihnen einfach mit: Überlegen Sie sich einmal, was seither bei uns in der Kulturlandschaft geschah – machen Sie sich Gedanken darüber – und welche Auswirkungen wir heute sehen, was das Resultat davon ist. Überlegen Sie es sich. Vielleicht kommen Sie auch einmal zu einem Entschluss.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gut, dass wir es gemacht haben! Der Trittin hat recht gehabt! Eine gute Einnahmequelle für unsere Landwirte! – Zuruf des Abg. Stefan Herre AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

(Abg. Raimund Haser CDU: Die ist heute gut drauf!)

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch drei Anmerkungen und zwei Bitten.

Herr Burger, ich greife Ihre Anregung, einen Quadratmeter einer artenreichen Blütenwiese auf unserem Balkon mitten in der Stadt einzusäen, auf – ich hoffe, unsere Vermieterin stimmt dem zu. Den Wildbienen gefällt es dort allerdings schon ganz gut.

Zweite Anmerkung: Herr Minister Untersteller, ich nehme das, was Sie zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten ausgeführt haben, gern mit. Wir haben gerade einen umfangreichen Antrag zum Thema Pestizideinsatz laufen. Sie wissen, dass wir das beim Landtag – wahrscheinlich ist er auch schon bei den Ministerien – angemeldet haben. Darüber werden wir sicherlich auch noch einmal diskutieren.

Eine letzte Anmerkung: Sie haben recht, es ist viel passiert, was den Grundwasserschutz angeht. Die Nitratwerte sind auch in Baden-Württemberg gesunken. Ich sage Ihnen aber: Aus Umweltschutzgesichtspunkten, aus Vorsorgegesichtspunkten, zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Umwelt ist jeder Stoff, der durch Menschen ins Grundwasser gelangt ist und da nicht hingehört, einer zu viel. Deswegen müssen wir hier unsere Anstrengungen verstärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Dosis macht das Gift!)

Zwei Bitten: Frau Braun, ja, wir haben jetzt neun Modellregionen, und wir haben ein Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau in Emmendingen-Hochburg. Ich bitte Sie: Legen Sie großen Wert darauf, dass diese Einrichtung personell und finanziell so ausgestattet ist, dass dort auch die Fachberatung, die Aus- und Fortbildung für die Landwirte geleistet werden können. Die brauchen nämlich diese Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Bitte: Die Landschaftspflegeverträge sind eines der Fundamente, die wir brauchen, damit wir gemeinsam mit den Grundstückseigentümern, den Bauern, den Landbewirtschaftern eine so gute Naturschutzpolitik und Umweltpolitik machen können. Bitte sorgen Sie dafür, dass die Bruttoflächen anders angenommen werden, dass man dies ändern kann. Denn heute haben wir Veränderungen bei 50 bis 70 % der Verträge. Wissen Sie, was für eine Arbeit das für den Landwirt und für die Behörden bedeutet? Früher waren das 10 %. Wir brauchen da dringend neue Rahmenbedingungen, damit uns die Landwirte nicht von der Fahne gehen, sondern auch zukünftig im Rahmen der Landbewirtschaftung und der Pflege-

(Gabi Rolland)

verträge genau das machen, was wir von ihnen auch erwarten, nämlich verantwortungsvoll – das wollen sie auch – mit der Scholle umzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin davon überzeugt, dass wir alle gerade beim Thema Insektenschutz noch viel lernen müssen. Es gibt einfach manche Mythen, die sich da halten, und die werden eben auch nicht dadurch wahrer, dass man sie immer öfter wiederholt.

Ich möchte bloß ein Beispiel herausziehen. Frau Rolland, seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich dazu jetzt Ihren Beitrag aufgreife. Sie haben vorhin z. B. gesagt, dass jährlich mehr Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Wenn man sich das anschaut, stellt man fest, dass das richtig ist –

(Abg. Gabi Rolland SPD: In den letzten zehn Jahren!)

aber inklusive der inerten Gase. Rechnet man die inerten Gase heraus, die man braucht – z. B. für einen Silospeicher; das ist überhaupt nicht auf dem Acker, hat mit Insekten auch nichts zu tun –, ergibt sich, dass wir deutschlandweit über die vergangenen zehn Jahre hinweg stabil bei ungefähr 30 000 bis 35 000 t pro Jahr liegen. Das ist jetzt nur ein Beispiel.

Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt: Wir können auch viel von Ihnen lernen. Ich glaube, wir müssen beim Thema Insekten einfach zusammenarbeiten.

Übrigens, ein ganz zentraler Punkt – deswegen bin ich auch noch mal ans Redepult gegangen, weil das niemand gesagt hat –: Vielleicht können wir auch im Namen dieses Hauses den Landwirten im Land einfach einmal Danke schön dafür sagen, dass sie jedes Jahr wieder Blühstreifen einsäen. Ich finde, das Hohe Haus könnte dafür einfach ein lautes Dankeschön sagen. Ich möchte das an dieser Stelle formulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vielleicht hilft es ja auch, wenn man einmal persönlich zu dem einen oder anderen Bauern geht und ihn wegen seiner Blühstreifen lobt. Das könnten tatsächlich alle machen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Liebe Regierungsfractionen, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ganz klar sagen: Wenn Sie das Thema Insektenschutz ohne Eigenlobhudelei betreiben, ohne dass Sie da ideologisch eine einseitig gefärbte Brille aufsetzen, dann kann ich Ihnen von unserer Seite aus das Angebot machen: Wenn Sie möchten, dass wir beim Insektenschutz ehrlich zusammenarbeiten, dann werden Sie in uns eine konstruktive Oppositionsfraction finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er nimmt der Opposition wieder die Chance, darauf zu reagieren! Das gehört sich nicht!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Grünen – das wurde schon wiederholt gesagt – sehr dankbar, dass wir über das Thema Bienensterben und die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Volksbegehrens in Bayern diskutieren können, auch um in der Öffentlichkeit darzustellen, dass wir in Baden-Württemberg im Vergleich mit unseren östlichen Nachbarn anders sind und in vielen Bereichen auch besser sind und uns da nicht verstecken müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Natur- und Artenschutz sind nicht durch die Grünen erfunden worden, und sie werden auch nicht allein durch politische Maßnahmen praktiziert. Vielmehr werden Natur- und Artenschutz in allererster Linie von Landwirten – das sind nämlich die Landnutzer – und von Forstwirten praktiziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist ein Teil, den ich einfach vorausschicke. Denn eines ist auch klar: Wir sprechen über besonders geschützte Arten und besonders zu schützende Habitate fast überall dort, wo es um Kulturlandschaften geht – und nirgendwo dort, wo es um sich selbst überlassene Flächen geht, um Bannwälder, Urwälder und dergleichen. Das sind die extensiven Wiesen – egal, in welcher Ausprägung –, das sind Magerwiesen und dergleichen. Dort haben wir die höchste Artenvielfalt, dort haben wir die höchste Biodiversität, und dort wird Land seit Urzeiten genutzt. Deshalb sind es Land- und Forstwirte, die maßgeblich dafür stehen, dass Artenschutz und Naturschutz gelingen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deshalb brauchen wir – da gibt es vielleicht eine Nuance, einen Unterschied zu unserem grünen Koalitionspartner – einen Flächenansatz und keinen Inselansatz. Was meine ich damit? Wir haben schon immer den Flächenansatz gewählt. Es ist eine Selbstverständlichkeit – früher im MEKA, heute im FAKT –, dass wir extensive Grünlandnutzungen, vor allem in den Hanglagen, also in Mittelgebirgslagen wie im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb oder im Schwäbischen Wald, fördern wollen, weil sie u. a. artenreich sind, aber auch weil sie landschaftstypisch sind und weil sie damit dem Waldvorschub ein Stück weit entgegenstehen. Das ist unser Anliegen. Deshalb fördern wir seit 40 Jahren die extensive Grünlandnutzung im Schwarzwald.

Ohne diese Förderung und auch ohne die Europäische Union, die uns dabei unterstützt, gäbe es diese Form der extensiven Grünlandnutzung gar nicht mehr, sondern es wäre schon alles bewaldet. Auch das muss man immer wieder mal darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

(Minister Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, dass Ge- und Verbote nicht alles bewirken, will ich an einem Beispiel festmachen. Der Kollege Untersteller und auch die Kollegin Braun haben vorhin das Umbruchverbot gelobt.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Nein! Nicht!)

Das Lob ist im Regelfall aus Naturschutzgründen sogar berechtigt. Aber im Einzelfall heißt ein Umbruchverbot bei den intensiv genutzten Wiesen in Oberschwaben, dass keine Blühstreifen angelegt werden können, weil auch Blühkulturen Ackerkulturen sind. Da muss ein Umbruch des Grünlands vorschreiten, wenn man sie dann ansehen will, auch wenn sie mehrjährig sind. Auch das gehört dazu. Dem steht das Grünlandumbruchverbot entgegen.

Dasselbe gilt natürlich für die Gewässerrandstreifen. Auch an den Gewässerrandstreifen herrscht ein Umbruchverbot. Dem steht entgegen, dass wir dort keine Blühstreifen anlegen können, was eigentlich sinnvoll wäre. Deshalb werden wir versuchen, zu erreichen, dass mehrjährige Blühstreifen in solchen Bereichen angelegt werden.

Die Agenda des Koalitionsvertrags sieht zum Thema Umbruchverbot noch eine Prüfung vor. Ich glaube, dort, wo das Umbruchverbot mit Naturschutzzielen inkompatibel ist, müssen wir im Prinzip auch Veränderungen anstreben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Dasselbe gilt für die produktionsintegrierten Naturschutzkomponenten. Wer glaubt, man könne Naturschutz nur inselartig fördern und vielleicht entlang von Bändern im Biotopverbund und dergleichen – das kann man natürlich auch machen –, der wird am Ende irren. Meines Erachtens ist es zwingend notwendig, dass wir um des Insektenschutzes willen beispielsweise auch Blühflächen verstärkt in Produktionsflächen von Getreide, Mais etc. mit einbringen.

Das kann man über produktionsintegrierte Kompensationsmöglichkeiten machen. Hier werbe ich sehr dafür, dass diese auch für den Naturschutzausgleich anerkannt werden, damit die Landwirte einen Nutzen – wenn auch keinen direkten materiellen Nutzen – davon haben. Es wäre also quasi ein Anreizsystem. Darüber werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der Neuregelung der Ökokonto-Verordnung noch auseinandersetzen müssen. Für uns ist es ein unabdingbarer Teil, dass solche produktionsintegrierten Kompensationen in die Ökokonto-Verordnung mit eingebaut werden, genauso wie die Ökolandbauregelung, damit auch der Ökolandbau von vornherein eine produktionsintegrierte Kompensation ist und damit auch ökokontofähig wird. Das halte ich für zwingend notwendig.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Im Bereich des MLR hat das Biodiversitätsprogramm, für das ich sehr dankbar bin, noch einmal einen Schub gebracht. Von großer Bedeutung ist dabei das Thema Pflanzenschutzmittelreduktion. Demokratie braucht ihre Zeit. Es liegt nicht an der Untätigkeit des Ministeriums, dass es bisher noch nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Die internen Abstimmungsprozesse sind vielfältig. Insofern kann ich Ihnen aber zusichern: Es wird demnächst das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

(Zuruf von den Grünen: Das hoffe ich doch!)

Wir haben uns darauf verständigt, die Blühstreifen deutlich zu verstärken. Frau Rolland, wenn Sie mit offenen Augen – auch schon im letzten Jahr – durch die Gegend gefahren wären, hätten Sie bemerkt, dass es deutlich mehr Blühstreifen gibt – auch in der Rheinebene,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Stimmt!)

und zwar auch in den Ackerbaubereichen. Es ist einfach so: Das Programm wird nachgefragt wie warme Semmeln. Die Landwirte stürzen sich darauf. Wenn wir mehr Geld zur Verfügung hätten, könnten wir das Doppelte oder Dreifache dafür ausgeben. Das wird angenommen. Es ist also eine Mär, zu sagen, die Landwirte würden sich dem verschließen. Vielmehr ist es so, dass dieses Programm wirklich top nachgefragt wird und wir deutlich mehr machen könnten, wenn wir hierfür noch mehr Geld einsetzen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dann geht es natürlich auch darum, dass wir das Thema Beratung – auch Beratung für die Landwirte – für neue Ackerkulturen, gerade in Ackerbauregionen, verstärken müssen. Auch das geht nicht von heute auf nachher. Wichtig ist auch, dass wir unsere Forschung im landwirtschaftlichen Sektor aktivieren müssen. Gerade die Digitalisierung spielt sowohl bei der Pflanzenschutzmittelreduktion als auch beim Thema „Möglichkeiten für Biodiversität“ eine Rolle. Da brauchen wir einfach auch digitale Formen, und das müssen wir umsetzen.

Bei der Pflanzenschutzmittelreduktion ist es darüber hinaus notwendig, dass wir die Meteorologie stärker in der Prävention mit einsetzen, das heißt, dass dies im Sinne der Vorhersagegenauigkeiten, die ja immer stärker auf einzelne Gemarkungen heruntergebrochen werden können, aktiviert wird und dass die Landwirte Zugang hierzu haben. Das halte ich für ganz entscheidend, damit sie auch zeitgerecht Pflanzenschutzmittel ausbringen können.

Ich sage eines noch einmal ganz klar: Ein Pflanzenschutzmittel ist ein Mittel zum Schutz der Pflanze. Es ist nicht per se ein Insektenvernichtungsmittel, sondern das wird geprüft. Das kann man im Regelfall ausschließen – um auch das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist die Kaprizierung von Ihnen, Frau Rolland, auf das Thema Pflanzenschutzmittel im Prinzip abstrus. Wer sich ernähren will, braucht Kulturpflanzen, und wer Kulturpflanzen will, braucht hierfür auch Pflanzenschutzmittel. Daran führt kein Weg vorbei. Das ist halt so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Anton Baron AfD)

Wer sich ernähren will, wird auch in Zukunft Düngung brauchen. Wenn Sie an Wirtschaftskreisläufen, an einer Kreislaufwirtschaft interessiert sind, dann werden Sie auch daran inte-

(Minister Peter Hauk)

ressiert sein müssen, dass der organische Dünger, den die Tiere ausscheiden – das ist halt so; es gibt noch keine reststofffreie Kuh, kein reststofffreies Schwein –, wieder in den Kreislauf geführt wird. Denn damit können natürlich auch Mangel-elemente wie beispielsweise Stickstoff und Phosphor substituiert werden. Anderswo baut man Phosphate ab, und es entstehen Bürgerkriege. Hier liefert im Prinzip der Dünger die notwendigen Spurenelemente, die auch in die Kreisläufe zurückkehren. Man darf das nicht verunmöglichen.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Was Sie tun, was Sie auf Bundesebene getan haben, Frau Rolland, ist einfach Folgendes: Sie haben eine Düngeverordnung konzipiert, die alle über einen Kamm schert, egal, ob die Grundwasserverhältnisse in Ordnung sind oder nicht.

Der Kollege Untersteller hat es zu Recht gesagt: In Baden-Württemberg hat man auf 9 % der Flächen Grundwasserprobleme – 9 %! 91 % sind in Ordnung. In Niedersachsen liegt der Anteil der Problemgebiete bei 50 %, in Schleswig-Holstein bei 60 %. Dort wird der Wert von 50 mg Nitrat im Grundwasser überschritten. Dort wäre es notwendig, mehr zu tun – nicht bei uns. Jetzt werden alle über einen Kamm geschert. Dass Sie die Lust der Landwirte nicht fördern, für das Thema Wasserschutz etwas zu tun, wenn sie nur mit bürokratischen Auflagen überfrachtet werden und ihre eigenen Erfolge nicht anerkannt werden, das dürfte auch klar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Hauk, ...

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ich komme gleich zum Ende.

Präsidentin Muhterem Aras: ... lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Gruber zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Gruber?

Präsidentin Muhterem Aras: Ja.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ja.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von ihm kann man immer eine Zwischenfrage zulassen!)

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Minister Hauk, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, nachdem es für das Parlament inzwischen ja schwierig ist, sich noch an der Debatte zu beteiligen, da mit Ihnen jetzt das zweite Regierungsmitglied hier auftritt – mit einer ganz anderen Rede, als sie vorhin Minister Untersteller gehalten hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Anton Baron AfD)

Ich bin Ihnen aber dankbar, dass ich eine Frage stellen darf. Sie haben ja gerade formuliert, Sie würden die Aussage von Frau Rolland zum Zurückdrängen der Pflanzenschutzmittel kritisch sehen.

Daher meine Frage: Unterstützen Sie auch die Politik der Ihrer Partei angehörenden Bundeslandwirtschaftsministerin, die

den Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft und vor allem auch in der privaten Nutzung zurückdrängen will?

(Zuruf: Hoffentlich nicht!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Lieber Herr Gruber, wir fahren ja gerade eine Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie. Ich verwahre mich nur dagegen, dass man ein Pflanzenschutzmittel verteufelt und sagt, es sei mit einem Insektenvernichtungsmittel gleichzusetzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt auch niemand!)

Das stimmt nämlich nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das machen wir doch gar nicht!)

– Das wird implizit immer so dargestellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Sie interpretieren das vielleicht so, weil es Ihnen in den Kram passt!)

Auch Frau Rolland hat das gesagt. Aber egal; sei's drum.

Natürlich fahren wir eine solche Strategie. Wir sind sogar selbst dabei, die Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie auszurollen und das entsprechend zu unterlegen. Sie ist ein ganz wesentlicher Baustein unserer Biodiversitätsstrategie.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch einmal: Den Bürgern muss man aber auch sagen – da spreche ich jetzt stellvertretend die Abgeordneten an, aber auch die Zuhörer –:

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ein Natur- und Artenschutz zum Nulltarif ist nicht zu haben. Wer ihn zum Nulltarif haben will oder ihn zum Nulltarif verspricht, der irrt. Deshalb ist ganz klar: Wer für den Natur- und Artenschutz bewusst mehr tut – damit auch Mindereinnahmen in Kauf nimmt, weil die Erträge gegebenenfalls zurückgehen, weil die Aufwendungen steigen –, der muss auch damit rechnen, dass Nahrungsmittel teurer werden als bisher.

Damit ist eines ganz klar: Auf dem bisherigen Preisniveau zu diskutieren macht keinen Sinn. Es ist notwendig, den Menschen klar zu sagen: Mehr Umweltqualität, mehr Lebensqualität, mehr regionale Lebensmittel, mehr Biolebensmittel bedeuten immer auch höhere Preise. Aber das dürfte angesichts des Gesamtbudgets, das einem Menschen heute zur Verfügung steht, glaube ich, unproblematisch machbar sein. 9 bis 10 % des Gesamtbudgets werden noch für Lebensmittel ausgegeben. In den Vierzigerjahren lag dieser Anteil noch bei 40 bis 50 %, also deutlich höher. Insofern, glaube ich, ist es notwendig, dass sich auch die persönlichen Schwerpunkte ändern, und reicht es nicht aus, einfach eine Unterstützungsunterschrift abzugeben. Vielmehr erfolgt das Bekenntnis im Prinzip an der Ladentheke, und dort wird es auch gefordert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das waren jetzt für beide Minister insgesamt 25 Minuten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ist Ihnen aufgefallen, dass seit dem Dieselfahrverbot der Verkehr in Stuttgart massiv nachgelassen hat? Während im letzten Jahr am Neckartor noch über 2 000 Autos pro Tag gefahren sind, habe ich gestern in der Urbanstraße einmal knapp über 100 Autos gezählt. – Das ist Wissenschaft à la Willi bei Biene Maja. Ich glaube, er ist Mitglied bei den Grünen oder bei der SPD.

Genauso pseudowissenschaftlich wurde auch das Artensterben in Deutschland ermittelt. Nicht umsonst wurde die Statistik zweimal zur Unstatistik gekürt. Doch selbst wenn die Messdaten korrekt wären, müsste man den Messzeitpunkt kritisch bewerten. Hätte man statt 1989 das Jahr 1991 als Anfangspunkt gewählt, wären es nicht 76 % weniger Insekten, sondern gerade einmal 30 % – eine Diskussion, die wir hier schon einmal geführt haben.

Für den Wahlkampf lässt man sich als grüner Untergangsprediger und Händler von Schwefel, Panik und Angst gern einmal neben einem Bienenkasten ablichten, allen voran der Stuttgarter Oberbürgermeister Kuhn. Gelebter Artenschutz ist das sicher nicht, denn Imkerei ist nichts anderes als moderne Massentierhaltung. Außerdem sind Honigbienen überhaupt nicht gefährdet. „Die Honigbiene wird das letzte Insekt sein, das ausstirbt.“

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

So bestätigt es auch Peter Rosenkranz, der Leiter der Landesanstalt für Bienenkunde an der Universität Hohenheim.

Doch zurück zum angeblichen Artensterben. Fährt man nach Orbroich, dem Ort der Studie, stellt man schnell fest, dass sich in den letzten Jahren einiges geändert hat. In der Nähe des Naturschutzgebiets steht ein großes Wohngebiet. Es gibt viele Windräder und große Hallen. Ein ansässiger Bauer erzählt, dass dort seit etwa 15 Jahren kein Vieh mehr gehalten wird; zuvor grasten dort täglich viele Kühe. Doch nun gibt es keine Kuhfladen mehr. Dadurch entfällt die Nahrungsgrundlage für Insekten, die in diesen Kuhfladen ihre Eier ablegen. Wer es sich einmal durchrechnen möchte: Eine Kuh produziert bis zu zehn Kuhfladen pro Tag. In einem Kuhfladen findet man rund 600 Insekten. Das bedeutet pro Kuh ca. 6 000 Insekten pro Tag, Insekten, die nun in Orbroich fehlen und nicht mehr in Insektenfallen landen.

Zu Recht weist BfN-Präsidentin Professorin Beate Jessel darauf hin:

Wir brauchen dringend eine wissenschaftlich belastbare Datenbasis ... zur Entwicklung der Insekten in Deutschland, die auf bundesweit repräsentativen, systematischen Erhebungen anhand von standardisierten Messungen basiert.

Und ja, dazu gehört auch der Zweifel als integraler Bestandteil der Wissenschaft.

Wie so oft sollen nun die Bauern in unserem Land die Schuldigen sein. Dabei ist die Zahl der Insektizide seit den Neun-

zigerjahren laut UBA relativ konstant. Interessant ist auch, dass das hochgelobte Kupfersulfat aus der Ökolandwirtschaft für einige Wildbienen tödlich ist.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Das mögliche Verschwinden von Insekten kann viele andere Gründe haben; sie sind hier alle schon aufgeführt worden.

Ich bin klar gegen eine Enteignung von Bauern durch eine Ökoquote und fordere eine wissenschaftliche und faktenorientierte Auseinandersetzung mit diesem Thema.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf: Machen wir!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zurück zur Wahl des von der Fraktion der AfD vorgeschlagenen Schriftführers. Ich kann das Wahlergebnis bekannt geben:

An der Abstimmung über den Wahlvorschlag Stefan Räßle haben sich 135 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt,

(Zurufe, u. a.: Ui! – 14! – Abg. Andreas Stoch SPD: Es werden immer weniger! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ende des Jahres sind wir dann bei null! – Unruhe)

mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt; es gab eine Enthaltung, und ein Stimmzettel war ungültig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war der eigene! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war der Räßle selbst!)

Damit ist Herr Abg. Räßle nicht gewählt.

Wir kommen nun zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe. Die Fraktion der SPD schlägt als Nachfolger des bisherigen stellvertretenden Mitglieds, Herrn Abg. Peter Hofelich, Herrn Abg. Jonas Weber vor. Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 2*).

Vorhin gab es Widerspruch gegen eine offene Abstimmung. Deshalb ist geheim abzustimmen.

Als Wahlkommission für die Nachwahl berufe ich nach § 97 a Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags Frau Abg. Boser sowie die Herren Abg. von Eyb, Haußmann, Nelius, Pfeiffer, Dr. Rapp und Schoch.

Ich erspare Ihnen und mir, alle Formalitäten nochmals vorzulesen. Das war ja vor gerade einmal einer Stunde. Ich nehme an, wir alle wissen, wie wir wählen.

Ich bitte Frau Abg. Boser, vom Redepult aus den Namensaufruf vorzunehmen. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Entscheidend ist, dass Sie den Wahlzettel klar kennzeichnen. Aber das haben wir ja vorhin gehabt.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Herr Abg. Haußmann kontrolliert, sobald die Wahlurne hier vorn ist, den Einwurf der Umschläge. Wir warten ganz kurz, bis die Wahlurne da ist.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der oder die den Wahlumschlag noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ausreisepflicht durchsetzen – für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Auch hier darf ich die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich für die Fraktion der CDU Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön. – Frau Präsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen! Humanität und Durchsetzung des Rechts gehören untrennbar zusammen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wenn Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig abgelehnt worden sind, besteht hier kein Aufenthaltsrecht. Das ist rechtsstaatlich einwandfrei. Wenn der betroffene Ausländer seiner Ausreisepflicht nicht nachkommt, muss diese als Ultima Ratio auch zwangsweise durchgesetzt werden. Hier beginnt das Problem. So waren Ende letzten Jahres über 200 000 Menschen in Deutschland vollziehbar ausreisepflichtig. Deutschland kann es nicht dauerhaft hinnehmen, dass in so hohem Maß Menschen ohne Bleiberecht bei uns im Land bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer zu uns kommt, weil er vor politischer Verfolgung flieht, weil er in Lebensgefahr ist, weil er schutzbedürftig ist, der genießt unseren Schutz. Das Asylrecht hat Verfassungsrang, und dazu bekennen wir uns auch.

Dies können wir aber dauerhaft nur gewährleisten, wenn Ausreisepflichtige auch tatsächlich unser Land verlassen. Unsere Ressourcen sind endlich. Wir brauchen sie für diejenigen, die unseren Schutz brauchen – die Schutzbedürftigen. Die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme Schutzbedürftiger bleibt nur dann erhalten, wenn die Bevölkerung merkt, dass der Rechtsstaat handelt und sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen dabei die Würde des Einzelnen achten, aber konsequent handeln. Ja, wer zu uns kommt und unsere Hilfe begehrt, von dem erwarten wir schon, dass er sich auch an unsere Regeln hält. Dazu gehört auch, dass deutsche Behörden wissen, wer sich im Land aufhält. Seine Identität oder sein Alter zu verschleiern ist ein solcher Regelverstoß.

Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik – da geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch um geregelte Zuwanderung nach Deutschland.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Die schwarz-rote Koalition in Berlin hat gerade das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Es regelt den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft sucht in Deutschland händeringend Fachkräfte. Gerade für das Mittelstandsland Baden-Württemberg ist dies wichtig.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist die eine positive Seite der Medaille. Die andere positive Seite ist, dass im Bereich der ungesteuerten Zuwanderung die Ausreisepflicht konsequent durchgesetzt wird. Da setzt der jetzt von Bundesinnenminister Seehofer vorgelegte Entwurf eines „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ an. Fachkräfteeinwanderungsgesetz und „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ – beide Seiten der Medaille gehören zusammen.

Der Bund muss die erforderlichen rechtlichen Instrumentarien schaffen, die Länder müssen für den konsequenten Vollzug sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt umso mehr, wenn es sich um die Rückführung straffälliger oder sonst gefährlicher Personen handelt. Wir in Baden-Württemberg haben mit der Einrichtung des „Sonderstabs gefährliche Ausländer“ bereits einen wichtigen Schritt gemacht, Herr Innenminister.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Blenke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Thomas Blenke CDU: Nein, heute nicht. Danke.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dieser Sonderstab kümmert sich seit einem Jahr schon sehr erfolgreich um die Abschiebung ausreisepflichtiger gefährlicher Ausländer, von denen Gefahr für die Bevölkerung ausgeht. Aufgrund der positiven Erfahrungen, Herr Innenminister, soll es künftig in jedem Regierungspräsidium einen solchen Stab geben. Die Ansage ist klar: Wer ausreisepflichtig ist und eine besondere Gefahr für die Bevölkerung und das Land darstellt, um den kümmert sich der Sonderstab vorrangig und mit besonderem Nachdruck.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Alle gesetzlichen und tatsächlichen Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, reichen jedoch nicht aus. Deswegen ist ein sogenanntes Geordnete-Rückkehr-Gesetz dringend erforderlich, auch für uns, für unsere baden-württembergischen Belange.

Lassen Sie mich einige Eckpunkte dieses geplanten Gesetzes nennen. Dann wird deutlich, dass es dort ansetzt, wo bei uns im Vollzug Probleme liegen.

(Thomas Blenke)

Wer das Gastland um Sozialleistungen betrügt, soll leichter ausgewiesen werden können. Wer mit Drogen handelt, soll leichter ausgewiesen werden können. Es soll unterhalb der Duldung eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht eingeführt werden. Die bekommt derjenige, der beispielsweise nicht an seiner Identitätsfeststellung mitwirkt. Staatliche Leistungen werden daran geknüpft, dass der Empfänger an der Passbeschaffung mitwirkt. Und es soll eine erweiterte Vorbereitungshaft geben, wenn eine Person ihre Identität verschleiert.

Dies sind nur einige wenige Eckpunkte des geplanten neuen Gesetzes.

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen: In der Erarbeitung dieses Gesetzes stecken sehr viele Impulse aus der Praxis. Der Gesetzentwurf ist nicht in einer Amtsstube irgendwo in Berlin aus der Theorie heraus entwickelt worden, sondern es haben sich aus den Ländern heraus – insbesondere aus Baden-Württemberg heraus, Herr Innenminister – polizeiliche Praktiker eingebracht, ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit dargestellt. Regierungen sowie auch wir, die Fraktionen, und andere haben das auf unseren Wegen mit eingebracht. Das ist mit in diesen Gesetzentwurf eingeflossen.

(Beifall bei der CDU)

Humanität und Ordnung: Schutzbedürftigen gewähren wir Schutz. Das ist unverrückbar unsere humanitäre Verpflichtung. Aber wer keines Schutzes bedarf und den Vollzug seiner Ausreisepflicht durch Betrug, Verschleierung oder Straftaten vereitelt, muss die Härte des Rechtsstaats spüren.

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es, meine Damen und Herren, noch zu viele Schlupflöcher. Halten wir uns vor Augen: Der Gesetzentwurf, den der Bundesinnenminister jetzt vorgelegt hat, setzt ja erst an, wenn ein Ausländer seiner Rechtspflicht, Deutschland zu verlassen, beharrlich nicht nachkommt. Die freiwillige Rückkehr hat hohe und absolut erste Priorität. Erst wenn alle freiwilligen Maßnahmen bis hin zu Anreizen nicht fruchten, kommt die zwangsweise Durchsetzung des Rechts: die Abschiebung.

Um es ganz deutlich zu sagen: Wer bis in dieses Stadium gekommen ist, muss die volle Konsequenz des Staates spüren, sonst verliert er jeden Respekt vor dem Rechtsstaat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, wirbt die CDU dafür, dass alle demokratischen Kräfte an einem Strang ziehen, damit wir endlich vorankommen. Wir müssen beide Seiten der Medaille, die ich vorhin nannte, positiv prägen und ein Gesamtpaket schaffen.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Da-

men und Herren! Zur Wahrheit eines Asylverfahrens gehört eben auch, dass nicht jedes Schutzgesuch positiv beschieden wird. Das ist auch richtig so, denn das Asylverfahren und auch die Schutzfunktion des Asylrechts für verfolgte und bedrohte Menschen würden infrage gestellt, wenn das nicht so wäre.

Zur Wahrheit gehört auch, dass Menschen aus vielen Gründen zu uns kommen. Darunter sind natürlich die, die einen im Grundgesetz oder in der Genfer Flüchtlingskonvention begründeten Schutzstatus erwirken können. Und es gibt natürlich auch Menschen, die aus wahrscheinlich guten Gründen ihre Heimat verlassen, aber hier keinen Flüchtlingsschutz erwarten können.

Wir halten es für den falschen Ansatz, das Thema Migration lediglich aus dem Blickwinkel der Ausreisepflichten zu betrachten. Das ist eindeutig zu kurz gegriffen. Nach Schätzung des UNHCR gibt es weltweit rund 68 Millionen Menschen, die auf der Flucht oder zwangsvertrieben sind, rund 25 Millionen Menschen sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, und rund drei Millionen Menschen sind Asylsuchende. Die Hälfte der Flüchtlinge weltweit sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Zur Wahrheit gehört auch, dass die allermeisten Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten auf dieser Welt nicht in Europa, nicht in Deutschland oder in Baden-Württemberg, sondern zu 85 % in den Ländern leben, die wir als Entwicklungsländer bezeichnen.

(Zuruf von der AfD)

Wenn wir diese Flüchtlingszugänge zu verzeichnen haben und über Migration und auch über die Ausreisepflicht und die Notwendigkeit, diese Ausreisepflicht durchzusetzen, sprechen – es gehört auch dazu, dass der Staat die Ausreisepflicht durchsetzen und, wie der Kollege gesagt hat, als Ultima Ratio zur Abschiebung greifen muss –, so bedeutet das, dass es eine Krise gibt, die viele Menschen bedroht. Diese Krise besteht nicht bei uns, sondern in den Herkunftsländern. Das bedeutet dort Krieg, Vertreibung und Verfolgung. Die Gründe können aber auch Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut und Klimawandel sein, auch hier in Europa. Wenn wir also über Flucht und Migration, Aufnahme und Abschiebung sprechen, geht es auch um diese globale Dimension, und es geht auch um die Frage von Ernsthaftigkeit und Tonlage.

Wir glauben, dass es nicht darum gehen kann, diese Frage allein auf Zahlen zu reduzieren, was der Kollege im Übrigen auch gar nicht getan hat. – Das sage ich, damit das jetzt nicht falsch verstanden wird. – Wir stellen von grüner Seite auch in keiner Weise das Aufenthaltsrecht so, wie es besteht, und die damit verbundene Pflicht zur Ausreise infrage.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Lede Abal, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein. Seine Fraktion darf ja auch noch sprechen.

Es lohnt sich aber, einen reflektierten Blick auf diese Vorgänge zu richten. In den Jahren 2015 und 2016 sind sehr viele Menschen zu uns gekommen. Um diese Menschen und deren Integration in Gemeinden, in das Gemeinschaftsleben, in Unternehmen haben sich Betriebe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe und auch viele ehrenamtliche Helferinnen

(Daniel Andreas Lede Abal)

und Helfer sehr verdient gemacht und sich teilweise bis an ihre eigene Belastungsgrenze eingesetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir, die Politik, haben diese Menschen und auch diese Unternehmen ausdrücklich dazu ermutigt und uns auch ausgiebig dafür bedankt. Wir haben die Unternehmen ermutigt, sich bei der Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt zu engagieren. Jene, die unterstützt haben, die Helferinnen und Helfer, die Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fragten in dieser Zeit nicht danach, wie die Bleibeperspektiven dieser Personen sind.

Aber diese Menschen fragen sich heute, warum sie das teils mit erheblichem eigenen Aufwand auf sich genommen haben. Unternehmerinnen und Unternehmer fragen sich, warum sie mit Kosten Flüchtlinge in ihren Firmen geschult, aufgenommen, eingegliedert, ausgebildet und weitergebildet haben, um sie zu voll einsatzfähigen Mitarbeitern heranzuziehen. Diese Unternehmen fragen sich heute, wenn diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien nun abgeschoben werden sollen, wofür sie das alles getan haben und warum sie von der Politik dazu ermutigt worden sind.

Manche Unternehmer können rückblickend sagen, sie haben Glück gehabt, weil sie beispielsweise einem syrischen Staatsangehörigen einen Arbeitsplatz angeboten haben und jetzt, zwei Jahre später, nicht damit konfrontiert sind, dass plötzlich eine Ausreisepflicht besteht. Aber es gibt eben auch viele Unternehmen, die beispielsweise gambische oder afghanische Staatsangehörige beschäftigt haben und nun akzeptieren sollen, dass diese von der Werkbank weg abgeschoben werden.

Anstatt uns hier selbst ein Bein zu stellen, brauchen wir endlich pragmatische Regelungen beispielsweise in Form von stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelungen.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb begrüßen wir es auch grundsätzlich, dass die Bundesregierung einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz in den Bundestag eingebracht hat. Der Deutsche Bundestag hat entschieden, die Regelungen dieses Gesetzentwurfs, die sich auf Flüchtlinge beziehen, von diesem abzutrennen und einen eigenen Gesetzentwurf hierzu zu erarbeiten. Das kann man machen, aber das Entscheidende ist am Ende doch, dass pragmatische und wirklich humanitäre, helfende Lösungen dabei herauskommen, die eine Verbesserung und eine Lösung für die Situation bedeuten, in der sich diese Menschen befinden.

Mit Blick auf den dort gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurf haben wir noch erhebliche Bedenken, dass die darin niedergelegten Regelungen tatsächlich zielführend sind. Wir haben erlebt, dass der Bundesrat genau in diesem Sinn klare Wünsche an die Bundesregierung gerichtet hat, und wir hoffen, dass es im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene wirklich dazu kommt, dass diese Wünsche an die Bundesregierung und an den Deutschen Bundestag umgesetzt werden.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Kolleginnen!)

– Kollegen allerlei Geschlechts.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Das Thema klingt verheißungsvoll und gut: „Ausreisepflicht durchsetzen – für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik“. Wir, die Alternative für Deutschland, fordern bereits seit Jahren die konsequente Umsetzung der Ausreisepflicht. Wir fordern Grenzkontrollen; wir fordern: Keine Einreise ohne Identitätsnachweis.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind die Partei, die dafür steht, dass nur diejenigen unser Land als Asylbewerber betreten, die auch eine Chance auf Asyl haben. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte die ganze Flüchtlingsproblematik nie diese Dimension angenommen, weil viele Menschen gar nicht erst in unser Land gekommen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist hinterher leicht gesagt!)

Ich brauche hier gar nicht von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten zu reden, denn das scheint viele in diesem Land – und möglicherweise auch einige in diesem Parlament – nicht zu interessieren.

Ich möchte auf Ihre Formulierung zu sprechen kommen, liebe Kollegen von der CDU. Sie sprechen von „Ausreisepflicht durchsetzen“. Das ist ein Appell, den wir teilen. Aber an wen ist er denn gerichtet?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Letztlich ist dieser Appell an Sie selbst gerichtet, an Sie, liebe Abgeordnete von der CDU. Denn Sie haben es unterlassen, Ihren grünen Koalitionspartner in die Pflicht zu nehmen, seine Blockadehaltung in dieser Frage aufzugeben. Sie haben es unterlassen. Vermutlich haben Sie es aus guten Gründen unterlassen. Denn so weit geht die Liebe zur Ausreisepflicht in der CDU nun doch nicht, als dass Sie dafür den Koalitionsfrieden auf das Spiel setzen würden.

Dass Sie unsere Vorschläge zum Thema „Ausreise, Asyl“ übernehmen und als Ihre eigenen verkaufen, das sind wir ja schon gewohnt. Die einzige Überraschung ist – da wissen wir nicht, wann es mal wieder so weit ist; heute ist es so weit –: Die CDU bringt das Thema „Ausreisepflicht durchsetzen – für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik“ auf die Tagesordnung. Es ist aber AfD pur.

(Beifall bei der AfD – Lachen des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Nach Jahren fast völliger politischer Abstinenz im grünen Koalitionstaumel fällt der CDU in der Frage der Ausreise- und Asylpolitik plötzlich ein, dass man wieder einmal etwas machen muss. Ach so, es sind ja Wahlen in diesem Jahr. Sind Sie selbst darauf gekommen, oder hat der Druck der Mitglieder und Wähler Sie langsam dazu gebracht?

(Daniel Rottmann)

Sie verwenden hier die Formulierung „Ordnung in der Migrationspolitik“. Da frage ich mich schon, von welcher Ordnung Sie sprechen, insbesondere von welcher Ordnungspolitik im Bereich Migrationspolitik. Sie können das Wort „Ordnung“ doch kaum noch buchstabieren. Denn Politik bedeutet aktives Handeln, und davon kann bei der CDU hier im Landtag von Baden-Württemberg keine Rede mehr sein

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist teilweise Bundespolitik!)

und auf Bundesebene auch nicht wirklich –

(Beifall bei der AfD)

aktive Politik bestenfalls im Sinne eines Laufenlassens. Vielleicht muss auch von einem Unterlassen gesprochen werden, wenn wir das einmal auf die Opfer Ihrer Politik beziehen.

Ich möchte Sie schon fragen, liebe Kollegen von der CDU: Schlafen Sie noch gut, wenn Sie an die Opfer von Gefährdern und Asylbewerbern denken? Können Sie den Hinterbliebenen noch in die Augen schauen?

Meine werten Kollegen von der CDU, Sie agieren nicht, Sie reagieren bestenfalls auf Meinungsumfragen, und dann nur mit viel Wind, ohne dass das Boot der Ausreisepflichtigen wirklich Richtung Heimat Fahrt aufnimmt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Kollege, Sie greifen die Falschen an!)

Obwohl Abschiebung Ländersache ist, das Land beträchtliche Möglichkeiten hat und der Herr Innenminister die Abschiebebehörden befiehlt, fordern Sie großspurig die Durchsetzung der Ausreisepflicht. Dann machen Sie es doch!

(Beifall bei der AfD)

Ihre Bilanz ist erschreckend. Von Juni 2017 bis 2018 sind von 8 030 geplanten Abschiebungen 4 886 gescheitert. Für alle, die rechnen können: Das sind mehr als 50 %. Von 1 989 geplanten Abschiebungen aus den Landeserstaufnahmen sind 1 406 gescheitert – ungefähr 75 % –, davon 796 aus dem ganz profanen Grund, dass die Betroffenen beim Abschiebeversuch nicht da waren, wo sie nach dem Willen der Akten und Paragraphen sein sollten. Das ist CDU-Politik.

(Beifall bei der AfD)

Die Zahl der Abschiebungen sank – sie sank, meine Damen und Herren! – von 3 638 im Jahr 2016 auf 3 018 im Jahr 2018 – ein toller Erfolg, Herr Innenminister –, obwohl die Zahl der Ausreisepflichtigen in diesem Zeitraum gewaltig zunahm. Gibt es eine vernichtendere Bilanz, einen desaströseren Misserfolg? Sie wollen uns weismachen, dass Sie die Ausreisepflicht durchsetzen. Wenn das ein nicht so ernstes Thema wäre, würde ich jetzt anfangen zu lachen.

Warum klaffen bei Ihnen von der CDU Worte und Taten so weit auseinander? Nehmen wir den Landesflüchtlingsrat, den Migrantenlobbyverein par excellence. Seit vielen Jahren – und bis heute – halten die Grünen die schützende Hand über ihn. Er erhält Landeszuschüsse im Hunderttausenderbereich, obwohl er Abschiebungen nach Kräften sabotiert und damit die Staatskosten erhöht.

Diese Einrichtung steht für nichts von dem, was Sie, liebe Kollegen von der CDU, hier propagieren. Da ist es schon interessant, warum Sie immer noch dessen Pöppelung mit Staatsknete in den Haushaltsberatungen abnicken. Ich entnehme Ihrem Schweigen an dieser Stelle, dass ich offensichtlich recht habe.

(Beifall bei der AfD – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine krasse Missinterpretation, Herr Kollege!)

– Das können Sie nachher ja noch klarstellen. Sie haben bestimmt noch Redezeit.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja! Ich habe auch gewusst, warum!)

Oder denken Sie an die Veröffentlichung der Abschiebeterminen im Internet. Wir, die AfD, haben das angeprangert. Aber der Innenminister weigert sich, überhaupt nach der undichten Stelle in den Landesbehörden fahnden zu lassen – eine unheilvolle Allianz zwischen CDU und kriminellen Abschiebegegnern.

(Minister Thomas Strobl: He, he, he! – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt aber! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das muss man dann aber auch mal beweisen, Herr Rottmann!)

Sie lassen die Polizei kalt lächelnd auflaufen, wenn diese zum 500. Mal erfolglos einen Abschiebekandidaten holen will. Und Sie wollen uns über Ihren Eifer belehren, die Ausreisepflicht durchzusetzen. Das glaubt Ihnen doch auch der Bürger nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Sie werden zwischen der AfD und den Grünen zerrieben, und das ist ein hoffnungsloser Versuch, sich zu retten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Allmachtsfantasie!)

„Ausreisepflicht durchsetzen – für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik“: ein wichtiges, gutes und ernsthaftes Thema.

(Abg. Stefan Herre AfD: So ist es! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben es verfehlt!)

Aber die einzige Fraktion, die dieses Thema nicht auf die Tagesordnung hätte bringen sollen, ist die CDU. Denn außer bei der CDU besteht bei allen anderen Fraktionen eine klare Positionierung.

Die Grünen und die SPD möchten am liebsten gar nicht abschieben. Diesen Eindruck hat man jedenfalls.

(Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch!)

Wir möchten am liebsten alle abschieben, die nicht anerkannt sind oder keine Bleibeperspektive haben.

Die CDU weiß entweder nicht, was sie will, oder sie traut sich nicht, gegen ihre grüne Herrin zu rebellieren,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

(Daniel Rottmann)

oder sie ist schlichtweg nicht in der Lage, wirklich ernsthaft etwas zur Lösung beizutragen. Die Forderung, die der Kollege Blenke vorgetragen hat, kennen wir schon seit Jahren. Aber umgesetzt wird hier nichts, und das ist das, was wir kritisieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rottmann, zu dem, was Sie hier über die Ordnung in der Migrationspolitik gesagt haben, kann ich nur sagen:

(Abg. Udo Stein AfD: Wohl wahr!)

Bringen Sie zunächst mal Ordnung in Ihren eigenen Haufen, bevor Sie sich über die Ordnung in diesem Land äußern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Emil Sänze AfD: Wie wäre es mit der Ordnung im Datenbereich?
– Weitere Zurufe von der AfD, u. a. des Abg. Bernd Gögel – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Gögel, genau Sie!)

– Schon haben wir sie wieder, die Unordnung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben – das haben der Kollege Blenke und der Kollege Lede Abal bereits gesagt – rechtsstaatliche Verfahren, die über Verwaltungsverfahren, Gerichtsverfahren und in Einzelfällen sogar über die Härtefallkommission am Ende dazu führen können und nach der Gesetzeslage auch dazu führen müssen, dass Menschen, die zu uns kommen, hier nicht bleiben können.

Diese Menschen haben dann die Möglichkeit, selbstständig auszureisen. Wenn sie das nicht tun, muss der Gerichtsbeschluss oder der Verwaltungsbeschluss – wenn es einen solchen gibt – vollzogen werden. So weit die Theorie.

Im Einzelfall gibt es Probleme bei Abschiebungen. Es gibt das Problem, dass manche bei den Abschiebungen nicht mitwirken. All dies sind Probleme, um die sich vor allem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in diesem Land kümmern müssen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber ich glaube, dass gerade den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wenig geholfen ist, wenn man hier wieder in einer Debatte sagt: „Gesetze lösen jegliches Problem.“ Ich glaube nämlich, dass wir gute Gesetze haben. Nur werden sie nicht ordentlich vollzogen; sie können auch nicht vollzogen werden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Kollege Blenke, wir erinnern uns alle an den Fall in Ellwangen. Der Fall wäre gar nicht passiert. Nach der Gesetzes-

lage wäre es möglich gewesen, diesen Geflüchteten in Abschiebehaft zu nehmen. Das ging aber nicht, weil alle Abschiebehaftplätze besetzt waren, da zu den Abschiebehaftplätzen, die der ehemalige Innenminister Gall geschaffen hat, seitdem keine weiteren dazugekommen sind. Sie versprechen weitere 80 Plätze, die eigentlich jetzt schon da sein sollten, die aber erst ab Mitte 2020 bereitstehen werden. Das heißt, Sie haben doch bereits jetzt Probleme, die Gesetzeslage zu nutzen und das, was im Gesetz drinsteht, auch ordentlich zu vollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wo wollen Sie denn, wenn Sie das, was der Herr Innenminister im Bund vorschlägt – – Ich bin da anderer Meinung als Sie, Kollege Blenke, denn ich glaube nicht, dass da so sehr viel Praxis drinsteckt; wenn nämlich viel Praxis drinstecken würde, dann würde man bei all diesen Rechtsgrundlagen der Abschiebehaft, der Überganghaft berücksichtigen, dass gar nicht genügend Haftplätze da sind. Ich glaube eher, dass dieser Gesetzentwurf auf dem Rücksitz auf der Fahrt von Ingolstadt nach Berlin entstanden ist, aber sicherlich nicht mit der Praxis, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Bravo!)

Deshalb sagen Sie uns: Wann schaffen Sie die Abschiebehaftplätze? Wie viele Abschiebehaftplätze brauchen Sie, wenn Sie das, was Sie heute als der Weisheit letzten Schluss ansehen, nämlich den Gesetzentwurf des Innenministers des Bundes, wirklich umsetzen? Ich kann Ihnen sagen: Da kann Ihnen nicht einmal das Innenministerium weiterhelfen.

Wir haben nachgefragt. Wir wollten wissen, wie viele Geflüchtete, für die ein Abschiebehaftgrund bestand, bei der bestehenden Gesetzesgrundlage in der Vergangenheit nicht in Abschiebehaft genommen werden konnten, weil die Plätze belegt waren. Dazu führt das Innenministerium keine Statistik. Man will auch nicht mehr als die 80 versprochenen Abschiebehaftplätze schaffen, weil man davon ausgeht, dass sie ausreichen,

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

obwohl der Innenminister des Landes selbst nicht aufhört, immer wieder zu sagen: „Wir müssen die Abschiebehaft ausweiten.“ Damit gäbe es also mehr von der Abschiebehaft betroffene Personen, aber Sie können sie gar nicht unterbringen.

Sie können ja einmal den Justizminister fragen, wenn er wieder da ist

(Abg. Andreas Stoch SPD, zu Minister Guido Wolf auf dessen Abgeordnetenplatz zeigend: Da hinten!)

– da hinten sitzt er –, ob er gerade noch einen Platz frei hat. Da bringt im Übrigen auch der europarechtlich höchst fragwürdige Vorschlag, für die Abschiebehaft auch Haftplätze in den Justizvollzugsanstalten zu nehmen, nichts. Auch das ist ein Vorschlag des Innenministers.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen, Herr Blenke? In welcher Justizvollzugsanstalt wollen Sie noch irgendeinen Platz

(Sascha Binder)

finden? Dann erklären Sie uns hier zunächst einmal, wie viele Haftplätze Sie für die Umsetzung des Vorschlags des Innenministers des Bundes, Herrn Seehofer, brauchen, wann Sie diese schaffen wollen, damit Sie dann diese Vorschläge vollziehen können. Auf diese Antwort warte ich gern.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Auf der Regierungsbank sind noch Plätze frei!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich diese von der CDU beantragte Debatte zum Anlass für einen Blick in die Vergangenheit, einen Blick in die Gegenwart und einen Blick in die Zukunft nehmen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das sind drei Mal drei Minuten! Bleibt noch eine Minute übrig! – Abg. Peter Hofelich SPD: Gestern, heute, morgen!)

Beim Blick in die Vergangenheit meine ich zuletzt die Positionierungen der CDU in den letzten Jahren zu diesem Thema. Da könnte einem manches durch den Kopf gehen. Bekanntlich hatten wir 15 Jahre lang eine schwarz-gelbe Koalition. Diese hat längst nicht so viel gestritten wie die jetzige Koalition,

(Zuruf des Abg. Manfred Kern GRÜNE)

aber manchmal auch, und zwar ausgerechnet in diesem Punkt hatten wir die meisten Diskussionen.

Wir hatten damals Familien ausgewiesen in Fällen, bei denen jeder gesagt hat: „Seid ihr eigentlich noch normal?“ Die waren komplett integriert, die Kinder gingen in die Schule, aber wir mussten sie – auf Deutsch gesagt – „rausschmeißen“. Damals haben wir gesagt: Wenn schon kein Zuwanderungsgesetz – jetzt kommt es ja –, dann vielleicht wenigstens ein kleines Ventil, damit wir diese ziemlich verrückten Fälle lösen können.

Aber der von mir hoch geschätzte Erwin Teufel war dagegen. Ich habe zu ihm gesagt: „Ich finde das eigentlich weder human noch sozial noch christlich“, zumal diese Familien oft noch im Kirchenasyl gelandet sind. Aber es war nichts zu machen. Das ging so weit, dass dann eine Härtefallkommission ins Bundesprogramm der CDU kam – Ihrer Partei. Da hatten wir gedacht: Jetzt haben wir es geschafft. Dann ist Erwin Teufel zum Parteitag gereist – ich glaube, es war in Mannheim –, um eine Rede zu halten mit dem einzigen Ziel, dass diese Härtefallkommission wieder rausfliegt – und sie wurde herausgenommen. Dann waren wir genauso weit wie vorher. Später ist sie ja eingeführt worden. Als er aus dem Amt schied, hat er zu uns gesagt, jetzt könnten wir es machen.

Warum erzähle ich das? Weil es eigentlich schon ein bisschen verrückt ist, was hinterher kam. Für mich war das im Grunde genommen ein Paradigmenwechsel in Ihrer Partei von einem Pol der Unvernunft zum anderen Pol der Unvernunft. Da sind

alle hinmarschiert, getreu dem Motto: „Ist der Weg auch falsch und steinig, Hauptsache, wir sind uns einig“ –

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Anton Baron AfD)

manche widerwillig, manche geradezu eifrig, so, wie der jetzige Innenminister diesem Kurs gefolgt ist.

Ich will nur noch einmal brennglasartig einfangen, wie sich das innerhalb weniger Jahre geändert hat. Es gab z. B. den Fall, dass eine baden-württembergische Schule einen argentinischen Lehrer wollte. Sie hat ihn nicht bekommen. Es war am Schluss nicht möglich, den Nachweis zu finden, dass man nicht doch vielleicht einen deutschen Lehrer findet, der das so ähnlich hinbekommt. – So war das, gell?

Wenige Jahre darauf war es beispielsweise dann so, dass ein Bus mit 50 Jugendlichen nach Ellwangen gebracht wurde – vielleicht ganz im Sinne des Ministerpräsidenten – und am nächsten Tag, als die Betreuer nach den Jugendlichen schauen wollten, niemand mehr von ihnen da war. Die 50 Jugendlichen waren weg, man wusste nicht, wo sie waren, man wusste nicht, wer sie waren. Denn wir haben über einen beträchtlichen Zeitraum jeden reingelassen, ohne auch nur zu wissen, wer es ist. Das hat natürlich mit Vernunft wenig zu tun, und jetzt können wir die Folgen verdauen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das war der Blick in die Vergangenheit.

Jetzt stehen wir vor erheblichen Herausforderungen. Nach meiner Meinung sind diese Herausforderungen lösbar. Das bekommen wir hin. Aber man muss auch nüchtern sagen: Manche Euphorie ist vielleicht nicht gerade verflogen, aber schon ein bisschen gedämpft worden. Nehmen wir das Stichwort Arbeitsmarkt. Ich erinnere mich noch an die Äußerungen eines Daimler-Vorstands, der gesagt hat: „Das ist ja ganz toll; da kommen die jungen Leute, die sind technikaffin; das sind die Fachkräfte, die wir brauchen.“ Mittlerweile wissen wir, dass es fünf bis sechs Jahre dauert, um zumindest einen Teil der jungen Flüchtlinge tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu bringen. Das ist ja doch deutlich schwieriger. Es ist machbar, aber es wird uns Jahre beschäftigen.

Oder nehmen wir den anderen Umstand: Wir haben – womit wir nicht gerechnet haben – wieder hohe Belegungsstände in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Ich brauche nicht lange nach dem Grund zu fragen. Da geht es auch nicht nur um kleinere Delikte und um Handel mit Marihuana, sondern da geht es um spektakuläre Fälle, begangen von jungen Migranten. Das ist nicht nur für die Opfer furchtbar, sondern bringt uns natürlich auch in eine ganz schwierige Diskussion in der Bevölkerung zu dem Thema Flüchtlinge insgesamt und stärkt natürlich leider auch die Positionen der AfD.

Jetzt müssen wir schauen, wie wir aus dieser Situation herauskommen. Wir könnten diese Herausforderungen natürlich mildern. Wir könnten die Herausforderungen mildern, indem wir z. B. ein Konzept der sicheren Herkunftsländer konsequent umsetzen, aber da kommt ein unverständliches Nein der Grünen, was ich eigentlich für verantwortungslos und für nicht nachvollziehbar halte.

(Dr. Ulrich Goll)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Und dann das Abschiebungsgeschehen selbst – das haben wir ja auch mit einem Antrag in den Blick genommen –: Es kann, Herr Innenminister, nicht befriedigend sein, wenn von den möglichen Abschiebungen zwei Drittel scheitern. Zwei Drittel finden am Ende nicht statt. Das ist natürlich keine überzeugende Vorstellung des Rechtsstaats insgesamt.

Da betone ich: Wir kritisieren nicht nur, wir schauen nicht nur in die Vergangenheit, sondern – da bin ich, wenn man so will, bei meinem dritten Teil, beim Blick in die Zukunft –: Wir, die FDP/DVP-Fraktion, haben nachweislich seit Jahren ein Konzept, bei dem ich bis heute nicht weiß, wo es wirkliche Einwände geben soll. Leider haben wir die notwendigen Mehrheiten dafür nicht gefunden – bei den einen vielleicht deswegen nicht, weil sie nichts von der FDP wollen; bei den anderen möglicherweise aus grundsätzlichen Erwägungen. Aber seit Jahren predigen wir: Teilt das Ganze in drei Bereiche – wenn man so will, in drei bis vier. Das Erste ist das Grundgesetz. Das ist sakrosankt; da wird kein Haar gekrümmt. Diesen Bereich lassen wir so, wie er ist. Dann haben wir einen Bereich Flüchtlinge. In dem Bereich Flüchtlinge verfolgen wir den konsequenten Ansatz, dass es immer nur um einen temporären, um einen befristeten Aufenthalt gehen kann.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das muss von vornherein klar sein. Hier reden wir nur über befristeten Aufenthalt, solange die Fluchtgründe bestehen. Da geht es streng genommen auch nicht um Integration,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

sondern allenfalls darum, dass wir den Menschen hier Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die es ihnen leichter machen, nach der Rückkehr Fuß zu fassen. Das ist in diesem Bereich ein sinnvolles Konzept.

(Abg. Anton Baron AfD: Sicher!)

Dann haben wir den dritten Teil. Das betrifft ein Zuwanderungsgesetz nach australischem oder kanadischem Muster, das wir schon lange fordern. Jetzt kommt eines. Es kommt nicht genau das, was wir gern hätten – man bekommt selten im Leben genau das, was man gern hätte –, aber es kommt jedenfalls etwas.

Aber diese drei Teile im Zusammenspiel, natürlich mit der Möglichkeit, dass man unter Umständen aus dem Bereich Flüchtlinge noch wechseln kann in den Einwanderungsbereich – der berühmte Spurwechsel –, dieses Instrumentarium liegt eigentlich auf dem Tisch und wird nach unserer Meinung nicht überzeugend und geschlossen angewendet.

Natürlich kommt dann die berühmte vierte Abteilung, könnte man sagen. Diese vierte Abteilung bedeutet Rückreise, bedeutet Ausweisung. Es geht nicht anders.

Es stimmt ja hoffnungsfroh, dass die CDU, wie Sie vorhin gesagt haben, lieber Kollege Blenke, gesehen hat, dass wir da dringend etwas machen müssen. Ob aber das bayerische Säbelrasseln uns an dieser Stelle wirklich hilft, erscheint fraglich. Da gibt es natürlich Hindernisse, wobei ich mir eine An-

merkung in Richtung des Kollegen Binder zum Schluss noch erlaube. Ich war vorhin ein bisschen überrascht. Denn ich habe in meinem Gedächtnis gekramt, und ich meine mich zu erinnern, dass es ein Minister Ihrer Partei war, der das Thema Abschiebehaft in eine völlig ungeeignete, zu kleine Pforzheimer Anstalt gezwängt hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum soll die ungeeignet sein?)

Wer eigentlich den Beginn dieser Probleme selbst gesetzt hat, der muss da ein bisschen vorsichtig sein mit der Kritik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Anton Baron und Stefan Herre AfD)

Wir raten dringend, dieses Geschehen noch besser in den Blick zu nehmen, Herr Innenminister. Wenn man sich die Gründe anschaut, weshalb Abschiebungen scheitern, ist das doch ein bisschen arg einfach. Da kann man vielleicht doch noch ein bisschen mehr erreichen. Denn das macht es natürlich leichter, den Herausforderungen zu begegnen, die wir in der Flüchtlingspolitik haben, die – ich sage es nochmals – lösbar sind, aber die man auch nicht auf die leichte Schulter nehmen darf.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Anmeldung des Tagesordnungspunkts durch die Fraktion der CDU steht unter der Überschrift „Ausreisepflicht durchsetzen – für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik“. Ich finde, der Titel dieser Debatte ist mit Bedacht gewählt. Humanität auf der einen Seite und Durchsetzung der Ausreisepflicht auf der anderen Seite gehören zusammen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herz und Härte und Handeln, das ist die Leitlinie dieser Koalition und dieser Landesregierung in Sachen Migration, in Sachen Integration, in Sachen Sicherheit. Alles gehört zusammen: Herz und Härte und konsequentes Handeln. Ich bin der Koalition dankbar, dass sie das so mitträgt.

Abschiebungen stehen dabei nicht im Widerspruch zum Rechtsstaat. Vielmehr ist es Aufgabe der Behörden, das Recht durchzusetzen, zumal dann, wenn die vollziehbare Ausreisepflicht in einem gründlichen Verfahren durch mehrere Behörden und Gerichte rechtskräftig festgestellt wurde. Abschiebungen sind Ausdruck eines funktionierenden Rechtsstaats. Nicht diejenigen müssen sich entschuldigen, die das geltende Recht konsequent umsetzen, sondern diejenigen, die das nicht tun und das Recht missachten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rappke zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein. – Dabei stelle ich nicht infrage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass für die betroffenen Menschen eine Abschiebung ein einschneidendes Ereignis ist. Daher ist es auch unser Anliegen, die Personen, die unser Land verlassen müssen, zu einer freiwilligen Ausreise zu bewegen.

(Vereinzelt Beifall)

Das hat Priorität. Leider gelingt dies nicht immer. Die Zahlen der freiwilligen Ausreise sind insgesamt sogar rückläufig. Gelingt es nicht, die Ausreisepflichtigen zur freiwilligen Ausreise zu bewegen, dann bleibt uns nur, die Ausreisepflicht auf der Grundlage des rechtlichen Rahmens zwangsweise zu vollstrecken.

Mir ist aber auch der andere Teil der Überschrift, den die CDU-Fraktion für diese Debatte gewählt hat, wichtig. Es geht nicht nur um Abschiebung, sondern es geht insgesamt um eine neue Ordnung der Migrationspolitik in Deutschland. Dies schließt auch die Bestimmungen zur Zuwanderung mit ein. Zuwanderung und Rückführung, das sind zwei Seiten einer Medaille, Herz und Härte, Vernunft und kluges Handeln.

(Zuruf: Reden Sie nicht, machen Sie!)

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird Ausländern ein sehr weitreichender Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet. Das ist notwendig und klug, damit die Firmen in unserem Land dringend benötigte Arbeitskräfte finden. Nicht nur die großen Firmen tun sich sehr schwer, Arbeitskräfte zu finden; es sind gerade die mittelständischen Firmen, die unter dem Fachkräftemangel, unter Arbeitskräftemangel insgesamt leiden. In Baden-Württemberg ist das in Wahrheit die Wachstumsbremse Nummer 1, dass wir Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel haben. Wir kennen die Sorgen des Mittelstands, der Handwerksbetriebe sowie der Familienbetriebe in unserem Land, und wir nehmen sie ernst. Deswegen werden wir hier entsprechend nachsteuern.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Anton Baron und Stefan Herre AfD)

Ich bin zuversichtlich, dass es mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz gelingen kann, die Weichen so zu stellen, dass wir auch in Zukunft noch die Wertschöpfung in Deutschland und Baden-Württemberg erarbeiten können, die notwendig ist, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Damit aber das Fachkräfteeinwanderungsgesetz künftig als Ordnungsrahmen funktionieren kann, ist es unumgänglich, dass auf der anderen Seite die vollziehbare Ausreisepflicht konsequent durchgesetzt wird. Andernfalls würde einem Missbrauch der weitreichenden – und sinnvollen – Zuwanderungsmöglichkeiten Tür und Tor geöffnet. Für die Akzeptanz des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes – darauf hat Kollege Blenke zu Recht hingewiesen – wäre dies mehr als kontraproduktiv.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Weirauch zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Bitte. Gern.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Mit zweierlei Maß wird gemessen!)

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Herr Minister, vielen Dank für die Gewährung der Zwischenfrage. – Ich möchte noch einmal auf folgenden Punkt zu sprechen kommen: Sie haben gerade ausführlich beschrieben, wie wichtig Fachkräfte für die baden-württembergische Wirtschaft sind. Wir fragen uns natürlich, was, wenn in näherer Zukunft das Bundesgesetz kommt, mit den Menschen passiert, die potenziell unter den Schutzrahmen dieses Gesetzes fallen würden und die schon jetzt bei Unternehmen in Baden-Württemberg in Lohn und Brot stehen, aber von der Abschiebung betroffen sind.

Schieben Sie diese Menschen trotzdem ab, wohl wissend, dass sie gegebenenfalls ab beispielsweise dem 1. Januar 2020 unter einen solchen Rahmen fallen? Schieben Sie diese Menschen in der Zwischenzeit trotzdem ab? Das würde ich gern von Ihnen wissen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich habe bereits im vergangenen Jahr, Herr Abg. Weirauch, verfügt, dass wir in bestimmten Bereichen die zu erwartende Bundesgesetzgebung – jedenfalls da, wo sie sich hinreichend klar abzeichnet – vorwegnehmen, und habe die Ausländerbehörden entsprechend angewiesen, etwa bei im Bereich der Altenpflege tätigen Personen Abschiebungen nicht mehr vorzunehmen, wenn sie unter das zu erwartende Bundesgesetz fallen werden.

Insofern haben wir die Spielräume, die es hier gibt, maximal ausgenutzt und haben ein Stück weit die künftige Bundesgesetzgebung bereits in die Verwaltungspraxis in Baden-Württemberg einbezogen. Das habe ich im vergangenen Jahr so entschieden, und ich glaube, dass das gerade im Bereich der Altenpflege – im Bereich der Altenpflegehelferinnen und -helfer – eine richtige Entscheidung gewesen ist, weil wir die Menschen dort besonders dringend brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Weirauch zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Noch eine Nachfrage: Können Sie sicherstellen, dass nach Ihrer Anweisung an die Ausländerbehörden keine entsprechenden Abschiebungen in dem von Ihnen gerade beschriebenen Bereich der Altenpflege erfolgt sind?

(Abg. Winfried Mack CDU: Das kann man nicht ausschließen!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Diese Anweisung ist selbstverständlich den Ausländerbehörden bekannt, und ich gehe davon aus, dass auch entsprechend gearbeitet wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Bitte sehr.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und danach reden wir mal weiter!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Minister. – Wie stellen Sie sicher, dass abschiebepflichtige Ausländer jetzt nicht vorgeben, in der Altenpflege tätig zu sein, beispielsweise durch Scheinanmeldungen und Ähnliches?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Dr. Fiechtner, selbstverständlich sind in einem solchen Fall entsprechende Beschäftigungsverträge vorzulegen, es sind entsprechende Ausbildungsverträge vorzulegen. Diese Papiere werden selbstverständlich überprüft.

Missbrauch kann man im Leben nie vollständig ausschließen. Mein Eindruck ist aber, dass hier jedenfalls nicht massenhaft missbräuchlich gehandelt wird, sondern dass, wenn überhaupt, die Fälle, in denen das wirklich missbräuchlich gemacht wird, zahlenmäßig überschaubar sind.

Wenn Sie sich einfach einmal – dazu will ich Sie alle ermuntern oder Ihnen das nahelegen – mit denen unterhalten, die in der Altenpflege oder in der Krankenpflege tätig sind, Herr Dr. Fiechtner, dann wissen Sie, dass diese Bereiche vor allem unter zwei Dingen extrem zu leiden haben: erstens unter einer überbordenden Bürokratie und zweitens unter einem erheblichen Mangel an Kolleginnen und Kollegen. Es sind einfach zu wenige, die in Deutschland in der Altenpflege und in der Krankenpflege tätig sind. Deswegen ist dieser Hilfeschrei, der aus den Krankenhäusern und aus den Pflegeeinrichtungen kommt, ernst zu nehmen, und in den allermeisten Fällen ist das auch berechtigt. Das ist jedenfalls meine Erfahrung.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Gedeon. Lassen Sie diese zu oder nicht?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, ich persönlich würde sehr gern weitere Zwischenfragen zulassen. Ich spüre nur eine Stimmung im Parlament,

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

die in Richtung Mittagspause geht. Bevor eine Kollegin oder ein Kollege in eine Unterzuckerung fällt,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich bin kurz davor!)

wäre es, glaube ich, besser, wenn ich jetzt meine Ausführungen fortsetzen würde.

Wir haben inzwischen einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorliegen, der im Übrigen am vergangenen Freitag im Bundesrat behandelt wurde. In diesem Zusammenhang ist auch das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung zu sehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit sicheren Herkunftsstaaten?)

Das, Herr Kollege Weirauch, ist im Übrigen das Gesetz, um das es auch in den von Ihnen angesprochenen Fällen vor allem geht, weniger um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Das aber nur am Rande.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass wir bereits mit dem geltenden Recht Rückführungen betreiben

können. Herr Abg. Binder, das stimmt natürlich. Ich glaube nur – ich kann das auch sehr gut nachweisen –, dass sich weder das Land Baden-Württemberg noch diese Landesregierung beim Vergleich mit anderen Bundesländern oder mit Vorgängerregierungen, was die Rückführungszahlen angeht, verstecken müssen. Von 2015 auf 2016 haben wir die Abschiebezahlen in Baden-Württemberg um 50 % gesteigert,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sieht es aus!)

und zwar von 2 400 auf 3 600.

(Abg. Sascha Binder SPD schüttelt den Kopf.)

– Auch wenn Sie den Kopf noch so sehr schütteln, ist es einfach wahr.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das habe ich gar nicht bestritten!)

Wir machen das mit einer anderen Konsequenz, und wir machen das mit anderen Ergebnissen, als es vorher gemacht worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bernd Gögel AfD: Die Hälfte kommt doch wieder!)

50 % mehr Rückführungen, das sind die Zahlen. Immer dann, wenn Sie mit dem Finger auf diese Regierung zeigen, zeigen drei Finger auf Sie. Ich hätte es nicht erwähnt; weil Sie aber immer meinen, diese Dinge hier thematisieren zu müssen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das habe ich doch nicht bestritten! Das haben Sie wohl verwechselt!)

bin ich auch veranlasst, Ihnen eine entsprechende Antwort nicht schuldig zu bleiben.

Weil wir das in dieser Konsequenz machen, wissen wir aber auch, dass der Gesetzgeber gefragt ist, den Praktikern, und zwar unseren Polizeipraktikern, zusätzlich taugliche Werkzeuge an die Hand zu geben. Insofern bin ich der Überzeugung, dass das Bundesinnenministerium mit dem Entwurf des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht absolut auf dem richtigen Weg ist.

Ich stelle fest, dass viele der Vorschläge, die wir im Vorfeld formuliert hatten, nunmehr konkretes Regierungshandeln werden sollen. Das sind Vorschläge, die beispielsweise in Baden-Württemberg nach Gesprächen mit Praktikern aus der baden-württembergischen Landespolizei entwickelt wurden. Das sind auch Vorschläge, die ich selbst nach stundenlangen Gesprächen mit Polizeipräsidenten, die insbesondere mit Abschiebungen beschäftigt sind, entwickelt habe. Das sind Vorschläge, die wir aus Baden-Württemberg in die Innenministerkonferenz eingebracht haben und die dort die Zustimmung aller Innenminister der Republik erhalten haben. Das ist jetzt, da es Bundesrecht ist, in einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums gegossen worden. Das ist das konkrete Regierungshandeln, das ich mir an dieser Stelle erwarte.

In erster Linie betrifft dies mögliche Erleichterungen bei der Inhaftierung. Der Entwurf sieht sowohl bei der Sicherungshaft als auch beim Ausreisegewahrsam Verbesserungen vor und gibt zudem noch neue Handlungsoptionen, nämlich das sogenannte kurzfristige Festhalten. Das ist für unsere Polizi-

(Minister Thomas Strobl)

tinnen und Polizisten, die diese Schwerstarbeit für uns alle erledigen, ein ganz entscheidend wichtiges Instrument.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es handelt sich bei diesen Instrumenten jeweils um freiheitsentziehende Maßnahmen, die sich im Wesentlichen durch die unterschiedliche Dauer unterscheiden. Es ist einleuchtend, dass die Anforderungen umso höher sein sollten, je länger die Freiheitsentziehung andauert. Nach geltender Rechtslage ist dies nicht wirklich gegeben. Der Ausreisegewahrsam, der maximal über zehn Tage andauern kann, hat fast die gleichen strengen Voraussetzungen wie die Sicherungshaft, die bekanntlich über mehrere Monate angeordnet werden kann.

Ich habe sowohl bei der zurückliegenden Innenministerkonferenz als auch anschließend beim Bundesinnenminister intensiv darum geworben, dass wir ein flexibles Instrumentarium für die kurzzeitige Freiheitsentziehung brauchen. Diese Erleichterung wird im jetzigen Entwurf dadurch erreicht, dass beim Ausreisegewahrsam keine Fluchtgefahr mehr nachgewiesen werden muss.

Ich will mich ausdrücklich beim Bundesinnenministerium bedanken, dass diese Anregungen, die uns die Praktikerinnen und Praktiker, die Polizistinnen und Polizisten, die in diesem Geschäft tätig sind, gegeben haben, nun in den Gesetzentwurf des Bundes eingeflossen sind.

Es ist ebenfalls zielführend, wenn die abzuschiebenden Personen über die üblichen Rüst- und Wartezeiten hinaus kurzzeitig festgehalten werden dürfen. Ich hätte mir hier freilich noch ein bisschen mehr Flexibilität gewünscht, damit zumindest das Festhalten über Nacht möglich ist. Mir geht es darum, dass die Personen bereits am Vortag einer Abschiebung ohne allzu große Formalitäten abgeholt werden können, damit wir Abholungen in der Nacht oder am frühen Morgen vermeiden können,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

damit wir den Abschiebevorgang für alle Beteiligten insgesamt entzerrern können und, Herr Abg. Weirauch, damit wir noch umfassender, als wir es heute bereits tun, Abholungen aus der Schule vermeiden können. Das schaffen wir durch diese Entzerrung. Wenn wir eine solche Möglichkeit aber nicht haben, dann wird es nicht zu vermeiden sein, dass wir in manchen Fällen leider auf diese Art und Weise vorgehen müssen.

Deswegen sind diese Maßnahmen richtig und wichtig. Wir werden ganz sicher auch noch den einen oder anderen Vorschlag aus Baden-Württemberg in diese Richtung in den laufenden Gesetzgebungsprozess einbringen.

Aber ich sage noch einmal: Die Richtung bei diesem Gesetzentwurf stimmt, und darauf kommt es an. Besonders wichtig ist mir: Der Entwurf sendet ein wichtiges Signal an all diejenigen aus, die durch schwere Straftaten den Rechtsfrieden stören. Die Ausweisung dieser kriminellen Personen soll noch einmal erleichtert werden. Da gibt es in dieser Koalition und in dieser Landesregierung Gott sei Dank überhaupt kein Verstummen, dass diejenigen, die unser Gastrecht missbrauchen, indem sie Straftaten begehen, ihr Gastrecht verwirken und dies auch konsequent durch ausweisungsrechtliche Maßnahmen spüren sollen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die schreckliche Gruppenvergewaltigung im Oktober letzten Jahres in Freiburg hat erwiesen, dass wir deutlich machen müssen, dass wir solchen abscheulichen Verhaltensweisen entschlossen entgegenreten.

Da möchte ich schon sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir ziehen diese Konsequenzen auch. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir handeln ganz konkret.

Es kann im Übrigen auch nicht sein, dass jemand vor Gefahren für Leib und Leben flüchtet und dann das Gastrecht derart mit Füßen tritt. Das sind wir dem Opfer

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

und auch all denjenigen Schutzsuchenden schuldig,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

die sich – in ihrer ganz großen Mehrheit – rechtstreu verhalten. Auch das ist eine klare Linie in dieser Koalition und in dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss und möchte die Gelegenheit nutzen, zunächst die Bundesregierung, aber auch den Bundesgesetzgeber insgesamt zu ermutigen, den eingeschlagenen guten Weg fortzusetzen und die Eckpunkte des Gesetzentwurfs im weiteren Verfahren nicht zu verwässern. Es ist ein Gesetzentwurf, der der polizeilichen Praxis gerecht wird. Es ist die Auffassung derer darin widergespiegelt, die im realen Leben tätig sind. Es ist für unsere Polizistinnen und Polizisten außerordentlich wichtig, dass wir den rechtlichen Instrumentenkasten bei diesem schwierigen Geschäft jetzt erweitern.

Herz und Härte – beides gehört zusammen. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt uns in der Zusammenschau mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und dem Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung voran auf dem Weg für mehr Humanität und für mehr Ordnung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Diesen verbalen Rundumschlag vom AfD-Vertreter

(Abg. Anton Baron AfD: Sein Name ist Rottmann!)

– ich weiß, es war Herr Rottmann –, der darin gipfelte, die CDU würde AfD-Positionen übernehmen,

(Abg. Carola Wolle AfD: Eindeutig!)

empfinde ich schon fast als Beleidigung.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei der AfD)

(Thomas Blenke)

Wissen Sie auch, warum? Ich habe es vorhin deutlich gemacht, der Innenminister hat es auch deutlich gemacht: Zu einer geordneten Migrationspolitik gehört neben der Konsequenz auch Humanität, und die fehlt bei Ihnen, die fehlt bei Ihnen restlos.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Bei Ihnen fehlt das Handeln! – Zuruf von der AfD: Dafür ist sie bei Ihnen totalitär! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Wenn Sie sagen, mit der AfD wäre das nicht passiert, dass 2015/2016 die Zugangszahlen im Flüchtlingsbereich nach oben geschneit sind, dann müssen Sie schon sagen, wie Sie es verhindert hätten. Mit Panzern, mit Stacheldrahtzäunen, mit Schlagstöcken, oder wie? Wie hätten Sie es verhindert?

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt malen Sie doch nicht solche Bilder!)

Jetzt schauen Sie sich einfach einmal die Zahlen an. Im Jahr 2014 hatten wir in Deutschland 202 000 Asylersanträge, im Jahr 2016 waren es 745 000.

(Zurufe von der AfD)

Wie hätte man das denn mit Ihren Methoden bewältigen sollen? Das geht überhaupt nicht. Aber was entscheidend ist: Sie tun immer so, als wäre die Politik in Berlin und in Stuttgart untätig geblieben. Das stimmt halt einfach nicht. Wir haben mit zahlreichen Maßnahmen die Zugangszahlen drastisch abgesenkt.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie nicht! Die FPÖ! – Abg. Bernd Gögel AfD: Von einem türkischen Despoten erpressen lassen!)

Von rund 750 000 im Jahr 2016 ist die Zahl auf 180 000 im letzten Jahr reduziert worden. 180 000 im vergangenen Jahr! Das heißt, die gesamten Maßnahmen, die im Bund getroffen wurden, haben gewirkt. Jetzt geht es darum, die Ausreisepflichtung konsequenter durchzusetzen. Sie kapieren einfach nicht, dass dazwischen ein Unterschied liegt.

(Abg. Carola Wolle AfD: Sie kapieren nicht, dass man niemanden reinlässt, der keinen Ausweis hat!)

Jetzt noch ein letzter Punkt: Ich fand es nett, wie Herr Kollege Binder vorhin enthusiastisch – ich habe fast feuchte Augen bekommen – über die Schaffung von Haftplätzen gesprochen hat. So enthusiastisch habe ich Sie zumindest bei diesem Thema noch nie erlebt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wer A sagt, muss auch B sagen, Kollege Blenke!)

Ich kann nur Folgendes sagen. Erstens: Die Abschiebehaftanstalt in Pforzheim haben wir von Ihnen übernommen. Zweitens: Der Gesetzentwurf auf Bundesebene sieht vor, dass Abschiebehaftlinge in den regulären Haftanstalten

(Abg. Rainer Hinderer SPD meldet sich.)

– ich weiß, Herr Kollege Hinderer, was Sie fragen wollen; diese sind auch voll; das wissen wir – getrennt von anderen Haftlingen untergebracht werden können.

Damit ist Ihre Frage aber auch schon beantwortet.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen, Kollege Binder, bin ich gespannt – Ihre Partei ist ja in Berlin mit an der Regierung –, ob Sie da mitmachen, ob Sie dabei sind, wenn wir diese Maßnahme in das Gesetz mit hineinnehmen wollen. Herzlich willkommen, wenn Sie da mit an Bord sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte den Kollegen Blenke ausdrücklich in der Auffassung bestärken,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Schön! Danke!)

dass es in der Position der CDU keine Gemeinsamkeiten mit der AfD gebe. Das kann ich jetzt auch nach einer gemeinsamen Regierungszeit von doch immerhin zweieinhalb Jahren sagen, dass ich das wirklich nicht erkennen kann.

Wenn Sie von sich behaupten, Sie hätten gehandelt, muss ich schon sagen: Als damals – 2015, 2016 – eine große Zahl von Flüchtlingen hier untergebracht werden musste, haben viele gehandelt, aber Sie nicht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Sie haben damals noch mit Lucke über die Eurorettung diskutiert. Das haben Sie damals gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Emil Sänze AfD – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Wer am wenigsten gehandelt hat, das waren Sie.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Wir haben aber natürlich inzwischen auch von dem geplanten „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von der Bundesregierung, von Horst Seehofer gehört. Verschiedene Redner haben es angesprochen. Da stehen natürlich schon einige Punkte drin, auf die genauer zu schauen sich lohnt, vor allem, weil man doch auch fragen muss, inwiefern diese Punkte überhaupt wirksam werden.

Wir haben jetzt schon von der Situation der Haftanstalten gehört. Ich meine, die ziemlich bedingungslose Ausweitung von Haftgründen, die in diesem Gesetz vorgesehen ist, wird uns in der Sache überhaupt keine Abhilfe schaffen. Das wird uns auch in der Sache nicht weiterbringen.

Genauso können wir natürlich auch immer weiter an der Mindeststrafhöhe drehen, ab der eine Ausweisung möglich ist. Aber das wird uns in der Sache auch nicht groß weiterbringen. Da sind auch in den letzten Jahren schon deutliche Absenkungen erfolgt. Ich glaube, da kommen wir so auch nicht mehr weiter.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Auch ein neuer Aufenthaltsstatus „Duldung light“, also unterhalb der Duldung, ist vermutlich noch nichts, was dann eine zusätzliche Ausreise bewirken wird.

Ich glaube, das sind alles Regelungen, die sehr viel Druck ausüben sollen, die aber in der Sache die Ausreiseverpflichtung nicht stärker durchsetzen werden.

Wir haben natürlich alle ein Interesse daran, dass vor allem bestimmte Personengruppen auch tatsächlich zur Ausreise kommen oder abgeschoben werden: beispielsweise Personen, bei denen es zu massiven Straftaten gekommen ist, bei denen ein Sicherheitsrisiko vorliegt, bei denen ein Gefährdverdacht oder Terrorverdacht besteht. Auch da wollen wir natürlich – da sind wir uns ja auch einig –, dass die entsprechenden Personen ausgewiesen werden.

Aber bei all diesen Vorschlägen unterschlägt der Bundesinnenminister halt leider immer noch, dass der zentrale Baustein, für den er verantwortlich ist, immer noch fehlt, und das ist das Stichwort Rücknahmeabkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Sascha Binder SPD: Richtig!)

Da hat der Bundesinnenminister große Töne gespuckt, und er hat jetzt in den letzten Monaten Abkommen vorgelegt: Er hat ein Abkommen mit Griechenland abgeschlossen, er hat eines mit Italien abgeschlossen, das der italienische Innenminister bestritten hat, und er hat eines mit Spanien abgeschlossen, das laut spanischen Angaben deutlich unter 100 Personen im Jahr betreffen wird. Ich glaube, im zweiten Halbjahr 2018 ging es da um 20 Personen.

Wenn man das dann alles einmal zusammennimmt, sind das auch erst einmal nur – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Spanier wollen doch die Katalanen haben!)

– Nein, die Spanier, nicht die Katalanen. Ich glaube, da ist Puigdemont auch nicht mit eingerechnet. Er sitzt ja auch gerade nicht in Deutschland, sondern in Brüssel, glaube ich. In diesem Sinn fiele er auch nicht unter diesen Fall. Das wäre auch noch ein sicheres Herkunftsland, Herr Mack, das wissen Sie; er ist ja europäischer Staatsbürger, zumindest noch.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber das hat keine Rolle gespielt in diesem Fall!)

Auch sind das alles Regelungen, die Dublin-Fälle betreffen, wo eigentlich sowieso schon eine Rücknahmeverpflichtung des jeweiligen Herkunftslands besteht. Wo da der große Fortschritt sein soll, ist mir, ehrlich gesagt, nicht ganz klar, Herrn Seehofer wahrscheinlich auch nicht.

Unter dem Strich muss man sagen: Mit außereuropäischen Staaten, also den eigentlichen Herkunftsländern der Flüchtlinge, gibt es bisher keine Rücknahmeabkommen. An dieser Stelle hat Seehofer gebrüllt, ist gesprungen, aber er ist eigentlich nicht einmal mehr als Bettvorleger gelandet, sondern irgendwie als der Filzlappe, der unter dem Bettvorleger liegt, um den Fußboden zu schonen.

(Beifall der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Zuruf von der CDU: Hey, hey, hey!)

An dieser Stelle muss man einfach einmal sagen: pragmatische Regelung, ja, pragmatische Regelung auch für den Bereich des Einwanderungsgesetzes, auch mit Bleiberechtsregelung, die kommen soll. Das ist die Linie, die wir, die grüne Fraktion, auch unterstützen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Beitrag des Kollegen von den Grünen hätte ich eigentlich gar nicht mehr viel zu sagen. Ist er überhaupt noch in der Koalition mit Ihnen, liebe CDU?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das nützt Ihnen auch nichts! Das wird Ihnen auch nicht helfen!)

Die Aktuelle Debatte, die die CDU beantragt hat, hätte sie sich – das muss man ganz ehrlich sagen – auch schenken können. Denn Ihre größte Kanzlerin aller Zeiten hat Elefanten in die Parlamente und ins Land gestellt, die Sie gar nicht mehr weg bewegen können.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Analogien können Sie sich schenken!)

Angefangen hat es mit einer Naturkatastrophe in Japan, nach der sie populistisch eine Energiewende eingeleitet hat, die wir bis heute weder angefangen noch überwunden haben, die aber viele Millionen von Bürgern irgendwann nicht mehr werden bezahlen können, sodass ihnen der Strom abgestellt werden wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt haben wir einmal Flüchtlinge zum Thema, aber Sie reden vom Tsunami!)

Dann kam im September 2015 der größte Moment Ihrer Kanzlerin. Sie hat an diesem Abend kurz überlegt, was sie tun soll, und gegen Anraten ihres Innenministers und führender Grenzschutzbeamter und -offiziere hat sie zugelassen, dass die Grenzen in Deutschland abgeschafft wurden, dass der Staat quasi aufgelöst wurde.

(Zuruf: Blödsinn!)

In diesem Zustand befinden wir uns heute noch.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Bei uns gibt es keine Grenzschutzoffiziere! Es ist eine andere Welt, von der Sie reden! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sind Sie gegen das Schengen-Abkommen?)

Sie sprechen hier davon, die Ausreisepflicht durchzusetzen, sprechen von Humanität und Ordnung. Die Ordnung in diesem Land hat Ihre Kanzlerin im Jahr 2015 beendet.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Die größte Katastrophe setzte sie mit der Unterschrift unter den Migrationspakt in Marrakesch am Ende ihrer Karriere noch obendrauf. Folgegenerationen werden es in Europa und in Deutschland nicht mehr aushalten können; denn wir sind

(Bernd Gögel)

dann hier erledigt, meine Damen und Herren. Wir sind dann die Minderheit in Europa und in Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Weltuntergangsszenario! Ein Angstmacher sind Sie!)

Nehmen Sie doch diese Billionenwerte, die Sie inzwischen für diese Katastrophen aufwenden, und investieren Sie sie – was Sie noch nie geschafft haben – in Projekte in Afrika, nicht in Despoten, die dort regieren, sondern direkt in Projekte und in Anlagen, in denen Sie Menschen ausbilden können, in denen Sie Menschen schulen können.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Wenn Sie diese Menschen dort ausgebildet und geschult haben, dann können Sie sie auch nach Deutschland kommen lassen. Dann haben sie die Sprache gelernt, sie haben die Qualifikation, und alle Wertevorstellungen, die wir vermittelt haben, bringen sie in dieses Land mit. Tun Sie das doch einfach, aber erzählen Sie nichts von Abschiebung und Humanität. Wir leben im Zeitalter der totalitären Humanität.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Sie ist allumfassend und duldet keinen Widerspruch. Das ist unser Problem. Es gibt kein Böse mehr, es gibt nur Gut. Es gibt kein Schwarz mehr, nur Weiß.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist das Problem, das wir in diesem Land haben. Eine überzogene, allumfassende Humanität kann es nicht geben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um Himmels willen! – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Schuld und Sühne müssen einfach wieder gelten. Es gibt Gut und Böse.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt!)

Das muss auch wieder gelten. Das wollen Sie alles aufheben, Sie wollen es nivellieren. Das schaffen Sie nicht.

Zu den persönlichen Gründen gegen Abschiebung. Ich nenne Ihnen einen der schlimmsten Gründe: familiäre Belange. Wenn sich jemand psychisch krank meldet, vor einer Zahn-OP oder Heilbehandlungen steht, dann kann er nicht abgeschoben werden. Das ist einfach so. Wenn jemand psychisch krank ist, kann er nicht abgeschoben werden. Wissen Sie, wie lange Behandlungen psychisch Kranker dauern können? Das kann ein halbes Leben lang dauern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sieht man in Ihrer Fraktion!)

Irgendwann muss ein Arzt feststellen, dass der Mann oder die Frau geheilt ist. Das funktioniert nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Bernd Gögel AfD: Ich komme zum Schluss.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber ganz schnell jetzt!)

Familiäre Belange: bevorstehende Geburt eines Kindes. Zuerst habe ich gedacht: Nun gut, es geht um die Kernfamilie. Kennen Sie die Clans, die aus Nordafrika kommen? Das sind deutlich größere Einheiten, als wir sie kennen. Wenn eine Frau in dieser Kernfamilie schwanger ist, können Sie keine Person aus dieser Kernfamilie abschieben. Da brauchen Sie sich doch gar nicht zu wundern. Und dann kommen noch 30 % bis 50 % zurück. Hören Sie also auf mit solchen Debatten!

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Gögel, wenn man Ihnen zuhört, gewinnt man den Eindruck, dass Sie schon sehr verzweifelt sein müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU – Zuruf: Genau!)

Das war, glaube ich, eher eine Rede zur Rückgabe des Dienstwagens als ein Beitrag zur inhaltlichen Debatte, Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für dessen Rede gibt es höchstens ein Bobbycar!)

Herr Minister, Sie haben mich in Bezug auf die Zahl der Abschiebungen angesprochen. Dazu habe ich in meiner Rede gar nichts gesagt, Herr Minister.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Das stand Ihnen auf der Stirn!)

Deshalb hat es mich etwas gewundert, dass Sie darauf eingegangen sind. Vielleicht haben Sie mich mit Herrn Rottmann verwechselt.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Nehmen Sie es als Kompliment, Herr Binder! – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich habe zur Anzahl der Abschiebungen keinen Ton gesagt. Ich glaube auch, dass dieser von der AfD in die Debatte eingebrachte Wettlauf der Abschiebungen und Zahlen wenig Sinn macht. Es geht bei den Abschiebungen um Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn sie sich den Abschiebungen widersetzen und auch wenn sie keinen Grund haben, hier zu bleiben. Das darf man bei der Argumentation, glaube ich, nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Nichtsdestotrotz muss man bei der Ausreisepflicht konsequent sein. Wenn es rechtliche Regelungen gibt, muss man auch schauen, ob man sie ändern muss oder nicht.

Was aber die CDU bei dieser Frage ständig vergisst, ist: Kann man, wenn man gesetzliche Änderungen vornimmt, diese am Ende auch umsetzen? Denn der Rechtsstaat ist nur stark, wenn die Rechte und Gesetzgebung am Ende auch vollzogen werden können. Weder der Innenminister noch der Kollege Blen-

(Sascha Binder)

ke haben etwas gesagt zu dem, was jetzt in Baden-Württemberg umgesetzt werden muss, wenn dieses Gesetz kommt, und dazu, welche Vorbereitungen getroffen werden müssen, damit das, was in diesem von Herrn Innenminister Seehofer vorgeschlagenen Gesetz steht, dann auch umgesetzt werden kann.

Die Menschen verlieren das Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn Sie etwas in das Gesetz hineinschreiben, was Sie am Ende nicht vollziehen können, Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: So ist es!)

Das ist auch die Gefahr bei dem Vorschlag von Innenminister Seehofer.

Zu den Abschiebehaftplätzen: Herr Goll, es ist richtig, das Urteil ist von 2014, und zwischen 2014 und 2016 hat die alte Landesregierung 35 Plätze geschaffen. Jetzt kann man sich streiten, wo sie sie geschaffen hat. Ich stelle nur fest, dass die neue Regierung von 2016 bis 2018 keinen einzigen geschaffen hat. Deshalb darf man darauf hinweisen, vor allem wenn man die Zahl derer ausweiten will, die von einer Abschiebehaft betroffen sein werden. Insofern – –

(Abg. Thomas Blenke CDU unterhält sich mit Minister Thomas Strobl an der Regierungsbank.)

– Jetzt wird gerade abgeklärt, wie viele Haftplätze es tatsächlich sind. Es sollten bis 2018 noch weitere dazukommen. Ob diese bis Ende 2018 – –

(Abg. Thomas Blenke CDU begibt sich an seinen Platz und meldet sich.)

– Ich lasse die Zwischenfrage zu. Vielleicht dient sie der allgemeinen Erhellung. Er kann die Information des Innenministeriums gleich per Frage weitergeben.

Abg. Thomas Blenke CDU: Es klappt heute gut mit dem Erspähen der Zwischenfragen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Große Koalition!)

Sind Sie nach dem, was Sie jetzt hier sagen, bereit, wenn wir zusätzliche Abschiebehaftplätze schaffen werden, diese auch mitzutragen? Ist Ihre Fraktion mit dabei?

Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt schaffen Sie erst einmal nach der jetzigen Rechtslage ausreichend Haftplätze, und sagen Sie uns, wie viele Haftplätze Sie nach der jetzigen Gesetzeslage und nach der zukünftigen brauchen. Dann können wir gern in ein Gespräch kommen.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Sie haben aber bisher nicht einmal den Versuch gemacht, nachzuweisen, dass Sie das, was Sie fordern, auch vollziehen können. Das sehen wir am Polizeigesetz, das wir vor eineinhalb Jahren verabschiedet haben. Sie bleiben den Vollzug schuldig

(Abg. Thomas Blenke CDU: Darüber reden wir morgen!)

und tragen dazu bei, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht gestärkt, sondern eher geschwächt wird. Sie meinen,

dass mit dem, was wir hier beschließen, morgen ein Land sicherer wird. Es wird nur sicherer, wenn wir das, was wir im Gesetz drinstehen haben, auch umsetzen können. Davon sind Sie leider weit entfernt. Denn Sie setzen mehr aufs Reden und weniger aufs Handeln. Wir haben kein Gesetzesdefizit. Wir haben zunächst ein Vollzugsdefizit. Daran muss sich auch jetzt der Innenminister messen lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Och je!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Herr Blenke, jetzt geht es darum, die Verbrechen der Raute des Schreckens am deutschen Volk und an den europäischen Völkern auszubügeln.

Herr Lede Abal, warum denke ich, wenn ich Sie höre, an Willi von der Biene Maja? Manche behaupten, Abschiebungen und Humanität passten einfach nicht zusammen, und fragen, was an einer Abschiebung menschlich sein könne. Heute muss ich mich bei der CDU und in diesem Fall besonders bei unserem Innenminister bedanken

(Minister Thomas Strobl unterhält sich mit Mitarbeitern.)

– der leider gerade gar nicht zuhört. – Danke, dass Sie die CDU aus meiner Sicht endlich wieder auf den richtigen Kurs bringen.

Eine rechtmäßige Abschiebung ist sehr human. Denn es geht bei einer konsequenten Durchsetzung der Ausreisepflicht nicht nur darum, das eigene Volk zu schützen, so wie es gern propagiert wird und was die vorrangige Pflicht der Regierung ist. Es hilft auch dem Image der hier lebenden Flüchtlinge und Asylbewerber.

Wir hatten bereits mehrfach die Debatte über kriminelle Asylbewerber, meist Intensivtäter. Objektiv betrachtet handelt es sich dabei nur um eine kleine Randgruppe. Doch subjektiv erscheint es für viele oft anders.

Wenn wir diese endlich konsequent abschoben, könnten wir sachwidrigen Argumenten den Wind aus den Segeln nehmen. Hinzu kommt eine massive Kostenersparnis – Geld, das wir für die Menschen einsetzen können, die wirklich Hilfe benötigen.

Außerdem profitieren durch die geplanten Änderungen nicht nur die beteiligten Beamten. Das ganze Prozedere der Abschiebung wird stressfreier, auch für die Illegalen, die abgeschoben werden. Wer dies bezweifelt, sollte sich noch einmal den Großeinsatz der Polizei im Oktober vor Augen führen, bei dem mit Hubschrauber und Reiterstaffel nach einem Flüchtlingskind gesucht wurde, das vor seiner Abschiebung zu fliehen trachtete.

Genau solche Vorfälle könnten in Zukunft verhindert werden. Es darf doch nicht sein, dass sich nahezu 70 % derer, die ei-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

gentlich hätten abgeschoben werden sollen, ihrer Abschiebung entziehen. Rund 40 % sind sogar untergetaucht.

Darum ist es wichtig, dass wir den Vollzugsbehörden in unserem Land bessere Instrumente an die Hand geben. Auch müssen wir endlich unsere Grenzen sinnvoll kontrollieren.

Ich weiß, dass viele von Ihnen gegen das Papier der CDU sein werden. Dennoch möchte ich Ihnen eines sagen: Jeder, der diese Eckpunkte ablehnt, fördert langfristig, ob er will oder nicht, extremistisches Gedankengut.

Ich wünsche Ihnen, Herr Minister Strobl, Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen in dieser für unser Land wichtigen Frage.

(Abg. Anton Baron AfD: Bewerbungsrede, oder was?)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Könnt ihr euch nicht aufteilen? – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Einmal der, einmal der! Aber ich glaube, die sind sich nicht einig! – Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Strobl, „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, steht in der Bibel. Das kennen Sie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es gibt erst einmal eine Anrede, Herr Gedeon! Der Anstand gebietet eine Anrede!)

– Ich habe schon einmal gesprochen. Man kann das jedes Mal machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das macht man jedes Mal! Das gehört sich einfach so! – Abg. Nicole Razavi CDU: Es heißt: „Frau Präsidentin, meine Damen und Herren“! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Okay, gut, beim nächsten Mal.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Machen Sie mal!)

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fangen Sie am besten noch mal an! – Abg. Nicole Razavi CDU: Kommen Sie einfach noch mal hergelaufen, und fangen Sie doch noch mal an! – Weitere Zurufe)

– Lassen Sie mich jetzt endlich einmal reden, bitte.

Sie haben in den letzten zwei, drei Jahren zwei bis drei Millionen Leute ins Land geholt. Und wie viele schieben Sie jetzt de facto ab? Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Sie sagen, Sie hätten einen Fehler gemacht. Auch Frau Merkel sagt: „Ich habe einen Fehler gemacht.“ Einige geben sich sogar zerknirscht. Meine Damen und Herren, wenn ich einen Fehler mache, was tue ich denn dann? Sage ich einfach: „Ich habe einen Fehler gemacht“, und dann geht es normal weiter? Das ist doch gar nichts. Ich muss doch schauen, dass ich den Fehler korrigiere. Und das tun Sie eben gerade nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das schon einmal gemacht?)

Sie haben nur geschwafelt. Es wird kein einziger Ausländer weniger sein in dieser Zeit, sondern es werden immer mehr. Das, was Sie abschieben, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Und Sie holen ständig neue Leute rein – jedes Jahr 200 000; das entspricht der Bevölkerungszahl einer Großstadt wie Kassel, mit lauter Muslimen. Jetzt wollen Sie auch noch die Gefährder reinholen – angeblich aus rechtlichen Gründen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt doch alles gar nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Absurde Behauptungen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also im Moment sehe ich nur einen Gefährder! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Engländer machen das nicht. Es fehlt einfach am politischen Willen, meine Damen und Herren. Sie wollen gar nicht abschieben. Gerade Rot-Grün will Deutschland abschaffen.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wir hatten heute schon das Thema Bienen. Die Bienen sind sehr gefährdet. Man muss etwas tun.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Dass Sie bei so viel Angst jeden Morgen noch aufstehen können!)

Aber die Deutschen sind noch mehr gefährdet. Das, was für die Bienen Bayer und Glyphosat sind, das sind für die Deutschen die Grünen und die Roten. So sieht es aus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Georg Neilius SPD: Es darf gelacht werden!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass ich Gelegenheit habe, noch einmal richtigzustellen, was der Kollege Binder hier zum Besten gegeben hat.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie zugehört?)

Es wird halt einfach nicht besser. Immer, wenn er mit dem Finger auf die Landesregierung zeigt, zeigen drei Finger auf ihn selbst.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Erstens: Auch was die Kapazitäten der Abschiebehaftplätze in Baden-Württemberg angeht, sind wir hier am Korrigieren.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich kann nichts dafür, dass die bestehende Abschiebehaftanstalt ein bisschen zu klein konzipiert ist. Ich kann auch nichts dafür, dass SPD-regierte Länder überhaupt keine Abschiebehaftanlagen haben bzw. diese geschlossen haben

(Abg. Sascha Binder SPD: Wie viele haben Sie geschaffen?)

und bei anderen Ländern händeringend darum betteln, dass man die Abschiebehaftanlagen, die es dort gibt, nutzen darf.

(Minister Thomas Strobl)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sieht aber bei CDU-geführten Ländern auch nicht anders aus! – Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

Lieber Kollege Binder, jeder kehrt vor seiner Tür, und sauber wird das Stadtquartier.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!
– Abg. Sascha Binder SPD: Was war denn an meiner Aussage falsch?)

Da Sie das Polizeigesetz angesprochen haben

(Abg. Thomas Blenke CDU: Verzweiflung! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Das ist doch keine Verzweiflung!)

und gesagt haben, auch da werde immer nur geredet und nicht gehandelt: Wir haben beispielsweise im Polizeigesetz eine rechtliche Grundlage für die intelligente Videoüberwachung geschaffen, und das praktizieren wir mittlerweile in Mannheim –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der Beginn eines Versuchs!)

im Übrigen gemeinsam mit der Stadt Mannheim. Wir reden nicht nur und machen Gesetze – die Sie damals heftig bekämpft haben und sich genauso aufgeblasen haben wie heute –,

(Abg. Sascha Binder SPD: Wie viele Haftplätze haben Sie geschaffen?)

sondern es ist Realität. Wir praktizieren es inzwischen, und zwar deutschlandweit einmalig, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister!

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: ... wahrscheinlich auch europaweit einmalig mit dieser Technologie.

Wir haben – dafür bin ich dem Landtag von Baden-Württemberg sehr dankbar; Sie haben es damals bekämpft – eine rechtliche Grundlage ...

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie –

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: ... – im Augenblick nicht – im Polizeigesetz geschaffen für die Bodycam.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was haben wir?)

– Wir haben hier in diesem Landtag im Jahr 2016 eine rechtliche Grundlage für die Bodycam geschaffen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Fünf Jahre lang hat es Herr Gall versucht! Wir haben es gemacht! – Weitere Zurufe)

Das hat etwas länger gedauert.

(Zuruf: Warum?)

Sie haben fünf Jahre darüber geredet; wir haben die rechtliche Grundlage geschaffen. Verehrter Herr Kollege Binder, wir rollen gerade die Bodycam mit über 1 300 Geräten in Baden-Württemberg konkret aus.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Wir tun es; Sie haben nur geredet.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es!)

In keinem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland wird Polizistinnen und Polizisten die Bodycam in dieser Zahl faktisch gegeben. Das ist der Unterschied: Wir tun es, und Sie haben nur davon geredet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Drei Finger, Herr Kollege Binder, zeigen immer auf Sie selbst, wenn Sie auf diese Landesregierung zeigen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wie viele Haftplätze haben Sie jetzt geschaffen? Null Haftplätze! Sonst hätten Sie etwas dazu gesagt!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Das wäre es! Alles geschwätzt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Jetzt kommen wir noch einmal zurück zur Nachwahl des von der Fraktion der SPD vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe.

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Abstimmung über den Wahlvorschlag Jonas Weber haben sich 133 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 110 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 16 Abgeordnete;
sieben Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Es gab keinen ungültigen Stimmzettel.*

Damit ist Herr Abg. Weber gewählt. – Herr Abg. Weber, ich gehe davon aus, Sie nehmen die Wahl an.

(Abg. Jonas Weber SPD: Ja!)

– Dem ist so. Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit treten wir in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:44 Uhr)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir fahren fort mit **Punkt 3** der Tagesordnung:

Regierungsbefragung

Als erstes Thema wurde von der Fraktion GRÜNE angemeldet:

Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg

Ich darf Frau Abg. Krebs bitten, die Frage von hier vorn aus zu stellen.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Regierungsbefragung möchte ich heute für meine Fraktion, die Fraktion GRÜNE, das Thema „Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg“ ansprechen.

Vielleicht vorweg etwas ganz Persönliches: Mein Vater ist im letzten Jahr gestorben – einer von wenigen, die es geschafft haben, das zu Hause hinzubekommen. Ganz, ganz viele Menschen wollen daheim sterben, die wenigsten schaffen das. Das Manko daran war, dass er zu Hause allein gestorben ist.

Die bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema Sterben ist noch immer für die meisten Menschen ein Tabuthema. Wir beschäftigen uns eigentlich erst mit dem Thema Sterben, wenn wir selbst betroffen sind, sprich wenn wir selbst, unsere Eltern – Mutter, Vater – oder unsere Kinder – Tochter, Sohn; auch das kommt teilweise leider vor – schwer krank sind. Erst dann wird das Thema präsent.

Es braucht für uns eine unkomplizierte, schnell erreichbare Versorgung und Begleitung. Denn wenn es so weit ist, dann ist es meist etwas Dringliches – eine schwere Erkrankung –, und da hat man nicht mehr den Nerv und eigentlich auch nicht mehr die Möglichkeiten, sich damit intensiv auseinanderzusetzen.

Um den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg genau in dieser schwierigen Phase des Lebens Unterstützung anzubieten, hat das Sozialministerium im vergangenen Jahr den mit 1,3 Millionen € ausgestatteten Aktionsplan „Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg 2018/2019“ initiiert.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nun die Regierung fragen: Wie stellt sich die aktuelle Versorgungslage der Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg dar, und wie ist der Stand der Umsetzung des Maßnahmenpakets zur Hospiz- und Palliativversorgung?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Nun darf ich Herrn Minister Lucha bitten, die Frage zu beantworten.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte, liebe Abg. Krebs, herzlichen Dank für die Frage. In der Tat ist das für uns eine wichtige Herausforderung. Wir haben in einer Regierungspressekonferenz mit Ministerpräsident Kretschmann auch noch einmal deutlich ge-

macht, dass wir das Sterben als festen Bestandteil unseres Daseins auch wirklich bewusst, aktiv und würdevoll begleiten wollen. Es ist ja tatsächlich so, dass da nicht nichts geschehen wäre, aber wir wollen das noch stärken; wir wollen die Mischung aus professioneller und ehrenamtlicher Hilfe auch noch deutlicher in unser Bewusstsein rücken.

Ich darf Ihre Frage „Wie stellt sich die aktuelle Versorgungslage der Hospiz- und Palliativversorgung dar, und wie ist der Stand der Umsetzung des Maßnahmenpakets zur Hospiz- und Palliativversorgung?“ wie folgt beantworten:

Die derzeitige Situation bei den Versorgungsangeboten stellt sich so dar: Wir haben 30 stationäre Hospize mit 219 Betten, ein stationäres Kinder- und Jugendhospiz hier in Stuttgart, 40 Palliativstationen an Krankenhäusern mit insgesamt 342 Plätzen bzw. Betten, 20 sogenannte Brückenpflegen, 34 Palliativ-Care-Teams für Erwachsene, fünf Palliativ-Care-Teams für Kinder, 249 ambulante Hospizdienste und 36 ambulante Kinder- und Jugendhospizdienste.

Sie haben es erwähnt: Wir haben ein Aktionsprogramm, ein großes Maßnahmenpaket geschnürt. Dafür bedanke ich mich auch noch einmal bei beiden Fraktionen und den Arbeitskreisen von CDU und SPD. Es war beiden sehr wichtig, dass wir dort auch Mittel zur Verfügung stellen können.

(Zuruf: CDU und Grüne, nicht CDU und SPD!)

– CDU und Grüne. Aber die SPD hat – – Da sind wir nicht so weit gekommen; du hast recht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich fange noch einmal von vorn an. Das ist liegen geblieben, Herr Kollege. Mir fehlen meine Kolleginnen. Sie sitzen ganz hinten. Weiter vorn wäre es noch schöner gewesen. Natürlich geht es um die Fraktionen und Arbeitskreise von CDU und Grünen. Ich sage das deswegen, weil die CDU mich das letzte Mal ein bisschen geschimpft hat, weil ich ihr Engagement bei der Presseerklärung nicht erwähnt hatte. Aber so steht jeder zu seinem Versprecher.

(Abg. Christine Neumann-Martin und Abg. Isabell Huber CDU setzen sich in die erste Reihe. – Abg. Andreas Stoch SPD: Ein Umsiedlungsprogramm!)

– Das ist doch ganz gut. Das ist wie in der Schule. Wenn man immer ganz hinten sitzt, muss man so laut sprechen.

Kollegin Krebs, auf Ihre Frage: Wir haben jetzt ein mehrstufiges und mehrdimensionales Programm aufgelegt, z. B. das Programm zur Stärkung der Palliativkompetenzen in den Pflegeeinrichtungen selbst. Hier wollen wir die Kompetenz verbessern. Hier werden Weiterbildungsangebote zur Stärkung der Palliativkompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Höhe von 40 % der Fortbildungskosten, maximal 1 000 € je Mitarbeiter, gefördert. Zum Stand 20. Februar 2019 wurden insgesamt schon 22 Paketanträge mit einem Gesamtvolumen von fast 150 000 € beschieden. Sie sehen also, die Nachfrage ist da, und die Mittel werden auch abgerufen. Das war – jetzt komme ich wirklich zur CDU; Sie sehen es mir nach, mea culpa – auch wichtig für die CDU und natürlich für alle anderen auch. Das betone ich an dieser Stelle gern. Damit können wir stationär fördern.

(Minister Manfred Lucha)

Sie wissen, dass die Palliativversorgung im Prinzip sehr umfassend über § 39 a und etwas über § 39 b im SGB V geregelt ist, wir aber feststellen, dass Plätze fehlen. Bisher war es aber so: Wenn wir gefördert hätten, wäre das wieder abgezogen worden. Wir mussten tatsächlich auch gesetzeskonform und aufgabenschlau so in die Förderung einsteigen, damit es auch hilft, dass das bedarfsgenau und bedarfsgerecht wirkt. Das haben wir getan. Wir haben ein Paket aufgelegt, wo wir insgesamt pro Platz 10 000 € für Investitionen zur Verfügung stellen. Bis zum 20. Februar wurden vier Anträge mit einem Volumen von fast 250 000 € beschieden. Damit werden jetzt zukünftig zu den Plätzen, die ich vorhin erwähnte, 28 neue Hospizplätze für die Versorgung zur Verfügung stehen.

Wir haben noch eine weitere Maßnahme gemacht, die uns sehr wichtig war: die Versorgung für Kinder und Jugendliche, die lebenszeitlimitierende Erkrankungen haben. Hier haben wir das Projekt „Qualifizierung durch Hospitation im Kinder- und Jugendhospiz Stuttgart“ aufgenommen, um die sektorenübergreifende Zusammenarbeit und den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu fördern. Im Projektzeitraum von August 2018 bis Dezember 2019 werden insgesamt 20 strukturierte Hospitationen durchgeführt. Derzeit wird ein Leitfaden zur Durchführung der Hospitationen erstellt. Diese Hospitationen konnten erst ab 2018/2019 eingeführt werden. Da haben wir einen kleinen Zeitverzug. Aber auch hier haben wir mit insgesamt 80 000 € ganz gute Mittel eingestellt.

Was sehr wichtig ist – darauf darf ich Sie auch hinweisen –: Gemeinsam mit dem Hospiz- und Palliativverband haben wir einen Internetauftritt gefördert, wo Sie alle Angebote anklicken können: vernetzte Beratung, Hilfe, Behandlung, Begleitung. Welche Rechte haben Sie? Welche Leistungen stehen Ihnen zu? Wo ist der nächste Dienst? Das alles finden Sie auf dieser Seite. Das ist ein sehr niederschwelliges und gutes Angebot. Wir bekommen die Rückmeldung, dass das sehr gut angenommen wird.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt Herr Abg. Hinderer, bitte, für die SPD, nachdem ich sonst keine weitere Wortmeldung gesehen habe.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, vielen Dank für diese Antwort. – Dass uns dieses Thema wichtig ist, wissen Sie. Es liegt eine Große Anfrage der SPD-Fraktion hierzu vor, aber jetzt gibt es ja die Gelegenheit, ein paar Punkte vielleicht schon vorher zu beantworten. Ich habe zwei Fragen.

Erstens: Sie haben bei Ihren Zahlen darauf hingewiesen: Was die Versorgung für Kinder und Jugendliche anbelangt, gibt es ein stationäres Hospiz in Stuttgart, das auch eine sehr gute Arbeit leistet. Halten Sie das für bedarfsgerecht und ausreichend, oder sehen Sie da Nachsteuerungsbedarf?

Zweitens: Sie haben jetzt noch einmal deutlich gemacht, dass Sie mit den 1,3 Millionen € neben Homepage usw. insbesondere stationäre Plätze mit jeweils 10 000 € fördern. An anderer Stelle haben Sie auch über Ihr Haus geschrieben – da sind wir uns auch einig –: ambulant vor stationär. Kollegin Krebs hat ja auch anschaulich aus eigener Familie berichtet, dass man gern zu Hause sterben möchte. Die Frage lautet: Was tun Sie, um die Menschen, die Sterbebegleitung machen – sowohl hauptamtlich als auch ehrenamtlich, in ambulanten Diensten –, zu fördern?

Oder ganz konkret: Passt das zusammen, hier so einen Schwerpunkt auf die stationäre Hospizarbeit zu setzen und im Ehrenamtlichenbereich da vielleicht eine Lücke zu hinterlassen?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, da war die Darstellung wahrscheinlich zu verkürzt. Denn in der sogenannten spezialisierten ambulanten Palliativversorgung haben wir natürlich mit mittlerweile 93 % Gott sei Dank eine flächendeckende Versorgung. Genau das ist einer der großen Bereiche, die wir jetzt mit unserer Hilfe – – Wir werden da im Übrigen am 20. Februar den Leitfaden für die Vernetzung der Dienste im Rahmen eines zweiten Bürgertags anbieten. Wir stärken also tatsächlich die ambulante Struktur.

Stichwort „Konzentration auf die stationären Hilfen“: Hospize, die jetzt neu entstehen, sind in der Regel sehr wohnortnah, sind kommunal getragen; die Hospizvereine sind im Prinzip integriert. Das alles hat ja vom Charakter her – das wissen Sie: das sind Wohngruppenstrukturen – keinen Hospitalcharakter.

Was Frau Krebs angesprochen hat: Wir machen z. B. für den Bereich der Kinder und Jugendlichen diese Hospitationsprozesse. Wir wollen auch, dass Sterbebegleitung zu Hause stattfindet. Aber diese Hospize haben vielfältige Situationen.

Kollege Hinderer, damit beantworte ich auch die Frage nach Bedarf und Notwendigkeit für weitere Plätze. Bei den lebenszeitlimitierenden schweren Erkrankungen ist es in der Regel nicht so, dass Familien dort zum Sterben hingehen, sondern das hat einen Auszeitcharakter: Familienangehörige können mit dabei sein, es kann auch reflektiert werden. Da haben wir ganz unterschiedliche Aufgabenprofile. Selbstverständlich ist es da auch so, dass wir diese Profession in die Lebenswirklichkeit und das Lebensumfeld der betroffenen Familien selbst nehmen können.

Weitere Bedarfe sind uns bisher nicht angezeigt und angemeldet worden, aber selbstverständlich ist es so: Wenn solche Bedarfe angemeldet werden – die Initiativen sind ja mit einem hohen bürgerschaftlichen Aufwand verbunden; Sie wissen, das ist auch unter dem Patronat der Diakonie und des Evangelischen Dekanats Stuttgart, wofür wir uns sehr bedanken; die Hospizbewegung ist natürlich auch sehr getragen von den Kirchengemeinden, die sich da sehr engagieren –, werden wir konzeptionell dabei sein.

Geldmäßig – das wissen Sie – ist es gar nicht so einfach, unterstützen zu können, selbst wenn man will, weil die Regeln eng sind. Aber wir stehen da parat.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Gibt es weitere Nachfragen zu dem ersten Themenkomplex? – Frau Abg. Krebs, bitte.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Ich möchte Sie jetzt nicht zu sehr mit meiner eigenen Familiengeschichte langweilen, aber das macht es sehr anschaulich. Das ist eben auch etwas, was mich sehr beschäftigt hat.

Zum Sterben gehört immer Trauer, und das halte ich für etwas sehr Wichtiges. Trauern muss gelernt sein; nicht jeder kann das, und die Menschen haben verschiedene Möglichkeiten, mit ihrer Trauer umzugehen. Deshalb freut es mich wirklich sehr, dass in dem Aktionsplan, über den Sie schon gespro-

(Petra Krebs)

chen haben, auch die Fortbildung von ehrenamtlichen Trauerbegleitern dabei ist. Können Sie uns da bitte etwas zu der Förderung sagen? Wie ist das ehrenamtlich ausgestaltet?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Wir haben – vielleicht ist die Zahl in dem Zahlenpaket untergegangen – 249 Hospizdienste bei knapp 1 100 Gemeinden und Städten. In fast jeder fünften Kommune des Landes gibt es einen Hospizdienst. Das halte ich für eine großartige gesellschaftliche und ehrenamtliche – so möchte ich es sagen – Bürgerbewegung. Denn jemanden beim Sterben zu begleiten, und das ehrenamtlich und freiwillig: à la bonne heure!

Wir haben jetzt – Frau Krebs, danke, dass Sie danach fragen – eine Förderung ausgeschrieben, mit der wir die Sterbebegleitung auch noch unterstützen. Sie wird zum einen durch die Krankenversicherung bezuschusst, aber wir fördern jetzt die Qualifizierung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel ist eben, die Begleitung der trauernden Menschen, der Angehörigen – dazu gehören in dem Fall ja auch Sie, Frau Krebs – zu verbessern. Wir haben jetzt Weiterbildungsangebote konzipiert. Die Förderung beträgt 700 € pro Trauerbegleitendem. Das heißt, wir haben jetzt, am 20. Februar, wieder zwölf Anträge mit einem Gesamtvolumen von 52 000 € en bloc – auch wieder mehrere Gruppen – beschieden. Insgesamt sind für diese Förderung der Fortbildung in der Trauerbegleitung 200 000 € vorgesehen. Sie sehen also, auch dieses Programm ist bedarfsgerecht und erreicht die Helfenden.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Danke!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Jetzt liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Hinderer vor.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Nur noch ganz kurz. Ein erheblicher Teil dessen, was ich fragen wollte, ist gerade schon zur Ausbildung Ehrenamtlicher beantwortet worden.

Die 700 € pro Trauerbegleitung, sind das die 40 % der Fortbildungskosten, die Sie vorher genannt haben?

Ergänzend dann die Frage: Wer zahlt den Rest? Gibt es da Erfahrungswerte, wie sich eine solche Fortbildung insgesamt finanziert? Denn ich denke, jemand, der diese wirklich schwierige Arbeit und persönlich herausfordernde Ausbildung macht, sollte da nicht auf Kosten sitzen bleiben.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein. Ich glaube auch nicht, dass da jemand auf den Kosten sitzen bleibt. Wir haben jetzt eine hohe Nachfrage nach Bezuschussung. Sie wissen ja, Sterbebegleitung wird auch von den Kassen mitfinanziert, und die ganze Hospizarbeit ist natürlich in hohem Maß spendenfinanziert. Das ist auch mit ein Grund dafür, dass wir gemerkt haben, dass dieses Spendenausmaß mal stärker und mal weniger stark ist. Wir haben alles mit dem Palliativverband konsentiert. Das ist ein Erfahrungswert, den der Verband genannt hat, damit wir die einzelnen Dienste in ihrer Struktur und die einzelnen Betroffenen entlasten können. Wenn das Jahr um ist, kann ich Ihnen die Kosten sicherlich konkret nennen.

An der Nachfrage in der kurzen Zeit, in der wir das ausgelobt haben, können Sie sehen, dass es wirklich angenommen wird. Ich denke eher, dass wir uns, liebe CDU und liebe Grüne,

beim nächsten Haushalt werden verständigen müssen, wie wir das fortführen können, damit aus dem Aktionsprogramm auch etwas Verlässliches wird.

Lassen Sie mich noch eines sagen – wir haben schon öfter darüber gesprochen –: Wir haben auch – das ist kein Widerspruch – in unsere jetzigen Altenhilfeeinrichtungen Palliativkompetenz hineinzubringen. Wenn wir uns mit unserer wohnortnahen Weiterentwicklung bei „Leben mit Unterstützung bzw. Pflege“ selbst ernst nehmen, werden wir vielleicht ganz am Ende des Lebens – Richtung Sterben – stationäre Angebotsmuster annehmen. Wir werden daraus in gewisser Weise auch eine Hospizfunktion machen. Das heißt, wir müssen auch heute schon diese Entwicklung antizipieren. Deshalb fördern wir dort die Kompetenzen und geben dort Mittel hinein.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Fragen zu diesem Themenkomplex. – Herr Minister, herzlichen Dank.

Damit können wir das abschließen.

Ich rufe das zweite Thema auf. Dieses Thema hat die SPD-Fraktion benannt:

W o h n u n g s b a u

Wer trägt das vor? – Herr Abg. Born, bitte schön.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine Fragen stelle, möchte ich vorweg sagen: An jedem Tag, seit Frau Hoffmeister-Kraut Wirtschaftsministerin ist, hat sich die Zahl der fehlenden Wohnungen in Baden-Württemberg um 51 erhöht – eine dramatische Bilanz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Diesen Zusammenhang meinen Sie aber nicht im Ernst!)

In der letzten Woche haben wir gemerkt, dass auch bei Grün-Schwarz allmählich die Panik steigt. Wir haben es in den Medienberichten gelesen.

(Abg. Karl Rombach CDU: Erblast!)

Die Grünen haben gesagt, an ihnen liege es nicht. Der Ministerpräsident hat laut Medienberichten sehr deutlich gemacht, dass er mit der Situation nicht zufrieden ist.

Darum wollen wir heute nachfragen: Ist es tatsächlich so, Frau Ministerin,

(Abg. Karl Rombach CDU: Nein!)

dass Sie und Ihre CDU angesichts der angespannten Wohnungssituation einfach keine Rezepte haben? Fehlen Ihnen innovative Ideen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nils Schmid hat keine gehabt!)

wie dies auch die Grünen und der Ministerpräsident beklagt haben? Oder haben Sie Ideen, dürfen aber nicht mehr darüber reden? Wurde Ihnen tatsächlich ein Maulkorb verpasst, wie in der Presse zu lesen war?

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

(Daniel Born)

Oder sind Sie mittlerweile weitergekommen, und dürfen Sie hier im Parlament etwas dazu sagen?

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Viele Fragen!)

Wenn ja, dann verraten Sie uns doch bitte, wie es mit dem von Ihnen geplanten Kommunalfonds zur Unterstützung des Wohnungsbaus in Baden-Württemberg weitergeht, nachdem ja im Nachtragshaushalt Gelder dafür eingestellt wurden. Im August hatten Sie angekündigt, der Kommunalfonds würde Anfang 2019 starten. Anfang 2019 ist spätestens heute, aber er ist nach unserer Kenntnis noch nicht gestartet, er ist noch nicht einmal ins Kabinett eingebracht worden. Wer blockiert hier? Können Sie uns verbindlich erklären, wann der Fonds startet und wann die Gelder, die der Landtag für den Kommunalfonds beschlossen hat, vor Ort zur Verfügung stehen? Wie genau wird der Fonds aufgebaut sein? Ist damit der vom Parteitag der Grünen beschlossene Bodenfonds hinfällig?

Was werden Sie konkret unternehmen, um den Mittelabfluss in der Landeswohnraumförderung gerade auch für den sozialen Wohnungsbau zu gewährleisten? Und können Sie uns –

(Abg. Claus Paal CDU: Das sind viele Fragen! – Abg. Petra Krebs GRÜNE: Das ist ja eine Große Anfrage!)

– Wohnungsbau ist wirklich ein großes Thema.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Können Sie uns sagen, ob es stimmt, dass mittlerweile das Staatsministerium bei diesen Themen das Heft des Handelns in die Hand genommen hat? Wenn das so ist, dann stellen wir diese Fragen nächste Woche einfach Frau Schopper.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, die Fragen sollen laut Geschäftsordnung so gestellt sein, dass das Ministerium in etwa fünf Minuten antworten kann. Jetzt schauen wir einmal, wie weit wir kommen.

Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, ich darf Sie ans Re-
deput bitten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die bringt es auch fertig, auf eine Frage fünf Minuten zu antworten! – Gegenruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Oder zwei Minister auf eine Frage!)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Born, ich glaube, wir müssen diese Diskussion sachlich führen.

(Abg. Daniel Born SPD: Ja!)

Denn wir werden – so möchte ich einmal sagen – der Not, die hier in Baden-Württemberg herrscht, der großen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, nicht gerecht, wenn wir hier Scheindiskussionen führen und unehrlich argumentieren.

Was habe ich von einer von der SPD mitregierten Landesregierung und einem für den Wohnungsbau verantwortlichen SPD-Minister übernommen? Es ist ja eigentlich ein Marken-

kern der SPD, sich um den sozialen Wohnungsbau zu bemühen. Es gibt Beispiele in anderen Ländern – blicken wir nach Wien –, wo erfolgreiche Wohnungsbaupolitik gemacht wird. Aber der SPD ist es in Baden-Württemberg nicht gelungen, den sozialen Wohnungsbau voranzubringen. Ganz im Gegenteil: Wohnungen wurden verkauft. Wir haben – Sie haben hier mit der Aussage begonnen, an jedem Tag, den ich im Amt bin, würden 51 Wohnungen zu wenig gebaut, die wir dringend benötigten – mit einer Lücke von 88 000 Wohnungen begonnen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Wir haben im Rahmen der Wohnraum-Allianz eine Studie in Auftrag gegeben – Prognos hat sie durchgeführt –, die dies ganz klar belegt. Der Bestand hat sich in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit massiv verschlechtert. Diese Erblast habe ich übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Genau!
– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das gehört zu einer ehrlichen Diskussion auch dazu. Wenn gebaut werden soll, kann man nicht einfach den Hebel umstellen. Man muss Impulse setzen, nicht nur finanzieller Art, sondern auch auf anderen Ebenen, damit die Bautätigkeit vor allem in diesem Bereich angeregt wird.

Das geht eben nicht von heute auf morgen, nicht innerhalb von ein paar Wochen, wenn man die gesamten Vorlaufzeiten berücksichtigt. Ein Grundstück muss erworben werden, die Pläne müssen erstellt werden, Baugenehmigungen müssen erteilt werden, Aufträge müssen vergeben werden. Bis dann Wohnraum entsteht, dauert das.

Ich habe das Amt als Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Sie hatten, glaube ich, nur vom Wirtschaftsressort gesprochen – im Jahr 2016 übernommen, und meine erste Tat war, die Wohnraum-Allianz ins Leben zu rufen. Ich habe dem Thema Wohnungsbau also absolut höchste Priorität eingeräumt und tue das noch immer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie tagt und tagt und tagt ohne Ergebnisse!)

– Wir können hier Ergebnisse vorweisen. Man merkt, Sie befassen sich nicht mit den Zahlen und nicht mit den Fakten, sondern wollen hier nur populistisch agieren.

(Abg. Daniel Born SPD: Nein, Sie haben das Datum Anfang des Jahres genannt!)

– Jetzt warten Sie einmal ab, Herr Born.

(Abg. Daniel Born SPD: Wir sind gespannt!)

Sie haben ja eine Vielzahl von Fragen gestellt.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe zuerst einmal festgestellt: Woher kommen wir? Ich glaube, das gehört zu einer ehrlichen Diskussion dazu.

In der Wohnraum-Allianz haben wir intensiv daran gearbeitet, in einem ersten Schritt das Wohnraumförderungsprogramm massiv zu verbessern und auszuweiten. Wir haben die Mittel massiv erhöht; seit Anfang der 1990er-Jahre sind nie so viele

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Mittel in den Wohnungsbau geflossen. Das hätte man auch schon früher machen können. Was ist unser Ergebnis?

(Abg. Daniel Born SPD: Es kam aber auch viel vom Bund!)

– Das hat aber mit den Bundesmitteln, die im Jahr vorher, als ich noch nicht in der Verantwortung war – Die standen ebenso zur Verfügung. Da hat man eben andere Prioritäten gesetzt, als ich noch nicht im Amt war.

Was haben wir erreicht? Im Bereich des sozialen Mietwohnraums haben wir eine Steigerung der Antragszahlen – Zahlen wie zuletzt vor etwa 20 Jahren. Diese Zahlen sind massiv nach oben gegangen. Prognos hat in seiner Studie ermittelt, dass wir jährlich mindestens 1 500 neue Sozialwohnungen in Baden-Württemberg schaffen müssen. Wir haben jetzt, im Jahr 2017, 1 725 neue Sozialwohnungen – das betrifft Bau und Erwerb –, neuen sozialen Mietwohnraum entstehen lassen. Wir haben also 2017 die Trendwende geschafft. Es entstehen wieder mehr Sozialwohnungen, mehr sozialer Mietwohnraum, und für den gleichen Zeitraum des Jahres 2018 werden wir diese Zahl ungefähr auf diesem Niveau halten.

Das ist der erste Punkt. Wir haben also die Trendwende erreicht; wir haben hier geliefert.

Die begrenzenden Faktoren – Herr Born, das wissen Sie genauso gut wie ich – liegen nicht in der Politik, sondern sie liegen darin, dass wir zu wenig Flächen zur Verfügung haben und dass die Bauwirtschaft an ihrer Kapazitätsgrenze ist. Das sage nicht nur ich hier, das sagt auch ein Herr Professor Feld, Mitglied im Sachverständigenrat, und viele andere Experten auch. Das weiß man – und ich hoffe, das wissen auch Sie.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir haben es im Rahmen der Wohnraum-Allianz geschafft, mehr Flächen über die Vereinfachung der Plausibilitätshinweise verfügbar zu machen; auch da haben wir geliefert. Hier ist viel passiert. Wir haben es im Rahmen der Wohnraum-Allianz auch geschafft, die unterschiedlichsten Akteure an einen Tisch zu holen, Vertreter der Wohnungswirtschaft, des Mieterbunds, der Planungsträger sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen. Auch hier sind wir einen wichtigen Schritt voran gekommen. Denn Wohnraum zu schaffen, diese Aufgabe betrifft alle; auch das gehört zu einer ehrlichen Diskussion dazu.

Der Bedarf an Wohnraum ist hoch, das Baugewerbe ist hochgradig ausgelastet, die Flächen sind knapp. Hier nur an einer Stellschraube zu drehen und eine schnelle Lösung herbeizuführen, das gibt es nicht. Wir arbeiten intensiv daran, Stück für Stück, und kommen immer weiter voran. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Die Landesregierung ist hier auf allen Ebenen aktiv.

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das verstanden haben: Im 2017er-Programm wurden nicht alle von uns zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel für die Wohnraumförderung abgerufen bzw. belegt. Der überschüssige Betrag bleibt jetzt im System; er wird weiter für bezahlbaren Wohnraum verwendet.

Ich habe einen Vorschlag gemacht, den Kommunalfonds „Wohnraumoffensive“. Wir wollen hier zusätzliche Potenziale aus-

schöpfen. Wir wollen zusätzlich zum Wohnraumförderungsprogramm die Kommunen unterstützen, um hier auf kommunaler Ebene Wohnraum zu schaffen. Wir haben noch andere Ideen, die wir hier auch entsprechend aufgreifen. – Ich sehe gerade: Redezeit beachten. – Wir sind hier in der Umsetzung, in guten Gesprächen und werden das Konzept in Kürze auch öffentlich vorstellen.

Bei der Wohnungspolitik – das, Herr Born, möchte ich hier noch einmal deutlich sagen – hat die SPD in Baden-Württemberg versagt.

(Zurufe von der SPD: Quatsch!)

Wir haben hier jetzt Erfolge vorzuweisen, und es passiert etwas. Es geht voran.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Deshalb kümmert sich ja auch das StaMi darum! Oder wie sehe ich das?)

– Ich meine, das sollten auch Sie wissen, dass wir hier gemeinsam Politik machen, im ganzen Land und in der Landesregierung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ah! Komplementär machen Sie das, nicht gemeinsam!)

Natürlich stimmen wir uns ab, vor allem bei so wichtigen Themen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da geht es nicht ums Handeln, sondern darum, wer das Heft des Handelns in der Hand hat!)

– Die Kompetenz im Bereich Wohnungsbau befindet sich in meinem Haus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Formal!)

– Nicht formal, sondern auch tatsächlich. Wir haben auch das Heft des Handelns in der Hand. Sie brauchen sich nicht um eine erfolgreiche Regierungsarbeit zu sorgen; wir setzen das um.

(Abg. Daniel Born SPD: Die eigene Regierung sorgt sich mittlerweile!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Vielen Dank, Frau Ministerin, für diesen ersten Antwortreigen.

Ich rufe jetzt nach Fraktionsstärke die Herren Kollegen Paal, Baron und Born auf. Aber die Ministerin kann jedes Mal dazwischen antworten.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Ministerin, Sie hatten eben den von Ihnen angedachten und geplanten Kommunalfonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ angesprochen. Die SPD hat hier den Hintergrund offenbar noch nicht so ganz verstanden. Können Sie den nochmals näher erläutern? Was sind da Ihre Planungen?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – In der Tat, ich möchte es noch einmal deutlich machen: Das Bewilligungsvolumen von 250 Millionen € wurde im Jahr 2017 massiv ausgeweitet. Wir geben vonseiten des Landes jetzt eine Dreivier-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

telmilliarde Euro für bezahlbaren Wohnraum aus. Für die nicht belegten Mittel aus dem Jahr 2017 haben wir im Nachtrag einen neuen Haushaltstitel geschaffen. Diese Mittel kommen dem Wohnungsbau, dem bezahlbaren Wohnraum, wieder zugute.

Wir haben trotz gesteigerter Antragszahlen – die so hoch sind wie seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr –, trotz dieser weiterhin positiven Tendenz natürlich noch Nachholbedarf. Wir müssen mehr Wohnungen schaffen. Aber ich möchte noch einmal deutlich machen: Es gibt hier Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft und einen Mangel an baureifen Flächen. Das sind Engpassfaktoren, die wir auch politisch nicht beeinflussen können.

Mein Anliegen ist es, dass ebendiese Reste dazu dienen, möglichst schnell bezahlbaren Wohnraum zusätzlich, über das bisherige Angebot hinaus, zu schaffen. Deswegen setzen wir jetzt auf der kommunalen Ebene an, um die Kommunen zu ermächtigen, kommunalen Mietwohnungsbestand aufzubauen und dadurch zusätzliche Potenziale, die im Land bestehen, auch auszuschöpfen. Das ist ein neuer Weg, den wir hier gehen.

Wir werden in diesem Kommunalfonds auch über einen Grundstücksfonds diskutieren. Wir denken darüber nach, auch dadurch die Gemeinden zu unterstützen, um nachhaltige, langfristige Grundstückspolitik umsetzen zu können und damit natürlich auch eine Steuerungsfunktion einzunehmen. Wir werden in einer dritten Säule nicht investive und innovative Maßnahmen auf den Weg bringen, um hier auch die Kommunen und die Wohnungswirtschaft zu unterstützen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Dann hatte sich Herr Abg. Baron gemeldet.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre Ausführungen. – Ich möchte mich einmal nach dem aktuellen Stand der Fortschreibung der Landesbauordnung erkundigen. Wie ist der aktuelle Stand? Woran hapert es noch, dass wir noch immer keinen fertigen Gesetzentwurf vorliegen haben?

Eine weitere Frage betrifft den Bereich Finanzen; auch diese möchte ich kurz stellen. Momentan wird viel über den Grundsteuerkompromiss diskutiert. Wie stehen Sie dazu? Glauben Sie, dass er zu höheren Steuerbelastungen der Eigentümer führen wird?

Wie sehen Sie darüber hinaus dieses Modell? Zur Bewertung werden die Miethöhe, der Grundstückswert und auch das Alter der Immobilie herangezogen. Das Bundesverfassungsgericht hat fünf Jahre vorgegeben, um alle Immobilien entsprechend zu bewerten. Glauben Sie, dass das funktioniert?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf darauf hinweisen, dass noch mehrere Fragen angemeldet sind. Ich weiß nicht, ob wir jetzt noch ein neues Thema aufmachen wollen. Wenn Sie kurz darauf eingehen wollten, würde ich Sie natürlich nicht unterbrechen. Allerdings möchte ich das, was auf der Tagesordnung steht, auch noch abarbeiten.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Bei der Landesbauordnung befinden wir uns in der Ressortabstimmung. Im Rahmen der Anhörung gab es zahlreiche Rückmeldungen. Sie waren sehr um-

fangreich. Diese haben wir abgearbeitet. Wir haben sie auch sehr ernst genommen.

Was die Grundsteuer angeht, lautet meine Maxime: aufwandsneutral und bürokratiearm. Das versuchen wir, auch auf Bundesebene mit einzubringen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mit dem Thema, das Sie zusätzlich angesprochen haben, werden wir uns, wenn noch Zeit übrig ist, am Ende der Regierungsbefragung befassen.

Ich darf nun Herrn Abg. Born noch einmal zum Wohnungsbau aufrufen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Er hat seine Frage schon gestellt!)

Abg. Daniel Born SPD: Frau Ministerin, eine Sache müssen wir uns klarmachen: Der Begriff „sozial gebundener Wohnungsbau“ hängt von den Kriterien ab, die in der Landeswohnraumförderung festgelegt sind. Sie haben diesbezüglich ja auch Erweiterungen geschaffen. Sie reden von einer Trendwende bei den absoluten Zahlen. Ein Vergleich mit der Zeit davor ist natürlich immer schwierig; denn damals gab es noch eine andere Form der Mietpreissenkung. Darum muss man hier immer vorsichtig sein.

Es stimmt: Sie haben Ihr Amt bei einem Stand von 88 000 fehlenden Wohneinheiten übernommen. Seit zweieinhalb Jahren sind Sie Ministerin. Mittlerweile fehlen über 140 000 Wohnungen. Darum kann man sagen: Jeder Tag Hoffmeister-Kraut bedeutet 51 fehlende Wohnungen mehr.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Das liegt doch nicht an mir, Herr Born.

Abg. Daniel Born SPD: Jetzt reden wir darüber, was Sie als Ministerin für den Bereich Wohnungsbau tun. Wie weit sind Sie ganz konkret mit dem Fonds? Befinden Sie sich hierzu bereits in einer Ressortabstimmung? Haben Sie auch schon Entsprechendes vorgelegt?

Und dann: Sie werden Mittel, die für den sozial gebundenen Wohnraum vorgesehen waren, herübernehmen. Gleichzeitig haben Sie eine neue Begrifflichkeit geschaffen und sprechen von „preiswertem Wohnraum“. Sie wollen eine Ebene oberhalb des sozial gebundenen Wohnraums schaffen. Darum die Frage: Was für eine Ebene ist das? Welche entsprechend berechtigten Kreise soll dies umfassen? Wie stellen Sie sich das vor?

Die Mittel für den sozialen Wohnraum werden überwiegend von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften abgerufen. Glauben Sie nicht, dass die Kommunen dann auch eine Partnerin an ihrer Seite brauchen, wenn es darum geht, entsprechende Projekte vor Ort umzusetzen, beispielsweise eine Landesentwicklungsgesellschaft, wie sie die SPD vorgeschlagen hat?

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, jetzt sind Sie wieder an der Reihe. – Ich darf jedoch etwas mehr Aufmerksamkeit für die Antwort erbitten. Es ist relativ unruhig im Raum.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich möchte klarstellen – ers- tens -: Dass nicht genügend Wohnungen entstehen und ent- standen sind, liegt an den Versäumnissen der SPD.

(Abg. Daniel Born SPD: Seit zweieinhalb Jahren!)

– In der Tat. Das ist alles zeitverzögert. Man hätte schon frü- her Maßnahmen einleiten müssen. Offensichtlich war es nicht wichtig genug.

Zweitens: Wir haben die Trendwende geschafft. Es entsteht wieder mehr bezahlbarer Wohnraum. Was Sie behaupten, ist nicht ehrlich. Sie sagen, es läge an mir. Sie verstehen es nicht.

(Abg. Daniel Born SPD: Doch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Er versteht es!)

– Nein, offensichtlich nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Offensichtlich schon!)

Im Land hatten wir in den Jahren 2017 und 2018 knapp 40 000 Fertigstellungen zu verzeichnen. In vielen Bereichen wird ge- baut. Dies unterstützen wir vonseiten des Landes. Wir haben an allen Stellschrauben gedreht, so schnell es uns möglich war. Das geht nicht von heute auf morgen.

(Abg. Daniel Born SPD: An der Landesbauordnung, so schnell es Ihnen möglich war?)

– Wer hat denn die Landesbauordnung verschärft? Das war zu Ihrer Regierungszeit. Sie haben das Bauen verteuert, doch nicht ich!

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch angekündigt, sie zu ändern! Dann ändern Sie sie doch! – Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch keine Aktuelle Debatte! – Glocke der Präsidentin)

– Sie sagen: „Dann ändern Sie es doch!“ Wieso haben Sie es dann eingeführt?

(Abg. Daniel Born SPD: Sie haben alle Daten, die Sie genannt haben, gerissen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann machen Sie es doch!)

– Das machen wir.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte, wir wollen ein biss- chen die Form einhalten. Es geht um Fragen und Antworten.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe. Die Ministerin hat das Wort.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie regieren doch! Sie ha- ben doch alle Möglichkeiten! – Unruhe)

– Sie können sich gern noch einmal zu Wort melden, dann set- zen wir die Runde fort. – Frau Ministerin.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Die Landesbauordnung wird no- velliert. Daran arbeiten wir mit Hochdruck.

(Vereinzelte Lachen – Abg. Daniel Born SPD: Das ist Hochdruck! – Abg. Reinhold Gall SPD: Langsam wird es lächerlich! „Hochdruck“!)

Ich habe gerade gesagt, wo wir stehen.

Kommunalfonds: Auch dazu werden wir in Kürze ein Kon- zept präsentieren. Dann können wir auch darüber diskutieren. Die Säulen, die Eckpfeiler habe ich dargestellt. – Das waren die Fragen, die Sie, Herr Born, gestellt haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es noch weitere Fra- gen aus den anderen Fraktionen? Ansonsten ist Herr Abg. Born noch einmal an der Reihe.

Abg. Daniel Born SPD: Ich habe wegen der Pressedebatte in den letzten Wochen auch die Frage: Welche innovativen Ideen sind Ihnen seitens der Grünen-Fraktion vorgetragen worden? Denn die Grünen haben gesagt, an ihnen würde es nicht lie- gen, sie hätten viele innovative Ideen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Keine! – Weitere Zurufe)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich glaube, diese Diskussion füh- ren wir, wenn wir unser Konzept präsentieren, Herr Born. Da müssen Sie noch etwas abwarten.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE zur SPD: Sie können dann ruhig überkommen! – Vereinzelte Heiterkeit)

Herr Born, wir nehmen das sehr ernst. Uns geht es darum, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Wir verfolgen dieses Ziel ganz konsequent – und das erst, seitdem ich im Amt bin. Vorher war das nicht prioritär.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Wir kommen jetzt ein großes Stück voran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das verläuft eben in Zyklen. Das geht nicht von einem Tag auf den anderen. Ich habe vorhin deutlich gemacht, warum. Da steht ein enormer Aufwand davor, bevor eine Wohnung entsteht. Das braucht Zeit.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Frau Minis- terin. – Ich sehe jetzt keine weitere Wortmeldung zu dem The- menkomplex Wohnungsbau. Dann schließen wir das ab. – Danke schön, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rufe jetzt das nächste Thema auf, dieses hat die CDU an- gemeldet:

Erfolge und Wirkung des Entwick- lungsprogramms Ländlicher Raum

Ich darf Herrn Abg. Hockenberger bitten, die Frage von hier vorn vorzutragen.

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum ist eine wichtige Fördermaßnahme für den ländlichen Raum. Wir können damit die Strukturen vor Ort stärken und den ländlichen Raum attraktiver machen. Das war uns immer ein wichtiges Anliegen, damit die Kommunen die richtigen Weichen für die Zukunft stellen können.

Wir begrüßen, dass mit dem ELR vielfältig gefördert wird, dass aber auch gezielt Förderschwerpunkte gesetzt werden. Wir wollen nach wie vor für eine gute finanzielle Ausstattung dieses Programms sorgen.

Deswegen fragen wir den Minister, wie sich die finanzielle Ausstattung des Programms seit dem Regierungswechsel verändert hat, welche Veränderungen im Hinblick auf die Schwerpunktbildung vorgenommen worden sind, wie viele Projekte in den vergangenen Jahren gefördert werden konnten, ob auch der Bedarf nach Grundversorgung dabei eine Rolle gespielt hat und – zugegeben, in der Tat eine Spezialität – welche Anreize über das ELR für das Bauen mit Holz gesetzt werden.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich darf Herrn Minister Hauk um eine Antwort bitten, die im Prinzip fünf Minuten dauern sollte. Die Frage war aber auch wieder sehr umfassend. – Bitte schön, Herr Minister.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das schafft er schon!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Die finanzielle Entwicklung des ELR ist positiv. Wir sind zu Beginn der Legislaturperiode bei 45 Millionen € pro Jahr gestartet, und die Koalitionsfraktionen haben bereits in dem Koalitionsvertrag entschieden, dass wir dies sukzessive steigern.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Wohin?)

Derzeit liegen wir bei 75 Millionen € pro Jahr. Das ist insofern erfreulich, als die Bedeutung der ländlichen Räume in Baden-Württemberg schon immer als einzigartig bewertet wurde. Das wird damit noch einmal verstärkt.

Es gibt kein einziges Programm auf Bundesebene, das mit dem unseren vergleichbar wäre. Es gibt hier und da das Thema Dorferneuerung. Das ist in Bayern beispielsweise mit 15 Millionen € ausgestattet. Ähnliches gibt es auch in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen – etwa in denselben Größenordnungen. Ein umfassendes Programm, das den Ansprechpartner Kommune als erste Adresse hat, gibt es aber ansonsten bundesweit nirgends. Insofern – das muss man sagen – hat sich das hervorragend entwickelt.

Wir haben natürlich auch nicht einfach so weitergemacht, sondern jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen. Uns ist klar, dass sich in dieser Zeit die Herausforderung – das war ja gerade Thema der Befragung der Wirtschaftsministerin – Wohnungsbau stellt.

Wir stehen in Baden-Württemberg auch vor der Situation und der Entwicklung, dass wir keinen einzigen Landkreis mehr haben, der Einwohnerverluste aufweist. Vielmehr steigen die Einwohnerzahlen, in manchen Kreisen wie beispielsweise

dem Zollernalbkreis oder auch dem Landkreis Freudenstadt schwächer, in anderen stärker, wobei es sich bei Letzteren natürlich um ballungsraumnahe Kreise wie z. B. den Rhein-Neckar-Kreis oder den Landkreis Ludwigsburg handelt. Aber in allen Landkreisen, auch in den ländlich geprägten, steigen die Einwohnerzahlen. Insofern muss man auch dort etwas machen.

Bevor wir ständig neue Flächen für Wohnraumzwecke ausweisen, wollen wir dort einen Schwerpunkt setzen. Wir haben die geänderten Zahlen auch zum Anlass genommen, die Schwerpunktausrichtungen zu ändern. Wir wollen – Thema Innenentwicklung – gewonnene Freiflächen innerhalb der Ortslagen – sprich Aufgabe von alten Höfen – zur Baureifmachung nutzen und dann auch Wohnungsbau in den sanierten Teilen oder in diesen Ortslagen – auch im Neubau – fördern. Dies unterstützen wir entsprechend. Das funktioniert auch.

Wir haben seit 2016, kann man sagen, jedes Jahr 1 000 neue Wohneinheiten – nicht auf der Freifläche, sondern alle im schon bebauten Bereich – geschaffen. Ich breche das einmal auf die Stadt Stuttgart mit ihren 600 000 Einwohnern herunter. Um hier, sage ich einmal, 4 000 neue Wohneinheiten in diesem Zeitraum zu schaffen, hätte sich die Stadt Stuttgart erheblich anstrengen müssen. Die Stadt hat in dieser Zeit nicht einmal ein paar Hundert geschaffen. Das muss man auch einmal sagen.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Da wird vielleicht ein bisschen die Bedeutung klar. Wenn man über die Fläche spricht, sind es immer nur Einzelbeträge und Einzelbereiche, aber in der Summe ergibt sich natürlich auch ein erhebliches Potenzial.

Eine zweite Schwerpunktsetzung war das Thema „Bauen mit Holz“.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

– Wer sagt „Oje“?

(Abg. Anton Baron AfD: Ich!)

– Warum?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weil er keine Ahnung hat!
– Abg. Ulli Hockenberger CDU: Einfach weitermachen!)

Weil Sie keine Ahnung haben, Herr Baron.

(Abg. Anton Baron AfD: Wieso soll man denn das Bauen mit Holz fördern?)

Ich sage nur: Wer einmal in dem Land – – Wer den Klimawandel, Herr Baron, nicht leugnet – –

(Abg. Anton Baron AfD: Ach Gott, ach Gott!)

– Okay. Dann weiß ich schon Bescheid.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Ist in Ordnung. Dann brauchen wir gar nicht weiterzusprechen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie brauchen kein Holz zu bevorzugen!)

(Minister Peter Hauk)

Wem klar ist, dass es einen Klimawandel gibt, der muss alles dafür tun, dass CO₂ gespeichert wird. Dazu brauche ich Baumaterialien, die in der Entstehung keine fossilen Ressourcen schlucken. Das ist Holz. Alles andere schluckt bereits in der Herstellung erhebliche Ressourcen.

(Abg. Anton Baron AfD: Lassen Sie doch die Leute entscheiden!)

Außerdem brauche ich Baumaterialien, die günstigenfalls auch noch selbst CO₂ eingelagert haben, wie hier die Möbel oder Tragkonstruktionen und dergleichen. Das ist auch Holz.

So hat Holz also einen zweifachen Nutzen. Deshalb hat die Landesregierung eine Holzbauoffensive gestartet und sich auch dazu bekannt, dass wir Neubauten des Landes in Holzbauweise erstellen. Ich behaupte, selbst ein Gefängnis könnte man – wenn auch nicht in Holz pur, aber in Holzhybridbauweise, also Holzbeton – in Holzbauweise erstellen. Diesen Beweis würde ich ganz gern einmal antreten. – Ich besuche vorher vielleicht einmal einen „Ausbrecherkurs“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es geht vieles, von dem man denkt, es würde nicht gehen. Ich glaube, das ist einfach notwendig.

Es sind wenige Stellschrauben, die wir, das Land Baden-Württemberg, selbst verstellen können. Vieles andere ist Bundespolitik, manches ist Europapolitik. An dieser Stellschraube können wir selbst drehen, und da haben wir auch die Verantwortung, dort selbst zu drehen. Deshalb tun wir das auch in dieser Richtung – aber nicht, indem wir den Menschen belehrend sagen: „So müsst ihr es machen“ und Gebote und Verbote erlassen, sondern indem wir mit Anreizen arbeiten und so die Menschen dazu bringen, wieder mit besserer Überzeugung im Prinzip auch zum Baustoff Holz zu greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Mit Steuergeldern!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt darf ich die Fraktion GRÜNE bitten, sich auf einen Redner zu einigen. Ich habe hier die Abg. Hahn, Filius und Grath.

Herr Abg. Hahn, ich glaube, Sie kommen zuerst an die Reihe. Es geht hier nach Fraktionen und nicht nach persönlichen Wortmeldungen.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Minister, für die Klarstellung im Bereich ELR und „Bauen im ländlichen Bereich“. Ich glaube, das ist ein wichtiger Impuls.

Könnten Sie noch erläutern, wie sich das Wohnen im Alter im ländlichen Bereich, speziell auch in Dörfern – es gibt 3 000 kleinere Dörfer, wo eben genau im Ort auch Wohnen im Alter ermöglicht wird – gestaltet und wie da der Bezug zum ELR aussieht? Das wäre mir ein wichtiges Anliegen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, bitte.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Vielen Dank. – Ich finde, es ist immer einen Sonderzuschlag wert, wenn bestimmte Bedürfnisse zusätzlich be-

rücksichtigt werden. Der Antragsteller ist immer die Gemeinde. Wenn ein Privater eine Wohnung auf einer Fläche, die bereits vorhanden ist, bauen oder sanieren will und dort dann ein Haus stehen soll, dann geht er zur Gemeinde und stellt einen Antrag über das ELR. Wenn er dann vorweist, dass er das Haus behindertengerecht bzw. altersgerecht darstellen will, wenn er ein Mehrfamilienhaus bauen bzw. eine Kernsanierung im Mehrfamiliensektor machen will und dies altersgerecht konzipiert, dann wird hierfür der Förderzuschuss auch noch erhöht.

Die Sinnhaftigkeit ergibt sich daraus, dass wir wollen, dass die Dörfer und die Innenstädte nicht ausbluten, sondern sie weiter von Menschen bevölkert werden. Wachstum und gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen nämlich nicht von der Peripherie aus nach innen, sondern, wenn überhaupt, von innen nach außen. Deshalb müssen Dörfer im Innenbereich bevölkert bleiben; dort muss Leben herrschen.

Deshalb sind wir auch so sehr dafür, dass das Mehrgenerationenwohnen dort stattfindet, dass auch Kindertagesstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesmütter, Tageseltern etc. ihr Domizil im Innenbereich des Dorfes erhalten, sodass jederzeit auch ein Austausch zwischen Älteren und Jüngeren möglich ist.

Das Thema Grundversorgung spielt dabei eine ganz elementare Rolle. Wir haben immer die Grundversorgung im Blick. Jeder Handwerker, jeder Arzt, jeder Hausarzt, der sich niederlassen will oder neu ankommt und eine Praxis übernimmt, jeder Klempner im Ort, jeder Lebensmitteldienstleister erhält eine Förderung, weil wir es als richtig und wichtig erachten, dass wir die Gruppen, die wir für ein gesellschaftliches Zusammenleben in einem Dorf oder in einer kleinen Gemeinde brauchen, nicht verlieren und dass sie auch ihre Existenz sichern können. Daher sollen sie entlastet werden; sie sollen mit weniger Eigenkapital und dafür mit mehr staatlich abgesichertem Kapital in die Gründungsphase hineingehen können. Auch deshalb fördern wir diese sogenannte Grundversorgung. Wenn wir dort mehr Anträge bekämen – – Man kann es einfach so sagen: Wir würden jeden bezuschussen, der zu uns kommt, aber dies macht trotzdem nur 3 % aller Projekte aus.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Ich habe jetzt Wortmeldungen der Abg. Filius, Grath und Braun. Werden diese alle aufrechterhalten?

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Ja!)

Vielleicht können Sie Ihre Fragen direkt hintereinander stellen, und es ergibt sich vielleicht ein Zusammenhang, sodass der Minister in einem Zug antworten kann.

Dann darf ich Herrn Abg. Filius bitten, danach Herrn Abg. Grath und dann Frau Abg. Braun.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank, dass Sie in Ihrem Beitrag schon mitgeteilt haben, dass besonders die Innenentwicklung eine wichtige Angelegenheit ist. Gerade im Alb-Donau-Kreis, der ja teilweise auch zu meinem Wahlkreis gehört, ist das ein ganz wichtiges Thema. Dass 46 Projekte über das ELR gefördert worden sind, ist eine wirklich prima Zahl. Dafür auch noch einmal herzlichen Dank für die Region.

(Jürgen Filius)

Ich habe eine Frage in diese Richtung: Gibt es denn jetzt auch – Sie sagten, einen Aufwuchs werde es weiterhin geben; 75 Millionen € sind es jetzt gewesen – irgendwelche Vorstellungen, um ankündigen zu können, inwieweit das ELR-Programm fortgesetzt wird?

Dann noch eine Nachfrage – als Strafvollzugsbeauftragter interessiert mich das ganz besonders –: Sie haben gerade die Hybridholzbauweise erwähnt. Haben Sie darüber schon mit dem Minister Rücksprache gehalten? Rottweil soll ja ans Netz gehen. Da würde mich interessieren, ob es da tatsächlich Möglichkeiten gibt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Im Konkreten haben wir darüber noch nicht gesprochen, aber natürlich dem Grunde nach. Der Planungsschritt in Rottweil ist schon relativ weit gediehen. Ich habe den Eindruck – machen wir uns nichts vor, Herr Filius –, dass wir unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugen müssen. Auch in der staatlichen Hochbauverwaltung ist nicht jeder ein Holzbaufan. Vielfach fehlt auch die Kenntnis darüber. Es gibt zudem jede Menge Sachverständige im Brandschutzsektor, die ebenfalls keine absoluten Holzbaufans sind. Diese muss man auch erst einmal bekehren und auf die tatsächlichen Risiken des Holzbaus hinweisen.

Also, ganz so einfach ist es nicht. Aber jedenfalls werden wir, wenn ein neues Projekt ansteht, schon in der Planungsphase darauf hinweisen, dass es eben auch mit Holz – so meine ich dem Grunde nach – machbar ist.

Wie das in der Zukunft aussieht: 75 Millionen € müssen nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das war jedenfalls das, was wir in der Koalitionsvereinbarung angepeilt hatten; das haben wir erreicht. Ich muss sagen: Da bin ich zufrieden. Aber wenn es weiterhin Steueraufwüchse bezüglich der kommunalen Finanzmasse gäbe und man überlegen müsste, was man damit anstellt, dann muss ich sagen: Bevor wir noch einen weiteren kommunalen Sanierungsfonds auflegen und neu erfinden, geben wir es lieber in ein Programm, das bereits vorhanden ist und bei dem wir bislang nur jeden zweiten Antrag bedienen können. Das macht meines Erachtens mehr Sinn. Aufwuchs ist durchaus denkbar.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Dann darf ich Herrn Abg. Grath bitten.

Abg. Martin Grath GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank. – ELR, ein Erfolgsmodell – Sie sprachen gerade unseren Förderschwerpunkt an, nämlich die Grundversorgung wohnortnah, Waren und Dienstleistungen. Da spielen natürlich Bäckereien und Metzgereien eine entscheidende Rolle.

Meine Frage ist: Haben Sie schon daran gedacht, auch einmal mit dem Handwerk ins Gespräch zu kommen, damit wir die Bäcker auch aktivieren können? Wie Sie schon gesagt haben: Da wird ja leider relativ wenig abgezogen, gerade in diesem Bereich. Können wir nicht mal mit dem Handwerk ins Gespräch kommen, damit wir da eine bessere Förderung machen – vielleicht auch noch zusammen mit dem Handwerk?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Vielen Dank, Herr Grath. – Es ist so, dass wir

turnusgemäß ohnehin mit den Handwerksverbänden – eigentlich ist dafür die Kollegin Hoffmeister-Kraut die Zuständige – im Gespräch sind. Mit dem Ernährungshandwerk – der Hinweis sei gestattet – bietet es sich an, weil wir vielfältige Überschneidungsbereiche haben. Natürlich sprechen wir mit den Bäckern, wir sprechen mit den Metzgern; wir sprechen auch mit den Gastronomen, die in den Städten und Gemeinden anässig sind.

Dort gibt es – das ist, glaube ich, den meisten auch schon bekannt – Das größere Problem ist ein allgemeines Problem, nämlich, den Nachwuchs in den Handwerksberufen zu sichern und auch die Übergabe von bestehenden Betrieben zu sichern, damit diese von Nachfolgern oder anderen übernommen werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Aber weitere Gespräche – Sie selbst sind ja auch inunngsmäßig unterwegs.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Danke!)

– Gern.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Braun, möchten Sie die Frage noch stellen?

Abg. Martina Braun GRÜNE: Ja. – Herr Minister Hauk, meine Frage zielt in dieselbe Richtung. Dorfläden und Dorfgaststätten sind innerorts ja wichtige Punkte. Da Sie gerade gesagt haben, dass die Leute bleiben möchten und dort gern wohnen: Inwieweit werden diese über das ELR gefördert?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, bitte.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Das kann man ganz kurz machen: Die sind natürlich auch förderfähig. Vor allem unterstützen wir alle Konzepte, die sich aus der Bürgerschaft heraus selbst entwickeln. Ich kenne jetzt drei oder vier Dorfläden – in Jagsthausen fällt mir einer ein, in Neuenkirchen im Odenwald fällt mir ganz spontan einer ein –, die sich auf Genossenschaftsbasis im Ort gegründet haben. Beides sind Kernorte mit round about 1 000 Einwohnern an der Zahl. Das trägt sich gerade so – aber immerhin, der Dorfmittelpunkt wurde erhalten, und das ist, glaube ich, gerade für ältere Menschen ganz entscheidend. Man merkt auch: Die schätzen es wieder mehr, wenn es Angebote in der Dorfmitte gibt, und sind nicht mehr so versessen, auf die Einkaufszentren auf der grünen Wiese auszuweichen; sie sind ja auch nicht mehr in dem Umfang mobil.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Dann noch eine kurze Frage des Herrn Abg. Gall; danach ist die Zeit um.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Minister, ich wollte noch einmal nachfragen, wie ich Ihre Aussage zu verstehen habe, dass Sie meinen, die Sachverständigen und die Fachleute im Bereich des Brandschutzes auf die wirklichen Gefahren hinweisen zu müssen. Anders gefragt: Sind Sie der Auffassung, dass Ihre Kompetenz in diesem Bereich größer ist als beispielsweise die der Fachleute in den Reihen des Feuerwehrverbands?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Dieser Meinung bin ich nicht, Herr Kollege Gall. Ich sehe aber eines, nämlich, dass auch die Brandexperten im Bereich der Verbände nur das Thema Brandschutz sehen, aber keine – wie ich meine – adäquate Risikofolgenabschätzung betreiben. Wenn ich sehe, dass beispielsweise ein historischer Saal bei mir in der Nachbargemeinde jetzt mit einem zweiten Abgang – das geht ja noch; das ist baulich gerade noch zu leisten – zu versehen ist: In dem Saal treffen sich seit 150 Jahren Menschen – der ist zum Teil gerammelt voll – zum Feiern und dergleichen mehr. Ich weiß nicht, ob in der Vergangenheit etwas passiert ist, vermutlich aber nicht.

Dann war die Wahl zwischen einer Sanierung – Aufwand ein paar Hunderttausend Euro – oder der Erstellung einer – zugebenermaßen nicht sonderlich attraktiven – Außentreppe aus Stahlrohr, die dann gebaut werden kann; und da hat das Denkmalamt auch noch etwas dagegen. Da muss ich sagen: Da ist die Frage, ob der Brandschutz seine Bedeutung in ein paar Bereichen nicht überschätzt.

Ich will keine Kompetenzen einschränken; ich will nur sagen: Anscheinend – diesen Eindruck habe ich jedenfalls – sind die meisten Brandschutzexperten von den Bombennächten 1944 und 1945 geprägt, als ganze Städte lichterloh gebrannt haben. Aber diese Zeit haben wir jetzt Gott sei Dank seit 70 Jahren hinter uns, und es ist auch Gott sei Dank nicht damit zu rechnen, dass es äußere Einwirkungen gibt, die zu so etwas führen. Also ist doch die Frage, ob aufgrund des Risikos von Feuersbrünsten ein übertriebener Brandschutz, ein Brandschutz in diesem Umfang notwendig ist.

Das betrifft auch Versammlungsstätten. Es geht dort nicht um einen dauerhaften Aufenthalt von Menschen, wie es in Wohngebäuden, aber auch in Schulen etc. der Fall ist. Da muss ich sagen: Da wird nach meinem Eindruck manchmal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Leider Gottes haben wir es bisher nicht geschafft, im Bürgerlichen Gesetzbuch das Thema Schadensersatz – da kommt ja alles her – zu konkretisieren. Wir haben es bisher nicht geschafft, eigene rechtstechnische Lösungen zu finden. Da hat sich niemand herangetraut. Das wäre eigentlich eine bundesrechtliche Aufgabe. An dieses Thema traut sich niemand heran, weil es so schwierig ist, und deshalb lässt man es lieber bleiben.

Dann überlässt man es den Richtern, im Einzelfall zu urteilen, und den Brandsachverständigen, die den Daumen senken oder heben. Ich finde, angesichts der wirtschaftlichen Dimension heutzutage ist es eigentlich ein Unding, dass ein demokratischer Staat sich das gefallen lässt – von ein paar wenigen Sachverständigen, die sich dazu aufschwingen, über Millionenbeträge und auch über Gelingen oder Nichtgelingen zu entscheiden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister.

Unsere Zeit für die Regierungsbefragung ist abgelaufen. Insofern müssen wir diesen Punkt jetzt abschließen. Der von der FDP/DVP-Fraktion noch angemeldete Punkt „Restitution von Kulturgütern“ muss damit entfallen.

(Oh-Rufe)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Handwerk und Digitalisierung – Drucksache 16/1826

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Grath.

(Abg. Martin Grath GRÜNE begibt sich zum Redepult. – Abg. Winfried Mack CDU: Haben wir eine „Grath-Wanderung“?)

Abg. Martin Grath GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Handwerk, besser bekannt als die „Wirtschaftsmacht von nebenan“, leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei uns in Baden-Württemberg. Das Handwerk trägt entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres Landes bei und stärkt regionale Wertschöpfungsketten.

Um diesen Aufgaben auch in Zukunft gerecht zu werden und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, muss sich das Handwerk intensiv – mancherorts intensiver – mit der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft, der Wirtschaft, ja, unseres kompletten Lebens auseinandersetzen.

Für uns Grüne ist zentral, dass wir das Handwerk dabei unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Vor allem wollen wir, dass die aus der Digitalisierung entstehenden Möglichkeiten und Chancen für das Handwerk sichtbar werden. Dieser nun schon vor zwei Jahren gestellte Antrag fragt daher nach solchen Chancen und Möglichkeiten, aber auch nach den Risiken für das baden-württembergische Handwerk.

Zunächst geht mein Dank an das Wirtschaftsministerium für die sehr gute und ausführliche Beantwortung dieses Antrags. Die ausführliche Beantwortung zeigt, welchen Stellenwert das Wirtschaftsministerium dem Handwerk beimisst, wie der Prozess begleitet, unterstützt, beeinflusst und oftmals auch beschleunigt wird. Dafür vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Handwerk und Digitalisierung – zwei Welten begegnen sich, könnte man meinen. Doch weit gefehlt: Das Handwerk ist umfassend mit Digitalisierung befasst, ob im eigentlichen Arbeitsablauf, im Marketing, in der Produktion oder in Kooperationen. Zwar gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen, was den Grad

(Vereinzelt Heiterkeit)

und die Geschwindigkeit der Digitalisierung betrifft, jedoch setzen sich alle Betriebe zumindest mit Aspekten der Digitalisierung auseinander. Fast alle Betriebe verfügen über eine Webseite, ein Viertel nutzen moderne digitale Techniken wie generative Fertigungsverfahren oder Trackingsysteme zur Beobachtung von Maschinen oder Objekten. Der zunehmende

(Martin Grath)

Druck, ihre Betriebsprozesse zu digitalisieren, wird von den meisten Handwerkerinnen und Handwerkern wahrgenommen.

Auch aus diesen handwerkstypischen Vielschichtigkeiten ergibt sich eine nicht zu unterschätzende Kernaufgabe: Es müssen die, die in der Digitalisierung weit vorangeschritten sind, und die, die noch mehr Digitalisierungsaufgaben vor sich haben, gleichzeitig mitgenommen werden. Das ist nicht ganz einfach.

Um dem zu begegnen, hat die Landesregierung umfassende Beratungs- und Förderangebote für das Handwerk angeboten und entwickelt. Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Sie hauptsächlich auf diese Aktivitäten eingehen werden, sodass ich mir ein bisschen Zeit sparen kann und nicht mehr alles aufzähle. Deshalb gehe ich gleich weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischendurch etwas Grundsätzliches: Wie bei allen Digitalisierungsfragen gilt für uns Grüne auch im Handwerk: Die Digitalisierung muss dem Menschen dienen. Beim Handwerk bedeutet das vor allem: Sie muss die Handwerkerinnen und Handwerker von Bürokratie entlasten.

(Unruhe – Abg. Anton Baron AfD: Meine Rede!)

Der Handwerker sollte endlich wieder das tun, was er am besten kann, nämlich sein Handwerk ausüben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Handwerkszeug für den Handwerker! – Unruhe)

Die Digitalisierung soll Produktionsprozesse, Ressourcen und Energie effizienter machen. Klare Ziele dabei: Kosteneinsparung und natürlich auch Umweltschutz.

(Zurufe)

Sie soll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten – die gibt es auch im Handwerk einfach immer noch – und von schweren Arbeiten entlasten und kann damit einen absolut wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Handwerks leisten. Ferner soll sie helfen, dass Menschen mit Handicap eine Zukunft in Handwerksbetrieben haben können, damit auch die Inklusion im Handwerk besser vorankommen kann. Auch das gehört für uns Grüne zu einer nachhaltigen und zukunftsgerichteten Handwerkspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Doch nun zu den Möglichkeiten und Chancen: Wo können die Chancen der Digitalisierung – dieses wahrscheinlich nie endenden Prozesses –, dieser digitalen Revolution, dieser Vernetzung von Daten und Informationen, für das Handwerk liegen? Sicher in der Effizienzsteigerung.

Der Fachverband Elektro- und Informationstechnik ist überzeugt, dass die Digitalisierung von Geschäftsprozessen zu einer zeitlichen und personellen Entlastung führen wird. Hinsichtlich der Individualität der Produkte und Dienstleistungen gibt es noch Chancen. Die Entwicklung datenbasierter und – ganz wichtig – individuell auf den Kunden zugeschnittener Dienstleistungen ist eine Möglichkeit, die das Handwerk schon

nutzt, aber noch besser nutzen wird. Hier stellt sich die wirtschaftliche Basisfrage: Billiger oder besser? In Baden-Württemberg können wir nur besser. Massenware oder individuelle Handwerksarbeit? Der Philosoph Richard David Precht – die meisten kennen ihn wohl – sagte erst vor Kurzem zur Digitalisierung – ich zitiere –:

Hochwertiges Handwerk wird übrig bleiben, also alles, was nicht aus dem 3-D-Drucker kommt.

Er könnte nicht ganz unrecht haben, der Precht.

Chancen ergeben sich auch durch Komplettlösungen in gewerbeübergreifenden Kooperationen. Alles aus einer Hand – das ist nicht neu, aber immer noch aktuell, meine Damen und Herren.

Übrigens: Laut einer aktuellen Ausgabe der „Deutschen Handwerks Zeitung“ bewerten annähernd die Hälfte der Handwerksbetriebe den Nutzen höher als die Kosten. Daran sieht man doch den Wandel, den wir hier schon haben. Weitere 35 % sehen ein ausgeglichenes Verhältnis. Digitalisierung wird überwiegend als Chance gesehen. Keine Angst vor Neuem. Ich habe von meinen Handwerkskolleginnen und -kollegen nichts anderes erwartet.

Doch keine Chance ohne Risiko. Ja, es gibt nicht zu unterschätzende Risiken und Herausforderungen. Die Grenzen zwischen Handwerk und Industrie, zwischen Produktion und Dienstleistung verschwimmen. Das Handwerk wird übergangen, und der Handwerker wird, wie im Antrag beschrieben, zum Subunternehmer degradiert. Das Handwerk wird bei der Auswertung erhobener Daten ausgegrenzt und/oder als Vor-Ort-Dienstleister ausgebootet. Das Kfz-Handwerk weiß, wovon ich spreche.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vor allem in Stuttgart!)

Um diesen Risiken vorzubeugen, braucht das Handwerk auch weiterhin dringend Hilfe und Unterstützung von den Handwerksorganisationen und der Politik. Dies fängt bei der Beratung der Betriebe an, geht über Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter, über die Vereinheitlichung der Datenformate und Schnittstellen bis hin zu IT-Sicherheit und Datenhoheit.

Die grün-schwarze Landesregierung bietet hierfür zusammen mit den Handwerksorganisationen u. a. im Rahmen des Strategieprojekts „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“, aber auch im Rahmen der Initiative Wirtschaft 4.0 diese Hilfe und Unterstützung an und schafft die geeigneten Rahmenbedingungen.

Eines ist klar: Wir lassen die Handwerkerinnen und Handwerker hierbei nicht allein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Jetzt muss ich ein bisschen kürzen, sonst werde ich nicht fertig. – Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir den Prozess der Digitalisierung im Handwerk weiterhin aktiv begleiten – im Sinne von „Die Chancen nutzen, den Risiken begegnen“.

(Martin Grath)

Mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt werden wir die bestehenden Förderinstrumente gründlich evaluieren und festlegen, welche Instrumente künftig für die Förderung des Handwerks im Bereich Digitalisierung effektiv eingesetzt werden können und – ganz wichtig – dem einzelnen Handwerksbetrieb nutzen.

Um die Kommunikation über mobile Endgeräte, die digitale Arbeitsplanung sowie die digitale Verfügbarkeit von Prozessdaten für das Handwerk zu gewährleisten, ist ein funktionierendes, stabiles, flächendeckendes und schnelles Datennetz sowohl über Glasfaser als auch über Funk unerlässlich. Wir sind hier auf einem guten Weg, doch beim Ausbau dürften wir gern an Geschwindigkeit zulegen. Cybersecurity und Datenschutz spielen eine wesentliche Rolle für das Handwerk. Datendiebstahl, Manipulationsversuche und dergleichen sind sogenannte Digitalisierungsumsetzungshemmer.

Wer die Daten hat, hat auch die Marktmacht. Um die Marktmacht zu erhalten, ist sicherzustellen, dass das Handwerk nicht in Abhängigkeitsverhältnisse kommt, sondern sich an Plattformen beteiligt bzw. – noch besser – diese selbst betreibt.

Zuletzt noch etwas Innovatives: Es sollte dringend geprüft werden, ob mit Offene-Quellen-Programmen, sogenannter Open-Source-Software, die Digitalisierung im Handwerk vereinfacht bzw. vorangetrieben werden kann. Durch den Wissensaustausch bieten sich hier spannende Chancen; auch können Entwicklungskosten gespart werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz schnell: Das Handwerk hat weiterhin goldenen Boden unter den Füßen. Lassen Sie uns das Handwerk auf seinem Weg in die Digitalisierung unterstützen und stärken! Denn wer das Handwerk stärkt, stärkt das Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Bravo-Rufe von den Grünen – Zuruf von der AfD:
Mein Gott! – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Dörflinger, Sie sind jetzt für die CDU an der Reihe. Bitte.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle befinden uns mitten in einem enormen Umbruch. Die digitale Revolution erfasst nahezu alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Damit diese digitale Revolution am Ende nicht ihre eigenen Kinder frisst, müssen wir auch die enormen Chancen nutzen, die diese Entwicklung bietet. Dabei wird die CDU-Landtagsfraktion das Handwerk aktiv unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Was hat nun die Digitalisierung mit dem Handwerk konkret zu tun? Was verbindet das analoge Etwas-mit-den-Händen-Schaffen mit der Welt der Nullen und Einsen? Sehr viel. Denn die Zukunft des Handwerks liegt auch im geschickten Ausnutzen der digitalen Möglichkeiten für die eigentlich handwerklichen Tätigkeiten.

Das Handwerk selbst steht der Digitalisierung sehr offen gegenüber. Wir alle wissen aus der repräsentativen Bitkom-Studie aus dem Jahr 2017: 81 % der befragten Handwerksbetrie-

be sind der Digitalisierung gegenüber generell aufgeschlossen,

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

und 69 % der Betriebe nehmen die Digitalisierung auch als Chance wahr.

Ein guter Handwerker hat die Wasserwaage im Auge,

(Beifall des Abg. Konrad Epple CDU)

bei vielem anderen kann die Digitalisierung helfen. Damit ist nicht nur die Homepage gemeint. Es geht um bedeutend mehr. Der Dachdecker nutzt Drohnen, um das Dach zu inspizieren, der innovative Schuhmacher nutzt seinen 3-D-Drucker, um Leisten für orthopädische Schuhe anzufertigen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Digital laufen teilweise schon die Zeiterfassung, die Erfassung der Lagerbestände und die Materialbestellung. All diese Investitionen können auf Dauer Zeit und Geld sparen und die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerker erhalten.

Doch klar ist auch – das hat mein Vorredner ebenfalls schon zum Ausdruck gebracht –: Die Möglichkeiten der Digitalisierung kommen nicht in jedem Handwerksbetrieb gleichermaßen an. Es gibt Unterschiede.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das ist immer so!)

Was für den einen noch Zukunftsmusik ist, gehört für den anderen schon zum Tagesgeschäft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Handwerk im Land ist ein ganz zentraler wirtschaftlicher Leistungsträger, der Arbeitsplätze schafft und für eine hohe Qualität steht, auch für Lebensqualität – was jeder weiß, lieber Martin Grath, der beispielsweise schon einmal eine oberschwäbische Seele gegessen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Daher ist es der CDU-Landtagsfraktion auch sehr wichtig, in einer engen Zusammenarbeit mit dem Handwerk die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, und diese Rahmenbedingungen können sich auch sehen lassen. Ich nenne als Stichwort nur das Projekt „Handwerk 2025“, aus dem das Handwerk ganz wichtige Impulse für die Zukunft erhält. Ich denke an die Initiative Wirtschaft 4.0, in der auch das Handwerk eine bedeutsame Rolle spielt.

Wichtig ist, den Betrieben Unterstützungsangebote zu machen. Hier sind die regionalen Digital Hubs sehr hilfreich, ebenso die durch das Land geförderten Digitallotsen des Baden-Württembergischen Handwerkstags. All dies leistet einen unglaublich wichtigen Beitrag. Und vergessen wir nicht die Digitalisierungsprämie: Mit der Digitalisierungsprämie unterstützen wir gerade auch die Handwerksbetriebe, die kleinen Betriebe, wirkungsvoll bei ihren digitalen Vorhaben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ja, diese Landesregierung hat wirklich viel erreicht, sie hat vieles angestoßen und wird nicht nachlassen, dem Handwerk ein guter Partner zu sein.

(Thomas Dörflinger)

Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist es wichtig, dass in diesem rasanten Wandel durch die Digitalisierung gerade die kleinen und mittleren Betriebe wettbewerbsfähig gehalten werden. Dafür setzen wir uns ein.

Den Handwerkerinnen und Handwerkern im Land kann ich nur raten: Lassen Sie sich beraten! Haben Sie unternehmerischen Mut, und investieren Sie klug! So nutzen Sie die Chancen, überwinden die Herausforderungen und entwickeln Ihren Betrieb in eine gute Zukunft.

Lieber Martin Grath, Sie haben gerade die Ministerin in höchsten Tönen gelobt. Dem schließe ich mich vollumfänglich an; ich hätte es fast nicht besser machen können. Das war sehr positiv.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ja, wir sind – ich komme zum Schluss – auf dem richtigen Weg. Denn eines ist klar: Die Zukunft des Handwerks ist nicht nur analog, sie ist analog und digital, und da werden wir das Handwerk auf dem weiteren Weg tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Baron.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Guter Mann!)

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Versprechen und brechen – zwei Verben, die mit Präzision das beschreiben, was Union und Grüne hier in diesem Land seit Jahren tun, auch in Sachen Digitalisierung.

Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch an vielversprechende CDU-Plakate, die versicherten: Wir garantieren schnellen Breitbandausbau, auch im ländlichen Raum – zugesagt!

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Versprochen – gebrochen. Tatsächlich hinken wir international in puncto Digitalisierung weit hinterher. Man nehme etwa die Netzabdeckung: Diese ist im ländlichen Raum teilweise katastrophal. In meinem Wahlkreis Hohenlohe in der Stadt Krautheim hatten z. B. 78 % der Haushalte kein schnelles Internet mit mehr als 30 Mbit/s. 78 %!

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört!)

Hat sich nun die Situation im Land wahnsinnig gebessert? Nein, wir müssen uns weiterhin digitalen Großmächten wie Uruguay, Bolivien oder Georgien geschlagen geben. Jeder Kartoffelacker in Südkorea ist besser vernetzt als manche hohenlohische Kleinstadt.

Es entbehrt jedenfalls nicht einer gewissen Komik, wenn ausgerechnet Politiker der Grünen und der Union ganz plötzlich mit der Digitalisierung ein Thema für sich entdecken, das sie über Jahrzehnte hinweg verpennt haben. Aber besser spät als nie.

(Beifall bei der AfD)

Die Erkenntnisse aus dem vorliegenden Antrag, dass die Digitalisierung Auswirkungen auf das Handwerk hat, sind richtig. Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, es geht um Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, es geht um Ängste, aber auch um Chancen.

Fakt ist, dass das Handwerk einer vielschichtigen Problemlage ausgesetzt ist, die erst durch die Politik selbst geschaffen wurde. Ich denke an die überbordende Bürokratie – da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Grath –, ich denke an horrenden Steuer- und Abgabenlasten. Das sind Fesseln, die dem Handwerk den Freiraum nehmen, den es zur Entfaltung braucht. Ohne diese würden die Handwerksbetriebe zu mehr eigener Liquidität kommen und könnten auf die komplexen Beteiligungsmodelle und Fördermaßnahmen, die Sie immer vorschlagen, komplett verzichten. So funktioniert Marktwirtschaft. Aber davon versteht der linkssozialistische Block hier ja sowieso nichts.

(Beifall bei der AfD – Lachen des Abg. Andreas Glück
FDP/DVP)

Das Handwerk hat aber auch darunter zu leiden, dass es nicht mehr als attraktiv wahrgenommen wird. Der Nachwuchs bleibt aus; das ist auch eine Folge des Akademisierungswahns.

(Zuruf von der SPD: Nee!)

Ich persönlich habe ja auch ein Studium absolviert, aber zuvor eine Ausbildung zum Verfahrensmechaniker gemacht. Von den dabei erlernten Fähigkeiten habe ich anschließend als Ingenieur profitiert. Statt sich also in das produktive Handwerk und in die Industrie einzubringen, widmen sich mittlerweile immer mehr junge Menschen unsinnigen Studiengängen wie Genderstudies –

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

maßgeblich vorangetrieben von grünen Parteiideologen. Und in Ihrer Gedankenwelt, liebe Grüne, beneidet uns wohl tatsächlich die ganze Welt genau darum – und nicht um gut ausgebildete Handwerker. Dabei ist es schon interessant, dass besagte Akademisierung von vielen Grünen zwar angestrebt, aber innerparteilich nicht ganz vollbracht wird. Ich denke hier an die zahlreichen abgebrochenen Studien etwa in Theaterwissenschaften oder Theologie.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie Probleme!)

An dieser Stelle übrigens herzliche Grüße an Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt.

(Beifall bei der AfD)

Es ist Zeit, dem Handwerk mehr Respekt zu zollen, am besten, indem wir es entlasten und wieder attraktiv machen. Dann wird es dem Handwerk auch leichter fallen, sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen. Erledigen wir erst einmal unsere Hausaufgaben in der Politik, entlasten wir das Handwerk, und bauen wir endlich Bürokratie und Steuern ab.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Sehr gut!
– Bravo!)

Kümmern wir uns um den Breitbandausbau Schritt für Schritt, und reden wir nicht großwahnsinnig von einem schwäbi-

(Anton Baron)

schen Silicon Valley, wenn jedes zweite Schwellenland dieses Planeten eine bessere Netzabdeckung hat als wir.

Zum Schluss noch ein paar Worte zu diesem Thema aus meinem Berufsleben als Produktmanager.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

– Vielleicht haben Sie nicht in der Wirtschaft gearbeitet, aber so ist es halt. – Die digitalen Angebote werden niemals das Handwerk und damit die Arbeit mit den Händen ersetzen. Ganz vorn dran bei digitalen Angeboten sind schon jetzt Firmen aus Hohenlohe wie Würth oder Berner.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Anton Baron AfD: Ja, gern.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Herr Baron, in Bezug auf Ihren reichen Erfahrungsschatz, wie lange waren Sie denn berufstätig?

Abg. Anton Baron AfD: Ja, gut: Ich war drei Jahre nach meinem Studium berufstätig; zuvor war ich nach meiner Ausbildung noch bei einer anderen Firma tätig. Ich denke, das reicht trotzdem aus.

(Zuruf von der AfD)

Das ist eindeutig mehr als bei vielen hier in diesem Plenarsaal.

(Beifall bei der AfD)

Egal, ob es um die Bemessung von Dübeln geht oder um eine Software für die Dokumentation des Brandschutzes und viele weitere Softwareprogramme: Die Zulieferer des Handwerks kennen den Markt sehr gut und brauchen für den digitalen Ausbau keine Ratschläge oder unsinnige Programme der Politik. Sparen Sie sich das Geld, und verbessern Sie hiermit lieber die Infrastruktur.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD spricht Herr Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Das Land Baden-Württemberg und das Handwerk sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne die über 130 000 Handwerksbetriebe würden in Baden-Württemberg kein Haus, keine Straße gebaut, niemand würde bei einem Wasserrohrbruch helfen, unsere Schuhe, unsere Kleidung wären verschlissen, die Haare nicht geschnitten, wir würden keine Brillen tragen, und die Zeit würde sprichwörtlich stillstehen, weil wir keine Uhren mehr repariert bekämen.

Rund 800 000 Menschen sind in Baden-Württemberg in Handwerksbetrieben beschäftigt. Mit ihrem Engagement und ihren Fachkenntnissen tragen sie nicht nur wesentlich zur Wirtschaftskraft in unserem Land bei, sondern sie bewahren auch Traditionen und Werte, die sonst der oftmals bemühten sogenannten Wegwerfgesellschaft zum Opfer fallen würden.

Doch auch im Handwerk nehmen wir einen Wandel wahr, der nicht zuletzt durch die Digitalisierung bedingt wird. Es werden sich Nutzeradaptation, Arbeitsabläufe in Herstellung und Vertrieb, aber auch Produkte selbst verändern. Viele tradierte Arbeits- und auch Verhaltensweisen, mitunter gar jahrzehntelang erprobt, und erfolgreiche Geschäftsmodelle sind einem exponentiell stattfindenden Wandel ausgesetzt. Die Kommunikation mit anderen Unternehmen, Arbeitgebern, Auftraggebern, Kunden verändert sich, wird schneller, in vielen Bereichen sogar auch globaler. Vergleichsportale und erhöhte Transparenz führen zu verstärktem Wettbewerb, auf den sich die Betriebe einstellen müssen.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist bei allem Wandel immer klar: Auch in Zukunft wird das Handwerk auf kluge Köpfe und fleißige Hände bauen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns bei aller Wertschätzung aber auch gemeinsam die Frage stellen, ob die Handwerksbetriebe auf die Anforderungen der Digitalisierung richtig vorbereitet sind. Nach einer Umfrage des Baden-Württembergischen Handwerkstags vom Frühjahr 2018 sieht knapp die Hälfte der befragten Unternehmen die Digitalisierung als Chance, rund 8 % sehen sie als erfolgskritisches Risikopotenzial. Aber 42 % standen der Digitalisierung mehr oder weniger neutral gegenüber. Das ist, wie ich finde, ein Ergebnis, auf das wir gemeinsam mit dem Handwerk bauen können. Aber wir müssen uns auch die Frage stellen, was getan werden kann, damit noch mehr Unternehmen die Digitalisierung als Chance begreifen, und wie wir das Handwerk bei der Digitalisierung zielgerichtet unterstützen können.

Zwei Felder sind aus Sicht der SPD zentral, damit das Handwerk den technologischen Wandel meistern kann: erstens – davon habe ich heute noch von keinem Redner etwas gehört – eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte und zweitens eine leistungsfähige Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD)

Wenn, wie zuletzt veröffentlicht wurde, der Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen deutlich höher ist als an anderen Schularten, dann läuft in diesem Land etwas falsch. Das Handwerk wird die Herausforderungen der Digitalisierung nur dann stemmen können, wenn es über gut ausgebildete Fachkräfte verfügt. Das Handwerk leistet schon heute einen großen Beitrag und bildet auf breiter Front aus. Da muss aber auch das Land im Gegenzug eine zielgerichtete berufliche Bildung an den Schulen sicherstellen. Dies gelingt leider in viel zu vielen Fällen nicht optimal. Hier muss bei den Rahmenbedingungen dringend mehr getan werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Meisterausbildung, ein immer wieder gern bemühtes Thema hier im Parlament, muss im Wettbewerb zum gebührenfreien Studium stärker gefördert werden. In den meisten Bundesländern gibt es eine finanzielle Unterstützung bei der Meisterausbildung, in Baden-Württemberg aber nicht. Die grün-schwarze Landesregierung legt hier dem Handwerk unnötigerweise Steine – um nicht zu sagen: Brocken – in den Weg.

(Dr. Boris Weirauch)

Da muss sich dringend etwas ändern; wir müssen die Meisterausbildung auch finanziell stärker fördern.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Abg. Daniel Born SPD: Sehr richtig!)

Ich sage es immer wieder, wenn ich als wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion hier stehe – Thema Weiterbildung –: Mit der Unterstützung der Weiterbildung tut sich diese Landesregierung schon seit zweieinhalb Jahren unglaublich schwer.

(Zuruf des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Ich habe von keinem Redner hier zu dem Punkt Weiterbildung in irgendeiner Form etwas gehört.

(Zuruf des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Die SPD hat nun schon mehrfach beantragt, einen Weiterbildungsfonds einzurichten, insbesondere um Weiterbildungsmöglichkeiten in kleinen und mittleren Unternehmen stärker zu fördern.

(Abg. Thomas Dörflinger CDU: Ihr habt die Gelder gekürzt!)

Das würde dem Handwerk guttun. Grün-Schwarz fördert zwar hier und da kleinere Projekte – da wird schon einmal ein bisschen rumgestöpselt, auch im Nachtragshaushalt; das haben wir gesehen –, aber es fehlt eine niedrighschwellige flächen- und branchenübergreifende Unterstützung von Weiterbildung. Die fehlt in diesem Land immer noch, und das sollten Sie endlich ändern.

Die Digitalisierung im Handwerk wird zudem nur dann eine Erfolgsgeschichte, wenn eine leistungsfähige und verlässliche Infrastruktur vorhanden ist. Kupferkabel und Funklöcher sind Standortnachteile und verhindern, dass Unternehmen digitale Innovationen nutzen.

Wir fordern die grün-schwarze Landesregierung erneut auf: Bringen Sie die digitale Infrastruktur in Baden-Württemberg auf einen zeitgemäßen, wettbewerbsfähigen Standard. Wir wissen auch, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Unternehmen in unserem Land müssen aber auf ein leistungsfähiges Glasfasernetz bzw. mindestens auf einen flächendeckenden 4G-Mobilfunkstandard bauen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, achten Sie bitte auf das Ende der Redezeit.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ja. – Erfolgreiche Handwerksbetriebe sind die Voraussetzung dafür, dass es den Menschen in Baden-Württemberg auch künftig gut geht. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns einig,

dass die Begleitung der digitalen Transformation eine essenzielle landespolitische Aufgabe ist. Das betrifft nicht nur die traditionelle Handwerkspolitik, sondern – Herr Kollege Weirauch hat es gesagt – dazu gehören auch Berufsschulen, die Ausbildung und die Schulpolitik. Gerade die mittelständischen Unternehmen im Handwerk dürfen bei der fortschreitenden Digitalisierung in Sachen Innovation, in Sachen Investition und in Sachen Wertschöpfung nicht abgehängt werden.

Insoweit sind wir, die FDP/DVP, der Meinung, dass das Land den Kapitalzugang zu den Digitalisierungsprojekten wie auch zu der Digitalisierungsprämie, Frau Ministerin, vereinfachen und die Förderung vor allem auch verstetigen muss. Ich will dies an sieben Punkten – wirklich ganz kurz – darstellen.

Die Finanzierung zum Einstieg in die Digitalisierung ist ein Punkt. Wir wollen, dass weiter investiert wird. Aber für Handwerksbetriebe ist es sehr schwer, hierfür Kredite zu bekommen. Oftmals werden diese Projekte aus internen Mitteln finanziert, aber das Interesse an diesen Digitalisierungsprojekten ist ungebrochen.

Lieber Martin, es sei mir gestattet zu sagen: Der Grad der Digitalisierung bemisst sich nicht, wie von dir dargestellt, an den 95 % Webseiten, sondern an den Investitionen, die über die Hälfte der Firmen durchführen, die das Ziel haben, die Effizienz zu steigern, die Verknüpfung der IT-Systeme zwischen den Geschäftsbereichen nach vorn zu bringen oder die Produktion innovativ aufzustellen. Deshalb sind die Innovationsgutscheine des Landes ein zentrales Instrument, das allerdings nicht erst seit der Regierungsbeteiligung der Grünen eine Erfolgsgeschichte ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Oftmals wird diese Effizienzsteigerung gerade auch benötigt, weil der Bürokratieabbau ein wichtiger Punkt ist. Nur, dazu gehört auf der einen Seite, dass wir von staatlicher Seite nicht noch mehr Bürokratie drauflegen, und zum anderen gehört dazu, dass auch die öffentliche Verwaltung so weit digitalisiert ist, dass sie mit ihren Kunden und den Handwerkern überhaupt kommunizieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt Förderprogramme, die überzeichnet sind. Es ist zu begrüßen, dass sie schnell abgerufen werden. Aus den Mitteln der Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ wurden im Jahr 2018 4 Millionen € zur Verfügung gestellt. Aber gerade die Digitalisierungsprämie des Landes war im Jahr 2017 nach nur wenigen Wochen vergriffen. Wir, die FDP/DVP, haben kritisiert, dass die Wiederauflage der Förderung wieder nur als Modellprojekt ausgestaltet wurde. In der Stellungnahme zu einem Antrag vom Januar letzten Jahres, Frau Ministerin, hat das Wirtschaftsministerium vorgebracht, diese Digitalisierungsprämie als reguläres Förderprogramm aufzusetzen sei der Weg, auf dem vorangegangen werden müsse.

Auch beim Thema Cybersicherheit stehen Handwerk und Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Knapp drei Viertel der Betriebe sagen, auch bei ihnen – bei Sanitär, Heizung oder auch in anderen Bereichen – sei das Risiko von Cyberangriffen hoch. Andererseits sinkt aber das Risikobewusstsein der eigenen Unternehmen auf ein Drittel. Hier ist es auch Auf-

(Dr. Erik Schweickert)

gabe des Landes, dafür zu sorgen, dass die mittelständischen Unternehmen bei der IT- und der Informationssicherheit gestärkt werden. Das Land muss sehen, dass man im Bereich der Digitalisierungsmaßnahmen noch mehr tun muss und dass die von der Landesregierung eingerichtete Cyberwehr als Kontakt- und Beratungszentrum nur ein kleiner Schritt ist. Das Land muss weitere Investitionen in die Digitalisierung voranbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch die Datenschutz-Grundverordnung hat uns gezeigt, dass wir gerade im Bereich von Handwerk und Digitalisierung endlich einmal wieder diesen KMU-Alarm brauchen, den man dann auslöst, wenn gerade kleine und mittlere Unternehmen vor Herausforderungen stehen, die staatlicherseits hinzukommen, die nur schwer umgesetzt werden können.

Wenn Sie denken, das komme nur von der FDP, dann fragen Sie doch einmal bei den Verbänden nach. Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat auch diese Forderung in seinen 25 Punkten zum Bürokratieabbau Ende letzten Jahres sehr deutlich ins Schaufenster gestellt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Nico Weinmann
FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich stimme dem Kollegen Weirauch zu: Der Fachkräftemangel ist ein primäres Problem. Heute stellen die Digital Natives hohe Anforderungen an die zukünftigen Unternehmen, aber natürlich auch an ihre Ausbildung. Es darf nicht sein, dass da in der Kreidezeit unterrichtet wird und der Kunde dann gegenüber dem Betrieb sagt: „Ich brauche Smarthome. Ich will meine Heizung, auch aus ökologischen Gründen vielleicht, von hier, vom Landtag aus, steuern.“ Dann sind das die Trigger, warum Heizungen verkauft werden, und nicht mehr irgendwelche Siegel oder sonst etwas.

Hier muss es Aufgabe sein, für eine gute Ausbildung zu sorgen, um den Fachkräftemangel endlich zurückzudrängen, und auch eine Arbeitsgesetzgebung zu haben, die es den Handwerkern ermöglicht, dann zu arbeiten, wenn Geschäft da ist, anstatt dann, wenn es der Staat vorschreibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang kann ich nur sagen: Es wäre auch sinnvoll, dass wir das Thema „KI, Künstliche Intelligenz“ endlich auch einmal unter dem Gesichtspunkt sehen, dass wir in Baden-Württemberg gerade mit den kleinen und mittleren Unternehmen einen wahnsinnigen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Konkurrenten über dem Teich haben, meine Damen und Herren. Die mittelständische Wirtschaft, das Handwerk können das leisten, was als Trumpfkarte gegen Player wie die USA oder China ausgespielt werden kann. Denn gerade die vielen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen in der Fläche bilden die Potenziale, um den Standortvorteil zu nutzen. Den nutzen Handwerk und Digitalisierung. Aber da muss vom Land Baden-Württemberg noch etwas mehr kommen, Frau Ministerin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung spricht Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag, der nach den Chancen und nach den Herausforderungen der Digitalisierung für das baden-württembergische Handwerk fragt, spricht ein Thema an, einen Komplex, der für Baden-Württemberg ganz entscheidend sein wird im Hinblick darauf, ob wir diesen technologischen Wandel in der baden-württembergischen Wirtschaft erfolgreich gestalten, und das eben auch breit über alle Branchen hinweg.

Die Dynamik ist enorm. Die Stellungnahme zum Antrag stammt aus dem Jahr 2017. In der Zwischenzeit hat sich natürlich schon einiges getan. Wir haben viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Handwerk in unserem Land auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen.

Für das Handwerk in Baden-Württemberg stehen 133 000 Handwerksbetriebe, dafür stehen 792 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter ca. 48 000 Auszubildende. Im Handwerk in Baden-Württemberg wird ein Umsatz von ca. 100 Milliarden € erwirtschaftet. Das ist eine Wirtschaftskraft, das ist eine der tragenden Säulen der Wirtschaft in Baden-Württemberg.

Um nachhaltig wettbewerbsfähig zu sein, müssen auch die kleinen und mittleren Unternehmen auch im Handwerk die Potenziale der digitalen Transformation optimal für sich ausnutzen. Wir sind in Baden-Württemberg im Handwerk, was die technische Ausstattung angeht, im Vergleich mit anderen Ländern schon auf einem recht hohen Niveau und verfügen deshalb natürlich auch über das Potenzial, in der digitalen Welt entsprechend erfolgreich zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele kleine und mittlere Unternehmen stehen vor der Herausforderung, im Rahmen der digitalen Transformation ihre Geschäftsmodelle zu digitalisieren. Wir sehen immer mehr datengetriebene Geschäftsmodelle, die Wertschöpfung und einen großen Einfluss auf bestimmte Märkte generieren.

Das Handwerk hat auch eine große Chance, durch die Digitalisierung seine Dienstleistungen zu personalisieren. Da haben wir wirklich gute Ausgangsvoraussetzungen. Das Handwerk in unserem Land ist auch auf dem besten Weg, diese umzusetzen.

Wir haben in Baden-Württemberg einen Monitoringbericht zur Entwicklung der Digitalisierung in der Wirtschaft in Auftrag gegeben. Anfang 2018 lagen die Ergebnisse vor. In diesem Monitoringbericht wurde deutlich, dass das Handwerk im Vergleich mit anderen Kernbranchen in unserem Land Baden-Württemberg unterdurchschnittlich digitalisiert ist.

Es gibt zahlreiche Studien, die branchenübergreifend feststellen, dass es in kleinen und mittleren Unternehmen in Bezug auf Innovation und Digitalisierung ein Gefälle gibt. Studien zeigen aber auch, dass das Handwerk in den kommenden Jahren einen deutlichen Digitalisierungsfortschritt erwartet. So planen etwa 20 % der Betriebe in Kürze den Einsatz von „Smart Service“-Anwendungen. Gleichzeitig nutzen bereits heute fast 40 % der Betriebe das Internet der Dinge und sind

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

damit diesbezüglich auf dem Niveau auch des verarbeitenden Gewerbes.

Um diese positiven Entwicklungen weiter fortzuschreiben, fördern wir die Digitalisierung im Handwerk mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Keine Frage – es wurde angesprochen –: Es ist eine Daueraufgabe, der sich die Landesregierung stellt, den Ausbau der Infrastruktur weiter voranzubringen. Wir fördern und unterstützen hier, wo wir können. Baden-Württemberg hat in seinem Förderkonzept schon immer erfolgreich auf den Glasfaserausbau gesetzt, denn das ist die Zukunft.

Auch im Bürokratieabbau liegt durch die Digitalisierung eine große Chance. Auch das sehen wir; wir haben auch den Bürokratieabbau im Blick. Baden-Württemberg hat einen Normenkontrollrat eingeführt, um gerade auch diese Themen – den Bürokratieaufbau zu verhindern und Bürokratieabbau voranzubringen – zu adressieren.

Ich habe als Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Initiative Wirtschaft 4.0 gestartet. Wir unterstützen hier branchenübergreifend den digitalen Wandel durch Fördermaßnahmen, die in der Fläche greifen, die – niederschwellig – auch ganz stark nachgefragt und angenommen werden, beispielsweise durch die Digitallotsen, die informieren, sensibilisieren und auch Brücken hin zu entsprechenden Beratungen bzw. hin zu Kooperationsmöglichkeiten bauen. Denn es ist ja auch ein ganz wichtiges Thema im Bereich der Digitalisierung, dass Unternehmen teilweise bestimmte Aufgaben nicht mehr allein bewältigen können, sondern dies eben gemeinsam tun.

Wir haben die Digitalisierungsprämie auf den Weg gebracht, und, Herr Schweickert, wir geben hier im Jahr 2019 den kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 100 Mitarbeitern in unserem Land 16 Millionen €. Das Programm wird stark nachgefragt, und hier wird jetzt viel an Investitionen in die Wege geleitet.

Viele Unternehmen, gerade im Handwerk, aber auch in der Industrie oder im Handel, sind im Moment in einer Orientierungsphase und fragen sich: Wie mache ich die Digitalisierung konkret, in welchen Geschäftsmodellen? Inwiefern werde ich neue Produkte anbieten? Inwiefern kann ich gerade auch im Handwerk die Dienstleistungen beispielsweise personalisieren und dadurch auch einen Wettbewerbsvorteil generieren?

Wir haben die regionalen Digital Hubs – zehn an der Zahl – in der Fläche, in ganz Baden-Württemberg, auf den Weg gebracht. Auch die Handwerkskammern Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Ulm beteiligen sich hier.

Wir haben insgesamt 14 Wissenstransferprojekte gestartet, darunter drei Projekte, die dem Handwerk zugutekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie heute auch zu unserer Jahresveranstaltung der Initiative Wirtschaft 4.0, dem Digitalgipfel 2019, einladen, der am 11. April 2019 in der Carl-Benz-Arena in Stuttgart stattfinden wird. Letztes Mal waren über 1 000 Menschen da – viele Multiplikatoren. Ich freue mich über jeden Abgeordneten und jede Abgeordnete, die dem Gipfel beiwohnen und entsprechend die Themen mitdiskutieren und in die Fläche tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Digitalisierung ist auch im Strategieprojekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ ein ganz zentrales Element. Wir haben hier drei Schwerpunkte herausgearbeitet: Personal, Strategie und Digitalisierung. Und die Digitalisierung fließt natürlich in viele andere Bereiche mit hinein.

Wir haben 20 Maßnahmen in drei Zukunftsfeldern umgesetzt. Wir haben 4,4 Millionen € für dieses Projekt, u. a. für die digitale Transformation des Handwerks, zur Verfügung gestellt und sind hier mit dem Handwerk sehr erfolgreich auf einem guten Weg.

Wir haben das ebenfalls für die Industrie gemacht, haben auch eine Lernwerkstatt 4.0 für das Handwerk an der Friedrich-Ebert-Schule in Esslingen ins Leben gerufen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal deutlich sagen – es ist ja auch angesprochen worden –: Die berufliche Ausbildung hat für uns einen ganz, ganz hohen Stellenwert, und wir, die aktuelle Landesregierung, haben jetzt viele Maßnahmen eingeleitet, um die berufliche Ausbildung zu stärken.

Kultusministerin Susanne Eisenmann und ich als Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau werben für die berufliche Ausbildung. Sie stellt für mich auch ganz klar ein Alleinstellungsmerkmal im internationalen Wettbewerb für baden-württembergische Firmen dar – zum einen natürlich für das Handwerk, aber auch weit darüber hinaus. Eine so hohe Qualifizierung, wie sie hier vorliegt, gibt es in dieser Breite in kaum einer anderen Region auf der Welt. Darauf können wir stolz sein. Darum werbe ich auch dafür – überall, wo ich reden darf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir fördern die Digitalisierungswerkstätten bei den Fach- und Innungsverbänden.

Herr Weirauch, Sie haben die Weiterbildung angesprochen. Unter der letzten Landesregierung wurden die Zuschüsse für überbetriebliche Bildungsstätten – das betrifft gerade die kleinen und mittleren Unternehmen und das Handwerk – gestrichen, zurückgefahren. Wir haben sie wieder auf das alte Niveau angehoben. Auch da werden wir unserer Verantwortung gerecht, wenn es um berufliche Ausbildung geht. Und wir unterstützen die digitale Transformation, in der eben auch die überbetrieblichen Bildungsstätten entsprechend modernisiert werden müssen; dies bringt einen entsprechenden finanziellen Aufwand mit sich. Den Abbaupfad, der eingeleitet wurde, haben wir gestoppt. Die Zuschüsse wurden wieder erhöht und sind wieder auf dem gleichen Niveau wie vor Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD:
2011! Das Jahr war spitze! – Zuruf des Abg. Daniel
Born SPD)

Modellprojekte für die Entwicklung und Erprobung innovativer digitaler Geschäftsmodelle werden ebenfalls unterstützt, um hier dem Handwerk Impulse zu geben. Beide Maßnahmenpakete, die Digitaloffensive „Handwerk 2025“ und die Initiative Wirtschaft 4.0, sind eng miteinander verzahnt und ergänzen sich auch.

Digitale Kompetenzen – Herr Weirauch, Sie haben das angesprochen – sind eine der zentralen Aufgaben, die wir identifi-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

ziert haben und die wir auch angehen. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Qualifizierung – nur so kann uns die digitale Transformation gelingen; denn die Menschen vor Ort müssen sie gestalten. Deswegen brauchen sie auch die Fähigkeiten, um die Digitalisierung im Handwerk, aber auch darüber hinaus voranzubringen, konkret zu machen und einen Nutzen für die Betriebe zu ziehen – vor allem für die Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir haben innovative Modellprojekte zur Digitalisierung der überbetrieblichen Ausbildung an den Bildungszentren des Handwerks auf den Weg gebracht. Daneben steht auch die Digitalisierung der beruflichen Weiterbildung im Fokus. Hierfür gibt es das Projekt „Digitalisierung der Meisterausbildung im Handwerk“ bei der Handwerkskammer Konstanz und der Handwerkskammer Region Stuttgart.

Herr Weirauch, Sie hatten auch geäußert, dass die Meisterausbildung vom Land nicht gefördert würde. Das stimmt nicht. Wir fördern die Aufstiegsfortbildung im Durchschnitt mit 64 % der Kosten. Wir beteiligen uns hier und entlasten damit auch die Menschen, die sich dazu entscheiden, eine Meisterausbildung zu absolvieren.

(Abg. Daniel Born SPD: Aber einen Meisterbonus machen Sie nicht! Das machen andere Bundesländer!)

Ein Projekt zur Entwicklung und Erprobung von Qualifikationskonzepten zur Digitalisierung im Energiehandwerk läuft bei der Handwerkskammer Ulm. Auch hier sind wir engagiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, das Handwerk wird sich auf dem Boden des starken wirtschaftlichen Umfelds und der starken Bautätigkeit in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren positiv entwickeln. Während es für das Handwerk weiterhin viel zu tun gibt, müssen wir schon jetzt die Weichen gemeinsam richtig stellen, damit die Digitalisierungsprozesse für das Handwerk erfolgreich gestaltet werden.

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Natürlich geht es hier auch um Effizienzsteigerung, natürlich geht es hier auch um Bürokratieabbau. Aber vor allem geht es auch darum, zukünftige Geschäftsmodelle umzusetzen. Gerade in der Bauwirtschaft wird es immer digitaler. Hier gibt es die Plattform BIM, Building Information Modeling, wo Gewerke digital eingesteuert werden müssen. Da helfen wir mit der Digitalisierungsprämie auch bei der Umsetzung.

Wir stimmen unser Förderangebot auf die aktuellen Entwicklungen ab. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns mit unseren Maßnahmen auf einem guten Weg befinden. Das Handwerk hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir schätzen die hohe Qualität des Handwerks in unserem Land und freuen uns, dies auch in den nächsten Jahren erfolgreich weiter zu begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat Herr Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Unruhe)

– Ich weiß nicht, ob es schwierig wäre, den Herrenstammtisch da hinten ein bisschen aufzulösen oder herunterzufahren, wenigstens akustisch. – Danke schön.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, keine Vorurteile! – Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich bitte darum, den Männerstammtisch aufzulösen. Jetzt wird es spannend; jetzt wird es interessant.

(Heiterkeit)

Grüne und Innovation im Handwerk, das klingt im ersten Moment wie eine *Contradictio in Adjecto*, ein Widerspruch in sich. Doch muss man neidfrei sagen, dass keine andere Partei in Deutschland so sehr Innovationen fördert wie die Grünen. Es tut mir leid, liebe FDP, das so offen sagen zu müssen, aber die Grünen sind einer der wichtigsten Kreativitätsmotoren in diesem Land.

(Heiterkeit – Abg. Martin Grath GRÜNE: Danke, das kann so stehen bleiben! – Unruhe)

Warum das so ist, lässt sich leicht klären. Am 16. Januar 1920 trat in den USA die Prohibition ein. Dieses Verbot förderte eine erstaunliche Kreativität der Alkoholindustrie. Nicht anders ist das heute in vielen Branchen. Die grüne Verbotspolitik zwingt Unternehmer dazu, besonders erfinderisch zu werden; denn ansonsten droht die Insolvenz – ob Automobilindustrie, Energiewirtschaft, Landwirtschaft oder Chemiebranche. Viele Branchenzweige werden durch die ideologische Politik komplett umgekrempelt. Große Konzerne können oft noch mithalten, kleine Betriebe dagegen haben oft das Nachsehen. Die DS-GVO ist nur eines von vielen Beispielen.

Wir reden hier über Digitalisierung, dabei sind noch nicht einmal unsere Ministerien in der Lage, diese richtig umzusetzen. Auf meine Kleine Anfrage bezüglich der papierlosen Verwaltung wurde mir mitgeteilt, dass 2017 fast neun Millionen Blatt DIN-A4-Papier allein von den Ministerien bestellt wurden – Sonderformate einmal ausgenommen. Hinzu kommen noch weitere Papierlieferungen. Die jährliche Bestellung der Ministerien reicht, um in der Legislaturperiode einmal den ganzen Äquator mit Papier zu pflastern. Das ist weder nachhaltig noch ökologisch, erst recht nicht effizient und schon gar nicht digital.

Dennoch bin ich froh, dass es viele gute Ansätze und Unterstützungen vonseiten der Regierung gibt. Es bleibt nur zu hoffen, dass die grüne Reglementierungswut nicht alles zunichtemacht, was man hier zu fördern versucht.

Viele fürchten sich vor der Digitalisierung. Es ist die Aufgabe der Politik, diese Furcht zu nehmen und zu zeigen, dass es mehr Chancen als Risiken gibt.

Es gilt, gerade die kleinen Handwerksbetriebe hier abzuholen und für sich zu gewinnen, denn diese haben oft Angst, die ohnehin schon knappen Kapazitäten in wichtige Weiterbildungen zu investieren. Ich bin mir sicher, dass hier die Kammern gemeinsam mit den verantwortlichen – zum Glück CDU-geführten – Ministerien ein gutes Angebot machen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keiner klatscht! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Also, jetzt mal ohne Humor: Das ist wirklich total störend. Man hört Sie hier vorn nämlich ziemlich gut. Also bitte etwas mehr Ruhe.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur abschließenden Behandlung des Antrags Drucksache 16/1826. Er ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ethikunterricht an baden-württembergischen Schulen für alle Klassenstufen ausbauen – Drucksache 16/1908

Wir haben auch hier Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Als Erster spricht Herr Abg. Born für die SPD-Fraktion.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein Land, in dem jede und jeder dazugehören kann – egal, wie alt man ist, egal, woher man kommt, egal, was man glaubt, und egal, ob man etwas glaubt. Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Viele Schülerinnen und Schüler besuchen bei uns den konfessionellen Religionsunterricht, aber der Besuch des Ethikunterrichts steigt tendenziell. Jede vierte Schülerin, jeder vierte Schüler besucht in Baden-Württemberg den Ethikunterricht.

Ethikunterricht als Angebot gibt es allerdings erst ab Klasse 8 bzw. im Gymnasium ab Klasse 7 – und dann noch nicht mal überall. 25 % der Schülerschaft haben also in den ersten sechs bis sieben Jahren ihrer Schullaufbahn kein passendes Angebot.

Alle Kinder müssen in Deutschland zur Schule. Das ist eine Riesenchance, die wir nutzen können. Denn in der Schule kann ausprobiert und ausgehandelt werden, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen und leben wollen. Werteerziehung, wie sie der Ethikunterricht anbietet, ist damit Teil des Fundaments unserer Demokratie.

Diese Chance zur Werteerziehung, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie wurde schon zu lange versäumt. Zu lange hatte der Ethikunterricht ein Schattendasein. Das ist der Blick zurück. Aber wir sind heute aufgerufen, die Entscheidungen ab jetzt zu treffen. Das ist der Grund unseres SPD-Antrags an den Landtag.

Da ist festzustellen: Wer den Ethikunterricht weiter im Schatten stehen lässt, der hat das großartige, vielfältige Baden-Württemberg nicht wirklich verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Bewertung waren und sind sich im Grundsatz alle demokratischen Fraktionen in diesem Haus einig: die Oppo-

sitionsfraktionen der FDP/DVP und der SPD, die Regierungsfraktionen der CDU und der Grünen eingeschlossen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wo sind die Demokraten?)

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag steht entsprechend die Ankündigung eines stufenweisen Ausbaus des Ethikunterrichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! So ist es! Das machen wir auch!)

In den Nebenabreden wurde man auch konkret. Im Schuljahr 2017/2018 sollte es losgehen. Das stand in den Nebenabreden drin. Dem war dann aber nicht so, Frau Ministerin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das von den Nebenabreden dürften Sie doch gar nicht wissen!)

Zwei Jahre Verspätung stehen zu Buche, weil Grün-Schwarz im Haushalt 2017 lieber bei der Bildung sparen wollte: 1 000 Lehrerstellen gestrichen, Ethikunterricht verschoben, Informatikunterricht verschoben. Sie kommen zu langsam zur Besinnung, wenn Sie den Start des Ethikunterrichts jetzt erst auf das nächste Schuljahr legen und bei den Grundschulen, wo es besonders wertvoll wäre, vielleicht sogar erst im Schuljahr 2022/2023 anfangen wollen, also noch einen kompletten Grundschulbildungsgang ohne Ethikunterrichtsversorgung durchlaufen lassen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Um Gottes willen!)

Das ist überhaupt kein gutes Zeichen für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das überleben wir nie!)

An den Grundschulen wird jede vierte Schülerin, jeder vierte Schüler während des Religionsunterrichts entweder in einer anderen Klasse geparkt oder in Randstunden heimgeschickt. Das sind zwei Stunden in jeder Woche, die nicht sinnvoll genutzt werden. Über die Schulzeit hinweg ist das laut GEW ein halbes Jahr. Zusätzliche Ressourcen, um diese Zeit sinnvoll zu füllen, erhalten die Grundschulen von Ihnen nämlich auch nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es nehmen viele freiwillig am Religionsunterricht teil!)

– Sie können hier die freiwillige Arbeit loben, aber Sie stellen keinerlei Ressourcen dafür zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Kinder nehmen freiwillig am Religionsunterricht teil!)

Sie loben immer am liebsten das, wofür Sie kein Geld ausgeben. Merken Sie das eigentlich?

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Es ist ja nichts mehr da! – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist nicht das Schlechteste, Herr Kollege!)

Mit Blick auf sprudelnde Steuereinnahmen und volle Kassen sind Ihre Verweise auf den Haushalt nicht vermittelbar. Angesichts der integrationspolitischen Herausforderungen, die

(Daniel Born)

unser Land bewältigen kann und bewältigen wird, ist diese Politik vor allem verantwortungslos.

Sie predigen, wie wichtig Werteerziehung ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Findet in jeder Unterrichtsstunde statt!)

In der Presse wimmelt es von entsprechenden Zitaten des Ministerpräsidenten und auch der Kultusministerin. Aber es ist doch frustrierend: Wenn es beim Ethikunterricht konkret wird, zucken Sie zurück. Insbesondere für die Grundschulen tun Sie einmal mehr viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Um es ganz konkret zu machen: Sie hätten bei der absolut notwendigen Ausweitung der Studienplätze für das Grundschullehramt den Ethikunterricht gleich mitdenken müssen und können. Das haben Sie aber nicht. Der Ethikunterricht war bereits ein Gegenstand unserer Anträge zum Haushalt 2017. Denn woher sollen die Lehrkräfte 2022/2023 plötzlich kommen, wenn Sie das jetzt nicht entsprechend bei den Studienplätzen einplanen und vorsehen? Wenn wir an 2022/2023 denken: Wir wissen seit dem Wochenende, dass es einen Ethiklehrer gibt – Herrn Kretschmann –, der über diesen Zeitpunkt hinaus noch Ministerpräsident sein will. Aber er allein könnte die Lücke auch nicht füllen. Es wäre notwendig, dass Sie rechtzeitig Studienplätze für den Grundschulbereich schaffen, damit wir den Ethikunterricht auch sicherstellen können.

Frau Ministerin, Sie fragen sich, an welchen Stellen Sie am besten sparen können, wenn Sie nicht gerade bei „ella“ 28 Millionen € verpulvern. Wir fragen uns, wie wir es uns noch leisten können, die Veränderungen in unserer Gesellschaft nicht in dem, wie wir die Schulen ausstatten, entsprechend zu verankern. Wir fragen uns, welchen Preis am Schluss die Schulen zahlen, wenn Sie sich auf Ihren vollen Taschen ausruhen und nicht die entsprechenden Angebote machen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Vollen Taschen“!)

damit wir Ethikunterricht schaffen können. Wir fragen uns, wie wir Integration als zentrale bildungspolitische Aufgabe in Baden-Württemberg gewinnend gestalten können, wenn wir weiterhin Ihre Politik hier anhören müssen.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft an baden-württembergischen Schulen hat sich gewandelt und befindet sich weiter in einem Transformationsprozess. Auf diese Entwicklungen müssen wir nicht reagieren, auf diese Entwicklungen dürfen wir reagieren. Es ist eine Ehre – es ist eine Ehre! –, kluge Politik für ein vielfältiges Land machen zu dürfen. Aber dazu gehört es, dann auch die entsprechenden Punkte umzusetzen. Deshalb gibt es unseren Antrag, der fordert, den Ethikunterricht in Baden-Württemberg und für Baden-Württemberg sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem größten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, und dies nicht erst seit der verstärkten Zuwanderung in den letzten Jahren. Unser Bildungssystem trägt diesem Umstand aber nicht ausreichend Rechnung. Unsere Gesellschaft hat sich verändert, religiöse Bindungen in Familien haben sich verändert. Unser

Bildungssystem trägt diesem Umstand aber nicht ausreichend Rechnung.

Ethikunterricht ist nicht die Zusatzausstattung, das Extra, das Upgrade, wie Sie ihn mit Ihrer Politik behandeln. Ethikunterricht ist vielmehr essenzieller Bestandteil einer guten Schule für Baden-Württemberg, Ethikunterricht ist essenzieller Bestandteil des vielfältigen Landes Baden-Württemberg. Wir von der SPD sind mit diesem Antrag in den Landtag gegangen, weil wir für die gute Schule in Baden-Württemberg kämpfen, weil wir für die Vielfalt in Baden-Württemberg eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Fraktion GRÜNE hat Frau Abg. Bogner-Unden das Wort. – Bitte.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Born, Ethik ist auch uns Grünen sehr, sehr wichtig. Ich möchte das kurz erklären. Albert Schweitzer sagte einmal – ich zitiere ihn –:

Wo das Bewusstsein schwindet, dass jeder Mensch uns als Mensch etwas angeht, kommen Kultur und Ethik ins Wanken.

Wenn wir uns die Entwicklung in unserer Gesellschaft anschauen – das Schüren von Hass gegen Geflüchtete, gegen andere Religionen, gegen Menschen mit einer anderen Hautfarbe und gegen andere Nationalitäten hier und auf der ganzen Welt –, dann wissen wir: Wir müssen Ethik stärken. Das ist für uns Grüne unbestritten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Daniel Born SPD)

Wir brauchen Ethik mehr denn je auch in der Schule; denn wir verzeichnen eine zunehmende Heterogenität der Schülerschaft mit vielfältigen religiösen Hintergründen, und die Zahl der Kirchenaustritte steigt.

Auch der rasante Wandel in unserer Zeit, die starken Individualisierungsprozesse, die neue Informationsvielfalt sowie der permanente technologische Fortschritt erfordern eine solide Basis an Werten und Grundorientierungen für die Kinder in unserem Land. Wenn sie dieses Rüstzeug nicht im Religionsunterricht erwerben können, brauchen wir zur Vermittlung das Fach Ethik. In diesem Fach wird Orientierungswissen erarbeitet, das den Schülerinnen und Schülern die Auseinandersetzung mit der Vielfalt in einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Dabei spielen reflektierte Vorstellungen von Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Wissen um die eigene Verantwortung eine grundlegende Rolle.

Diese Inhalte sollen sowohl die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler stützen als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

(Beifall bei den Grünen)

Die Kinder in unserem Land benötigen also nicht nur eine fundierte Allgemeinbildung, sondern eine ebenso starke, wertorientierte Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung eines verlässlichen Wertegerüsts. Dafür stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Andrea Bogner-Unden)

Deshalb wollen wir Grünen einen Ethikunterricht, der nicht nur das Problem der Aufsichtspflicht gegenüber denjenigen Jugendlichen abdeckt, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sondern der auch eine gleichrangige Alternative zum Religionsunterricht sein kann. Aus diesem Grund wollen wir Ethik in allen Klassen einführen und haben diese Forderung auch im Koalitionsvertrag mit der CDU verankert.

(Abg. Daniel Born SPD: Also stimmen Sie unserem Antrag zu? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben unseren Fahrplan!)

Aber wir haben uns darauf verständigt – jetzt kommt das Aber, genau –, den Ethikunterricht an unseren Schulen schrittweise einzuführen und auszubauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ethik wird gegenwärtig, wie Sie schon sagten, an allen allgemeinbildenden Gymnasien ab Klasse 7, an den übrigen weiterführenden Schularten ab Klasse 8 unterrichtet, und die Ausweitung des Ethikunterrichts soll in einem ersten Ausbauschritt mit dem Schuljahr 2019/2020 in Klasse 7 der Sekundarstufe I beginnen. Im folgenden Schuljahr soll dann die Einführung in Klasse 6 und im Schuljahr 2021/2022 in Klasse 5 erfolgen. Für diesen stufenweisen Ausbau haben wir im Landeshaushalt 2018/2019 zusätzlich 71 Deputate zur Verfügung gestellt.

Auch mir geht die Entwicklung im Schulbereich manchmal nicht schnell genug. Aber mittlerweile weiß ich, dass eine gut gemachte und gut durchdachte Weiterentwicklung auch Zeit braucht. Denn Bildungsstandards für das Fach Ethik müssen für alle Klassen erst erarbeitet werden. Damit wurde das Landesinstitut für Schulentwicklung im August 2016 betraut. Auch Lehrkräfte müssen ausgebildet und fortgebildet werden, denn es nützt nichts, Ethikunterricht einzuführen, wenn wir dafür keine Lehrkräfte haben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie wissen ja: Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb können wir uns Ihrem Antrag nicht anschließen.

Aber die Vermittlung von Werten sollte nicht nur auf den Ethikunterricht begrenzt sein. Im Zusammenleben einer Schulgemeinschaft müssen diese Werte gelebt werden: Verlässlichkeit, Wertschätzung, Toleranz, Humanität und Nächstenliebe, Disziplin und Selbstkontrolle sowie Empathie und Verantwortungsgefühl für sich selbst und für die Gemeinschaft.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich danke daher allen Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen, dass sie sich engagiert für eine wertorientierte Erziehung einsetzen, den Sinn für den Sinn wachhalten und an unserem Wertefundament weiterbauen. Ich denke, auch einigen Abgeordneten hier könnte Nachhilfeunterricht in Ethik nicht schaden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel Born SPD: Da haben Sie recht! Da ha-

ben Sie sehr, sehr recht! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wissen Grüne überhaupt, was Ethik ist?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU hat Frau Abg. Felder das Wort.

Abg. Sylvia Felder CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Sachlage ist: Immer weniger Schülerinnen und Schüler besuchen den Religionsunterricht. Kirchenaustritte, der Rückgang des christlichen Bekenntnisses, der mit Personalmangel begründete Rückzug der Kirchen aus vielen Bereichen – ich füge hinzu: der uns schmerzt – führen dazu, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht unserer christlichen Konfessionen teilnehmen. Die Zahl der Konfessionslosen steigt. Lassen wir nicht zu, dass daraus Orientierungslosigkeit oder ein Verlust von Werten wird!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Da bröckelt etwas in unserer Gesellschaft, da bröckelt etwas in unserer Bildungslandschaft.

Unsere Seismografen schlagen an. Dem müssen wir entgegenhalten. Das tun wir, indem wir sagen: Es darf keine weißen Flächen geben, wenn es darum geht, den Schülerinnen und Schülern in unserem Land durch Religionsunterricht und Ethikunterricht Orientierung zu geben.

Man kann – bedauerlich genug – aus der Kirche austreten, aber nicht aus den Werten, die unser Zusammenleben braucht.

(Beifall bei der CDU)

Man kann seine Konfession aufkündigen, aber nicht den Grundlagenvertrag unserer Gesellschaft. Deswegen muss die Schule diejenigen einfangen, die sich mit der Abmeldung aus der Kirche aus dem Religionsunterricht ausladen. Dafür sieht das Schulgesetz das Fach Ethik vor, und zwar verpflichtend. Diese Verpflichtung steht sozusagen auf der Rückseite des Kündigungsschreibens an die Kirchen.

(Abg. Daniel Born SPD: Aber „einfangen“ ist ein schwieriger Begriff, oder?)

Wir sagen Ethik, und wir meinen die Vermittlung des Menschenbilds, das Freiheit atmet und Mitmenschlichkeit, das Respekt vor dem anderen vermittelt und sich mit den Grundfragen unseres Zusammenlebens befasst.

Ich füge hinzu: Religion und Ethik werden mehr und mehr wichtig werden, weil wir jeden Tag mit ansehen müssen, wie das Recht des Stärkeren greift, wie Raubbau an der Kultur der Mitmenschlichkeit betrieben wird.

Die christlichen Konfessionen können dies mangels Mitgliedschaft nicht mehr im notwendigen Maß leisten, also muss der Staat diese Lücke füllen; eine Lücke darf hier gar nicht erst entstehen.

Wir erfüllen damit nichts weniger als den Auftrag unserer Landesverfassung. In Artikel 1 Satz 1 steht:

Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten.

(Sylvia Felder)

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Emil Sänze AfD: Hört, hört!)

Es geht also um den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Im Durcheinander unserer Zeit brauchen wir einen Kompass. Nichts weniger als das ist die Aufgabe des Ethikunterrichts. Dafür werden wir Schritt für Schritt die notwendigen Maßnahmen umsetzen.

Ethikunterricht ab Klasse 7 des Gymnasiums und ab Klasse 8 an den anderen Schulen ist bereits Standard. Ab dem kommenden Schuljahr werden wir den Ethikunterricht weiter ausbauen, und zwar in den Klassen 7, 6 und 5. Das ist Beschlusslage. Pro Klassenstufe brauchen wir dafür 1 650 entsprechend fortgebildete Lehrkräfte. Zusätzlich sind pro Schuljahr 21 bzw. 114 Lehrerdeputate zu erwarten. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind bereits 71 Deputate eingeplant. Für die Gesamtmaßnahme benötigen wir 299 zusätzliche Deputate – in Zeiten von Lehrerknappheit ein Kraftakt, dem wir uns stellen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass hier in der letzten Legislaturperiode vorausschauender gehandelt worden wäre.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Drittens schreiben wir den Fachplan Ethik an der Grundschule bis zum Ende des Schuljahrs 2020/2021 fertig, um die angemessenen Inhalte zu haben, weil wir vorausschauend handeln.

Darüber hinaus haben wir auch ein Konzept entwickelt, wie wir den Unterricht in islamischer Religion integrieren. Denn auch auf die Lebenswirklichkeit der islamischen Konfessionen muss an unseren Schulen unter unserer Aufsicht eine Antwort gegeben werden.

Schritt für Schritt setzen wir um, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Euro für Euro bilden wir diese Kosten im Bildungsetat ab. Ja, es sind zusätzliche Lehrerstunden, und ja, es sind zusätzliche Kosten. Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, hätten dies während Ihrer fünfjährigen Regierungsbeteiligung ruhig beginnen können. Denn die Kosten der Erosion der Konfessionen entstanden schon früher.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eure Haushaltslücken! – Abg. Daniel Born SPD: Wir hatten nicht so volle Kassen wie Sie!)

Lassen Sie mich aus einer Stellungnahme des Kultusministeriums aus dem Jahr 2012 zitieren:

Die bildungspolitische Schwerpunktsetzung hat jedoch zur Folge, dass andere, ebenso wünschenswerte Reformprojekte erst zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden können. Hierzu zählt auch der schrittweise Ausbau des Ethikunterrichts.

(Abg. Daniel Born SPD: Ja, wir haben klamme Kassen von Ihnen übernommen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Redezeit.

Abg. Sylvia Felder CDU: Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, unterstützen die vom Kultusministerium eingeleiteten Maßnahmen. Den Antrag der SPD lehnen wir aber ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Daniel Born SPD: Das ist sehr, sehr schade!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Räßle.

(Abg. Stefan Räßle AfD zeigt auf das am Redepult bereitgestellte Wasserglas.)

Abg. Stefan Räßle AfD: Ist das Wasser frisch?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Wohl! – Vereinzelt Heiterkeit – Der Redner trinkt aus dem am Redepult bereitgestellten Wasserglas.)

Es ist frisch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Kollege, da ist nur Wasser drin!)

Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordnete! Frau Kollegin Bogner-Unden, Sie haben erwähnt, wir hätten Nachhilfe in Ethik nötig.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Sie fühlen sich angesprochen, Herr Räßle?)

– Ich nehme an, dass Sie uns gemeint haben.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Warum fühlen Sie sich angesprochen?)

– Das ist eine gute Frage, warum ich mich angesprochen fühle. Wir brauchen keine Nachhilfe in Ethik. Sie brauchen Nachhilfe in Politik, und die gebe ich Ihnen jetzt gleich.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zurufe – Unruhe)

– Frau Präsidentin, es ist sehr laut hier.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sehen Sie einmal, wie es ist, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Felder hat erwähnt, man könne heute bedauerlicherweise aus der Kirche austreten. Sie können gern Ihre Redeaufzeichnung nachvollziehen. Sie haben genau das gesagt: Es sei bedauerlich, dass man aus der Kirche austreten könne. Ich weiß nicht, ob Sie die Bekenntnisfreiheit unseres Grundgesetzes wertschätzen. Wenn ich so etwas gesagt hätte, wäre im SWR von morgens bis abends wohl nichts anderes zu hören.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl: Sie sind bei Weitem nicht so wichtig!)

Es geht hier um Ethik, und Ethik ist in § 100 a Absatz 1 des Schulgesetzes als Ersatzfach für Religionslose definiert. Nach Absatz 2 orientiert sich der Inhalt des Ethikunterrichts an Wertvorstellungen, die in der Verfassung und in § 1 des Schulgesetzes niedergelegt sind. Und da gebe ich Ihnen jetzt gern einmal Nachhilfe, Frau Kollegin Bogner-Unden.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Ja, gern!)

In § 1 steht z. B., ein Wert, der in Ethik vermittelt werden sollte, ist die „Verantwortung vor Gott“. Wenn ich mir Ihre Frak-

(Stefan Räßle)

tion ansehe, die meist aus Atheisten besteht, frage ich mich, wo hier die Verantwortung vor Gott gewährleistet ist.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist eine Unterstellung, die nehmen Sie zurück! – Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Ich übernehme meine Verantwortung vor Gott! Sie können nicht irgendwelche falschen Dinge in die Öffentlichkeit bringen!)

Weiter ist in § 1 von „christlicher Nächstenliebe“ die Rede. Wenn ich in die Gesichter Ihrer Grünen Jugend schaue, wie sie uns auf unseren Parteitag mit miesen Fratzen begegnet – auch die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, die brennende Autoreifen auf Polizisten wirft –, ...

(Abg. Daniel Born SPD: Das sind gute Leute! Richtig gute Leute! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Räßle, reden Sie jetzt doch einfach zum Thema.

Abg. Stefan Räßle AfD: ... dann frage ich mich, wo hier die christliche Nächstenliebe ist. Sie als Politiker haben diese Wertevorstellungen auch vorzuleben.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Wir tun es!)

Es kann nicht sein, dass Sie Ethik im Unterricht fordern, aber selbst jeglichen Anstand an Ethik vermissen lassen.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Also ich nicht! Mich musste man noch nicht aus dem Parlament bringen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit Polizei! – Abg. Daniel Born SPD: Wollen Sie eigentlich noch über Bildung reden?)

Sie haben ein Problem mit unserer Verfassung, nehme ich hier an. Denn in § 1 des Schulgesetzes

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das ist keine Verfassungsbestimmung!)

steht auch noch, dass „Menschlichkeit und Friedensliebe“ als Werte in Ethik vermittelt werden sollten. Ich weiß nicht, wie ein Angriffskrieg gegen Afghanistan, von der Bundesregierung aus geführt, oder auch die Bombenangriffe gegen Syrien, die mit deutschen Aufklärern geschützt werden, zur Friedensliebe beitragen sollen und wie den Kindern in unserem Land vermittelt werden soll, dass sie von einer solchen Regierung regiert werden. Das ist jetzt die Frage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie überhaupt gedient? – Abg. Daniel Born SPD: Wollen Sie eigentlich noch über Bildung reden?)

Weiter ist ein Wert, der in Ethik vermittelt werden soll, die „Liebe zu Volk und Heimat“. Liebe zu Volk und Heimat! Wenn ich diese Worte jetzt gesagt hätte – ich zitiere hier ja das Gesetz –, würde ich hier gleich als Nazi stigmatisiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Heutzutage noch die Worte Volk und Heimat auszusprechen, dafür braucht man wirklich einen guten Anwalt. Diese Werte

sollten im Ethikunterricht vermittelt werden – u. a. diese Werte. Wo sehe ich hier in diesem Parlament diese Werte vorgelebt?

(Abg. Daniel Born SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Nirgends. Sie sind deutschlandfeindlich!

(Abg. Daniel Born SPD: Was?)

Sie möchten unser Volk abschaffen. Darum geht es.

(Abg. Daniel Born SPD: Unverschämtheit! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir wollen Sie in Ihre Grenzen weisen!)

Ihre gesamte Migrationspolitik ist auf dieses Thema, die Vermischung der Völker, ausgelegt. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Schule ist gehalten – ein Wert, der auch noch vermittelt werden sollte –, die Schüler „auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt“ adäquat vorzubereiten. Ich gehe jetzt gar nicht davon aus, dass dies vermittelt wird. Wenn man im Schulunterricht nicht einmal vermittelt bekommt, wie man eine Steuererklärung auszufüllen hat oder wie man investiert, damit man im Alter nicht Flaschen aus Mülltonnen sammeln muss, dann sage ich: Dieses Schulsystem hat einen Reformbedarf, der über den Ethikunterricht hinausgeht.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt bringen Sie aber viel durcheinander!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie haben noch zehn Sekunden, Herr Abg. Räßle.

(Heiterkeit – Abg. Daniel Born SPD: Dürfen wir rückwärts zählen?)

Abg. Stefan Räßle AfD: Mein letzter Satz: Grundsätzlich sagen wir auch: Ja, der Ethikunterricht soll weiter ausgebaut werden. Nur, bei diesem linksgrünen Zeitgeist haben wir Sorge, ob in unserem Schulgesetz die Wertevermittlung nach den Vorgaben unserer Verfassung eingehalten wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Redezeit ist beendet! – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Und darum: Wo bei einer zukünftigen Regierung der AfD – – Wir werden bald regieren,

(Lachen)

und dann werden wir die Werte des Grundgesetzes wie Vaterlandsliebe, Fleiß und Ehrlichkeit im Ethikunterricht lehren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rechtsradikales Geschwätz!)

Dann werden wir diesem Antrag zustimmen. Aber jetzt, in diesem Fall, wo es linksgrünen Ideologen in ihrem Ideologensstaat vorbehalten ist, den Ethikunterricht zu gestalten,

(Stefan Räßple)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich denke, zehn Sekunden, Frau Präsidentin!)

wo es darum geht, „open society“ – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Räßple, kommen Sie jetzt bitte zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit weit überzogen.

Abg. Stefan Räßple AfD: Letzter Halbsatz: Genderblödsinn und übertriebenes Toleranzgeschwafel – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mikrofon abstellen! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein, jetzt ist es gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er kann ja nicht mal able-sen! Peinlich! – Weitere Zurufe)

Abg. Stefan Räßple AfD: Wir lehnen aufgrund dieser Selbst-aufgabe von Ihnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! Das muss Ihnen doch peinlich sein, Herr Gögel!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann darf ich Herrn Kollegen Keck für die Fraktion der FDP/DVP aufrufen.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es mir doch nicht verkneifen: In der Schule hätte man gesagt: „Setzen, Sechs! Thema verfehlt.“

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der SPD: Ja! – Zurufe von der AfD)

Und das, denke ich jetzt, Herr Räßple, war wahrscheinlich noch die gelindeste Ausdrucksweise, die ich da an den Tag gelegt habe.

(Abg. Stefan Räßple AfD: § 100 a Schulgesetz!)

Es ist schade, dass der Ministerpräsident nicht mehr da ist. Ich hätte ihm gern mitgeteilt, dass wir von der FDP/DVP-Fraktion sein Ausscheiden aus dem Schuldienst als echten Verlust für den Ethikunterricht in Baden-Württemberg ansehen.

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein vergiftetes Lob!)

– Kommt noch besser. – Sicherlich ging ihm in seinem Unterricht der Diskussionsstoff über Gerechtigkeitsfragen nicht so schnell aus. Aber vor allem hätte er als Ministerpräsident den Ausbau des Ethikunterrichts nicht über sieben Jahre verschleppen dürfen. Seit dem Jahr 2011 regiert Ministerpräsident Winfried Kretschmann nämlich, aber erst im Mai 2018 verkündete er, dass Ethik künftig ab Klasse 5 angeboten werden soll.

Bislang konnte es passieren, dass ein Schüler von Klasse 1 bis Klasse 7 bzw. Klasse 8 von Religion abgemeldet war und in dieser Zeit dann zusammengenommen bis zu 14 Jahreswochenstunden oder ein halbes Jahr Unterrichtszeit verpasst hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat er überlebt!)

– Kann schon sein, ja. – Nun könnte man ja sagen: „Besser spät als nie.“ Man darf jetzt aber nicht vergessen, wie viel wertvolle Zeit inzwischen verloren ging. Bedenken muss man hierbei, dass die Lehrer erst entsprechend aus- oder fortgebildet sein müssen. Hätten sich der Ministerpräsident, seine grüne Fraktion und die jeweiligen Koalitionspartner zügig an den Ausbau des Ethikunterrichts gemacht, könnte nun schon an den Grundschulen Ethikunterricht stattfinden. Stattdessen setzen die Grünen andere bildungspolitische Schwerpunkte. So bindet beispielsweise – jetzt kommen wir zum Thema Finanzierung, Herr Born – die Privilegierung der Gemeinschaftsschule finanzielle Mittel, die dann bei anderen Vorhaben im Bildungsbereich fehlen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Das ist ein alter Hut!)

Unsere Anträge, statt der Gemeinschaftsschulprivilegien u. a. den Ethikunterricht auszubauen, stießen bei der seit 2016 mitregierenden CDU auf taube Ohren.

Wir Freien Demokraten wollen, dass Ethikunterricht und islamischer Religionsunterricht neben dem bereits bestehenden Religionsunterricht in allen Schulen ab Klasse 1 angeboten werden.

In Zeiten, in denen führende Politiker unserer Welt Egoismus als Erfolgsprinzip propagieren – Stichwort „America first“ –, darf die Diskussion über Moral, Sitte und Respekt anderen gegenüber in unserer Gemeinschaft umso weniger fehlen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Mit dem Ethikunterricht sollte von Anbeginn ein alternatives Angebot des Wertediskurses für Schüler bereitstehen, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen wollen bzw. deren Eltern dies nicht wollen. Selbstverständlich muss die Teilnahme am Religions- oder Ethikunterricht verpflichtend sein.

Mit dem Ausbau des Ethikunterrichts muss auch der Ausbau des islamischen Religionsunterrichts einhergehen. Denn eine Unterweisung junger Muslime auf der Basis eines mit unserem Grundgesetz in Einklang stehenden Islams

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Den gibt es doch gar nicht! Das ist Wunschdenken!)

durch Lehrkräfte, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen und Lehrerseminaren in Deutschland ausgebildet wurden ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Keck, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßple zu?

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: ... – nein, natürlich nicht –,

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er hat doch Nein gesagt!)

ist nach Auffassung von uns Freien Demokraten das beste Mittel, islamistischen Hasspredigern den Boden zu entziehen.

(Jürgen Keck)

(Abg. Stefan Räßle AfD: Brüllen dürfen nur die anderen, Herr Kollege! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch Wunschdenken, Herr Kollege!)

Dem Antrag der SPD stimmen wir zu, mit der Anmerkung, dass ein verbindlicher Stufenplan hin zur Ethik ab Klasse 1 realistischer wäre als eine sofortige Umsetzung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Punkt!)

Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Lehrer, die zunächst einmal aus- oder fortgebildet sein müssen, und dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund des derzeitigen Lehrermangels. Außerdem gehen wir davon aus, dass die SPD bis zu den Haushaltsplanberatungen einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung parat hat. Aber das grundlegende Ziel teilen wir. Wir sind also dabei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank. Meiner Auffassung nach ist es eine sehr wichtige Frage, wie sich gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln. Dies gilt gerade bezogen auf die Wertevermittlung, auf die Vermittlung von Normen, auf die Vermittlung von Grundregeln des Miteinanders.

Wir wissen, dass der bekenntnisorientierte Unterricht, der Religionsunterricht, immer weniger Schülerinnen und Schüler bindet. In den Haupt- und Werkrealschulen nehmen momentan knapp 50 % nicht mehr am klassischen Religionsunterricht – evangelisch oder katholisch – teil, in den Gemeinschaftsschulen nehmen rund 35 % nicht mehr teil, in den Realschulen und SBBZ sind es rund 30 %, in den Gymnasien etwa 25 %, und in den Grundschulen bewegt sich diese Quote zwischen 35 und 40 %.

Deshalb sehe ich Handlungsbedarf. Er ist unbestritten. Ich bin froh, dass wir uns in der Koalition darauf verständigt haben, darüber nicht nur zu diskutieren, sondern dies mit einem Fahrplan zu unterlegen und dementsprechend auch die Deputate zur Umsetzung zu realisieren. Damit beginnen wir jetzt über einen Stufenplan – nach Klassenstufen absteigend – im allgemeinbildenden Bereich. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit – das wurde von einigen Rednerinnen und Rednern bereits angesprochen –, dieses Angebot auch im Grundschulbereich zu machen. Ich habe die Zahl eben genannt.

Nun zu der Frage, warum es so lange gedauert hat. Herr Born, es ist halt immer die Frage, wann man beginnt. Sie wissen, dass im Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode, in der eine grün-rote Landesregierung im Amt war, der Ausbau des Ethikunterrichts benannt war, eine Umsetzung dann aber nicht erfolgte.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir haben erst mal die Finanzlücken schließen müssen! – Gegenruf des

Abg. Daniel Born SPD: Genau! Wir haben ja viele Finanzlücken übernommen! Davor war die CDU dran! Das war ein Problem!)

– Ja, das ist verständlich. Politik beginnt tatsächlich auch mit Haushaltsfragen. Sie haben völlig recht. Es ist nur immer schwierig, wenn man fragt: Warum erst jetzt? Ich wollte nur noch einmal sagen, warum erst jetzt. Ich bin froh, dass wir eine Linie gefunden haben.

Dass es notwendig ist, ist unbestritten. Aber wenn es bei der Umsetzung an Geld fehlt, hätte man durchaus einen Bildungsplan für den Grundschulbereich erarbeiten können, den ich vor eineinhalb Jahren in Auftrag gegeben habe, sodass wir ihn dann auch in den Grundschulen umsetzen können. Er hätte nichts gekostet. Das hätte man machen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, sie haben es versäumt!)

Es geht auch um die Frage der Umsetzung. Warum dauert es in den Grundschulen so lange? Diese Frage ist richtig. Das stellt mich übrigens auch nicht zufrieden – ich glaube, keinen von uns. Aber wir brauchen natürlich auch ausgebildete Ethiklehrerinnen und Ethiklehrer, und mit deren Ausbildung können wir erst jetzt beginnen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein. – Vom Grundsatz her lautet deshalb die Aufgabe, dieses Angebot baldmöglichst zu machen, weil es tatsächlich – insoweit teile ich die Einschätzung meiner Vorredner – wichtig ist, dass wir an den Schulen ein solches Angebot ergänzend zum Religionsunterricht haben. Deshalb arbeiten wir daran, den Plan, wie wir ihn erarbeitet haben, umzusetzen. Dafür stellen wir die Ressourcen zur Verfügung. Damit haben wir begonnen.

Wir nehmen das Thema ernst. Das ist eine ganz wichtige Zielsetzung, die wir gemeinsam haben. Deshalb bin ich froh, dass wir uns nun auf den Weg gemacht haben. Man kann immer fragen: Warum nicht schneller? Es ist so. Besser spät denn nie. Dass Handlungsbedarf da ist, ist völlig unbestritten. Deshalb freue ich mich, dass wir hier gemeinsam diesen Weg – er ist wichtig; er ist zukunftsfähig – zum Wohle der Kinder in unserem Land beschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte. – Herr Abg. Dr. Fiechtner und dann Herr Abg. Dr. Geleon.

(Abg. Daniel Born SPD meldet sich. – Abg. Daniel Born SPD: Ich kann nicht mehr, als mich melden!)

– Entschuldigung. Die SPD hat noch Redezeit. – Bitte schön, Herr Abg. Born.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Daniel Born SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist hier mehrmals von einem Fahrplan gesprochen worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Dann fände ich es sinnvoll, dass Sie, wenn nächstes Mal ein Fahrplan von Ihnen in einem Koalitionsvertrag vereinbart würde, die Ministerin über diesen Fahrplan informieren. Denn offensichtlich hat sie mit einem völlig anderen Fahrplan gerechnet und hat sich erst einmal eine ganze Ecke Zeit gelassen. Jetzt starten wir deutlich später.

Sie haben durchaus recht. Wir haben damals klamme Kassen übernommen. Darum konnten wir das wichtige Thema Ethikunterricht so nicht umsetzen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein Fahrplan kostet kein Geld!)

Sie haben aber keine Begründung geliefert, warum Sie nicht in die Puschen gekommen sind. Diese haben Sie aus guten Gründen nicht geliefert. Denn am Geld lag es bei Ihnen nicht. Sie haben volle Kassen. Sie hätten das machen können. Sie haben es nicht gemacht. Wie gesagt: Wenn Grün und Schwarz nochmals in die Verlegenheit kommen, einen Koalitionsvertrag abzuschließen, informieren Sie doch bitte Ihre Kultusministerin darüber, was für einen Fahrplan Sie vereinbart haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben keinen Fahrplan gemacht! Sie haben nur herumgestochert!)

Es war ab dem Schuljahr 2017/2018 vorgesehen. Das haben Sie schon gerissen.

Was weiter betroffen macht, ist, dass Sie die Versorgung der Grundschulen so nach hinten schieben. Ein kompletter Grundschuljahrgang wird weiter nicht mit Ethik versorgt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist in der Aufsicht ein Riesenproblem!)

Das ist ein schlechtes Zeichen für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt, bitte, Herr Abg. Dr. Fiechtner und anschließend Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wie oft machen wir das heute denn noch?)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Eine Partei, die in der letzten Legislaturperiode den Kultusminister gestellt hatte und mit Schuld am Lehrermangel trägt, fordert die Stärkung des Unterrichts. Das mag lustig klingen, ist aber einer der Schwänke sozialdemokratischer Prägung.

Der Absturz Baden-Württembergs in der PISA-Studie ist nur einer von vielen Beweisen für die schlechte Bildungspolitik unter Rot am grünen Nasenring.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In der Stellungnahme des Ministeriums liest man, dass der Sparzwang keine weiteren Schulden erlaube. Dass darunter

mehrere Bildungsbereiche leiden, macht mich fassungslos und traurig zugleich.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Erst einmal einlesen und dann zu Wort melden!)

Schließlich sichert Bildung unsere wirtschaftliche Zukunft und nicht zuletzt auch die Werte unserer Gesellschaft. Genau diese Ziele verfolgt auch der Ethikunterricht: Werte zu vermitteln.

Dabei besuchen diesen nicht nur Nichtchristen, wie die SPD fälschlicherweise annimmt,

(Abg. Daniel Born SPD: Wo haben Sie das jetzt herausinterpretiert?)

sondern teilweise auch Christen. Dass es schwerfällt, den steigenden Bedarf abzudecken, ist bei dem aktuellen Lehrermangel kaum verwunderlich. Aufgrund der fehlenden Lehrer wird es über kurz oder lang eine Frage der Effizienz sein.

Am Pfarrwiesen-Gymnasium in Sindelfingen sind z. B. mehr Schüler muslimisch als katholisch. Das war eine der ersten vier Schulen, die den Islamunterricht im Ländle eingeführt haben, wobei hier für mich die Frage besteht, wie Islamunterricht zur Prägung eines freiheitlich-demokratischen Denkens überhaupt passt.

Rein wirtschaftlich betrachtet, wäre es wohl am sinnvollsten, anstatt eines Religionsunterrichts für alle Schüler einen verbindlichen Ethikunterricht anzubieten. In diesem könnten nicht nur Werte, sondern auch unterschiedliche Religionen vermittelt werden.

Vergessen sollten wir dabei aber nicht, dass die Landesverfassung, wie Frau Felder zu Recht erwähnte, von der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes spricht und damit ganz klar macht, dass die Ethik, die wir hier verfechten, ein Ergebnis christlich-jüdischer Geschichte ist und nicht etwa anders zu lokalisieren ist.

Was das jedoch kulturell für unser Land bedeutet, lasse ich einmal offen. Eigentlich beantworten Sie das in Ihrer Anfrage selbst, wenn Sie unterstellen, dass Schüler ohne Religions- oder Ethikunterricht einen möglichen Mangel an Wertevorstellungen und eine falsche ethische Ansicht haben könnten. Dabei sollten diese Werte doch nicht erst in der Schule, sondern bereits zu Hause vermittelt werden, was uns zu dem Thema Einwanderungsgesetz führen würde

(Abg. Daniel Born SPD: Das bringt nur Sie zu dem Thema!)

oder zu dem Thema „Kinderverwahranstalten namens Kita

(Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! Waren Sie schon mal in einer?)

anstelle einer Familie, die die Kinder prägt ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Aber Sie kommen jetzt eher zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... und in das Leben führen kann“. Aber ich möchte nicht abschweifen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist schon wieder eine Weile um. Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Egal, wie man es dreht und wendet,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie werden jetzt abschweifen!)

unterm Strich fehlt es am Geld bzw. an den notwendigen Lehrern, um diese Pläne zu verwirklichen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zurück zu Gedeon!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist ein Thema, über das man zur Klarstellung jetzt mindestens eine halbe Stunde reden müsste.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Schreiben Sie doch ein Buch darüber!)

Es gibt keine Ethik ohne Religion, meine Damen und Herren. – Hören Sie bitte einmal zu. Dann können Sie etwas lernen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, das lohnt nicht!)

Es gibt keine Ethik ohne Religion. Jede Forderung nach Ethik impliziert, dass ein bestimmtes Menschenbild, ein bestimmtes Weltbild vorausgesetzt ist, aus dem sich diese Forderung ableitet. Wenn wir jetzt also dem Staat den Auftrag geben, in diese religiöse Lücke hineinzustoßen, dann geben wir ihm den Auftrag, eine Religion zu kreieren. Das tut er auch in der Tat, denn das, was als Ethik hier angeboten wird, ist eine Menschenrechts- und Demokratiereligion.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

So muss man das nennen, und das ist höchst problematisch. Denn hier gilt dann genau das, was Karl Marx gesagt hat:

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

„Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden.“ Im Ethikunterricht wird also das jeweils aktuelle Herrschaftswissen, das heißt die jeweilige Staatsideologie, vermittelt, und das ist hoch problematisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wie problematisch das ist, sehen wir aus der DDR. Da gab es auch Unterricht im Marxismus-Leninismus, und der war Pflicht.

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Es gibt einen Unterschied zwischen der DDR und uns! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

So wird es auch bei uns laufen. In Berlin haben Sie nämlich schon das Beispiel. Da waren Religion und Ethik erst Wahlpflichtfach. Und was ist jetzt? Jetzt ist Ethik Pflichtfach, und Religion ist nur noch Wahlfach. Das wird man Schritt für Schritt auch hier einführen.

(Abg. Daniel Born SPD: So ein Quatsch!)

Und das ist der Beginn der staatlichen Indoktrination. – Sie haben es nicht verstanden, sonst würden Sie nicht so einen blöden Kommentar abgeben.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, nun liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur abschließenden Behandlung des Antrags Drucksache 16/1908. Abschnitt I des Antrags ist ein reiner Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie sind damit einverstanden.

Abschnitt II ist ein Beschlussteil, über den wir jetzt abstimmen werden. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Große Unruhe)

– Darf ich vielleicht etwas bekannt geben, was Sie interessiert? Die Fraktionen haben sich nämlich darauf geeinigt, Punkt 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Wir kommen damit zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Stellt das neue Konzept zur Weiterqualifizierung für Haupt- und Werkrealschulkräfte eine Gleichbehandlung der betroffenen Lehrkräfte sicher? – Drucksache 16/1927 (Geänderte Fassung)

(Anhaltende große Unruhe)

– Wenn Sie da bitte noch zuhören wollen, liebe SPD. Das ist doch Ihr Antrag. – Auch hier gibt es für die Begründung fünf Minuten extra, und ansonsten gilt für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Herr Abg. Kleinböck spricht zuerst für die SPD-Fraktion.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Ministerin, es ist jetzt fast zwei Jahre her, dass wir diesen Antrag gestellt haben. Ziel war es, die Ungleichbehandlung von Haupt- und Werkrealschullehrkräften im Rahmen der Weiterqualifizierung sichtbar zu machen und diese Ungleichbehandlung zu beenden. Es darf ja wohl nicht sein, dass es einen Unterschied macht, ob ein Haupt- und Werkrealschullehrer an einer Realschule oder an einer Gemeinschaftsschule arbeitet. Bei der Auswahl der Inhalte für diese Weiterqualifizierung mag eine Unterscheidung noch Sinn machen, aber nicht bei den Rahmenbedingungen. Das ist reine Schikane und trifft einmal mehr die Gemeinschaftsschulen.

Unsere Hoffnung war in der Tat, dass sich diese Einsicht auch bei Ihnen einstellt. Schade, wir haben uns da wohl wieder einmal getäuscht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, machen wir es doch einmal ganz konkret. Die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte,

(Gerhard Kleinböck)

die bereits an einer Realschule eingesetzt sind, sollen weiterhin fünf Module bearbeiten: viermal Fachdidaktik, einmal Schulrecht, ohne Prüfung. Alle fünf Module werden in der Unterrichtszeit absolviert.

Die Haupt- und Realschullehrkräfte, die bereits an einer Gemeinschaftsschule arbeiten – aufgepasst! –, sollen hingegen acht Module, nämlich sechsmal Fachdidaktik und zweimal Schulrecht, sowie zwei verpflichtende Hospitationen, eine unterrichtspraktische Prüfung und ein fachdidaktisches Kolloquium absolvieren, um den gleichen Status zu erhalten. Damit nicht genug: Statt wie bei den Kollegen an der Realschule finden nicht fünf, sondern nur drei Module während der Unterrichtszeit statt. Der Rest, also fünf Module, ist Freizeitvergnügen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sinn macht diese unterschiedliche Behandlung nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist ja, wenn man genau hinschaut, mehr gezielte Abschreckung und man könnte auf die Idee kommen, zu sagen, dass die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte dafür bestraft werden, wenn sie sich für die Gemeinschaftsschule interessieren. So sieht es ja aus. Oder, Frau Ministerin, wie würden Sie denn als Lehrkraft diese Ungleichbehandlung auffassen?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in den letzten zehn Jahren konnten wir eine dramatische Entwicklung bei den Hauptschulen feststellen:

(Abg. Raimund Haser CDU: Von Ihnen initiiert! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die Zahl der Hauptschulen hat sich halbiert. – Ohne Grün-Rot; diese Entwicklung war schon lange vorher abzusehen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Seitdem brauchen rund 5 000 Beschäftigte mittel- und langfristige neue Perspektiven. Deshalb haben wir das Konzept zum horizontalen Laufbahnwechsel grundsätzlich mitgetragen; mit der konkreten Gestaltung sind wir aber höchst unzufrieden.

Unsere Kritik zielt auf die Schwachstellen des Konzepts ab. Erstens stellt es Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen bewusst schlechter als diejenigen an Realschulen. Zweitens: Die Anforderungen an Lehrkräfte, die an SBBZ arbeiten wollen, sind viel zu hoch angesetzt. Drittens klammert das Konzept die Lehrkräfte an Hauptschulen komplett aus und bietet ihnen keinerlei Perspektive. Und – jetzt wird es natürlich spannend –: Haben sich die Lehrkräfte durch die Qualifizierung gekämpft, kommt die große Ernüchterung: Es gibt noch gar nicht genug Stellen, um sie nach dem Laufbahnwechsel wirklich besser zu bezahlen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben dieser Tage auch die entsprechenden Briefe erhalten. Ganz konkret fordern wir deshalb erstens, die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen und Realschulen anzugleichen. Das ist eine zentrale Forderung. Liebe Grüne, hier wundert es mich schon, dass von Ihrer Seite nicht deutlich interveniert wird. Sie lassen es zu, dass die Lehrkräfte an Gemeinschaftsschu-

len deutlich schlechter behandelt werden als die an Realschulen. Sinn macht das wirklich nicht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Das stimmt doch so. Ich habe es doch gerade ausgeführt und deutlich gemacht.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Dass die Gemeinschaftsschule nicht das Lieblingskind der Ministerin ist, wissen wir ja. Die unterschiedlichen Anforderungen – ich sage es noch einmal – habe ich bereits aufgezählt.

Zweitens: Die Rahmenbedingungen für künftige Sonderpädagogen müssen attraktiver gestaltet werden. Die dürftige Zahl der Bewerbungen für die Weiterqualifizierung müsste doch als deutliches Signal angekommen sein. Beim Aufbaustudium waren es auf 100 Plätze, die zur Verfügung gestellt wurden, gerade einmal 20 Bewerbungen. Davon sind heute noch 16 Lehrkräfte dabei.

Wir fordern deshalb, dass Sie die Deputatsreduktion von sechs auf zwölf Stunden verdoppeln. Das wäre einmal ein gutes Zeichen an die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte und ein Ausrufezeichen für die Inklusion.

Drittens fordern wir natürlich, dass genügend Stellen geschaffen werden müssen, um alle Lehrkräfte, die eine Weiterqualifizierung absolviert haben, auch befördern zu können.

Alles andere wären eben keine vertrauensbildenden Maßnahmen, und ich denke, das sollten wir uns an dieser Stelle ersparen und es den Kolleginnen und Kollegen, die diese Weiterqualifizierung auf sich nehmen, nicht zumuten.

So weit mal in der ersten Runde.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Boser, bitte.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Qualifizierungsmaßnahmen für die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte sind für uns eine wichtige Maßnahme –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Punkt! –, und zwar für alle Lehrkräfte, egal, ob sie an einer Realschule oder an einer Gemeinschaftsschule eingesetzt sind. Zukünftig müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir mit den Lehrkräften umgehen, die noch an den Haupt- und Werkrealschulen sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Da bin ich völlig bei Ihnen.

Dass wir jetzt mit diesen Fortbildungsmöglichkeiten, mit den Qualifizierungsmaßnahmen, die Möglichkeit geschaffen haben, die Lehrerinnen und Lehrer auch nach A 13 zu besolden, ist eine richtige und wichtige Maßnahme, und zwar haben – da widerspreche ich Ihnen, und das steht auch so nicht in dem Konzept, welches Sie in Ihrem Antrag abgefragt haben – die

(Sandra Boser)

Lehrerinnen und Lehrer, die an die Realschulen oder an die Gemeinschaftsschulen wechseln, am Ende die gleichen Voraussetzungen zu erfüllen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Nur die Lehrerinnen und Lehrer, die bereits in einer Realschule waren, haben andere Voraussetzungen zu erfüllen. Aber das, was Sie hier dargestellt haben, stimmt einfach nicht. Alle, die in die Gemeinschaftsschulen – –

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Natürlich stimmt das!
Das ist doch in der Antwort erkennbar!)

– Aber dann lesen Sie doch einfach einmal, was die Gruppe 3 bedeutet. Da steht klar drin: „Lehrerinnen und Lehrer, die an eine Realschule oder an eine Gemeinschaftsschule wechseln, haben die und die Module zu erfüllen“, und da sind beide Schularten gleich behandelt. Das war für uns ein wichtiger Punkt, weil es nämlich am Ende keine Ungleichbehandlung geben darf, egal, an welcher Schulart man eingesetzt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Qualifizierungsmaßnahmen für die Sonderpädagogik, die Sie angesprochen haben, halte ich tatsächlich für noch wichtiger. Gerade in der aktuellen Situation mit dem Lehrermangel, der bei uns vor allem die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und unsere Inklusion trifft, ist es wirklich sehr bedauerlich, dass wir derzeit von den 120 Plätzen, die zur Verfügung stehen, gerade mal 20 belegt haben. Das können wir so nicht akzeptieren und hinnehmen.

Deswegen haben wir bereits im letzten Jahr das Kultusministerium darum gebeten, die Maßnahme zu überprüfen und Module anzupassen und auch – was Sie jetzt auch noch einmal gefordert haben – in die Entlastungssituation hineinzugehen. Das Kultusministerium hat zugesagt – dies ist bereits in der Umsetzung –, dass das angepasst wird, weil wir alle – ich glaube, da kann ich jetzt auch die SPD und vielleicht auch die FDP/DVP mit einschließen – natürlich den Wunsch haben, die Lehrkräftesituation an den Schulen in unserem Land so schnell wie möglich zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Am Ende braucht es auch die Kapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen und den Seminaren. Diese sind nun mal begrenzt. Ich möchte das an dieser Stelle auch noch mal erwähnen, wenn wir den Blick auf die Haupt- und Werkrealschulen lenken; es geht um die Pädagoginnen und Pädagogen, die dort noch sind.

Es ist richtig, dass wir die Priorität bei den Lehrerinnen und Lehrern setzen, die neue Aufgaben übernehmen, die an den Realschulen und an den Gemeinschaftsschulen differenzierte Angebote machen und eben auf dem grundlegenden und mittleren Niveau in einer Gemeinschaftsschule sowie auch auf dem erweiterten Niveau unterrichten.

In einem letzten Schritt müssen wir aber natürlich auch die Lehrkräfte an den Haupt- und Werkrealschulen in den Blick nehmen. Das fordert ja jetzt auch der Antrag der FDP/DVP, den wir an dieser Stelle aber nicht mittragen können, weil er zu kurz greift.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir auch nicht!)

Wir können die Lehrkräfte an den Haupt- und Werkrealschulen nicht in den HoLa-Laufbahnwechsel hineinnehmen; da braucht es andere Angebote. Da muss das Kultusministerium Vorschläge machen, welche Aufstiegslehrgänge das sein können; das muss man genau prüfen. Wir können den Haupt- und Werkrealschullehrkräften nicht einfach über Beförderungstellen das Angebot machen. Wir brauchen dort auch Aufstiegslehrgänge, aber das kann fachlich nicht über HoLa funktionieren, und deswegen brauchen wir da Alternativen, die wir auch mit dem Kultusministerium gemeinsam besprechen.

Zusammengefasst: Für uns sind die Lehrerinnen und Lehrer – darauf hat ja auch meine Kollegin Bogner-Unden vorhin schon in ihrer Rede zum anderen Tagesordnungspunkt hingewiesen – der wichtigste Teil an den Schulen, neben den Schülerinnen und Schülern; denn ohne die würde es eben keine Schulen geben. Daher braucht es die Wertschätzung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern unseres Erachtens nicht nur mit dem, was wir hier politisch zum Ausdruck bringen, sondern auch monetär. Wir haben da in dieser Legislatur auch sehr viel getan. Wir haben die Kürzung bei der Eingangsbeholdung zurückgenommen. Wir haben jetzt den Laufbahnwechsel angeboten. Wir brauchen nun auch die Perspektive für die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte.

Eine weitere Perspektive möchte ich an dieser Stelle nicht außen vor lassen. Wir haben Grundschullehrkräfte, die nach wie vor mit A 12 anfangen. Auch da müssen wir zumindest langfristig in den Blick nehmen, wie wir über eine Anpassung im Studium auch den Grundschullehrkräften am Ende die Möglichkeit geben können, in A 13 anzufangen. Das wird ein langer Prozess sein, weil wir da die Kapazitäten an den Schulen und die Studiendauer mit berücksichtigen müssen. Aber ich glaube, auch diesen Bereich dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Kollege Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Boser hat den Kernpunkt Ihrer Kritik, liebe SPD, bereits aufgegriffen. Ich möchte daher die politische Bewertung an einer anderen Stelle vornehmen.

Da sorgt sich ausgerechnet die SPD um eine Frage, die sie während ihrer Regierungszeit von 2011 bis 2016 selbst hätte beantworten können.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das war vor drei Jahren!)

Wenn Ihre Idee der Transformation aller Haupt-, Werkreal- und Realschulen zur Gemeinschaftsschule hin doch so perfekt war, warum haben Sie sich dann nicht selbst darum gekümmert, dass jene, deren Qualifikation und Gehalt nicht in diese schöne neue Welt passen, eine Perspektive haben? Wo war Ihr Qualifizierungsprogramm für nicht mehr an Hauptschulen eingesetzte Hauptschullehrer, das Programm, das erst die Regierung unter der neuen Bildungsministerin Dr. Susanne Eisenmann eingeführt hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Raimund Haser)

vom Geld ganz zu schweigen? Ich zeige Ihnen hier einen Auszug aus der mittelfristigen Finanzplanung zu den Stellenhebungen im Hauptschulbereich.

(Der Redner hält ein leeres Blatt Papier hoch.)

Da steht nichts drauf. Stimmt. Es gibt keine Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung für die Stellenhebungen, die Sie nun fordern und die nun auch Gegenstand des Beschlussantrags der FDP/DVP sind.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei zu?

Abg. Raimund Haser CDU: Nein. Herr Kleinböck hat schon gesagt, dass er noch mal ans Redepult geht.

Wo war Ihre Lösung für diejenigen, die nun als Leistungsträger in den Hauptschulen sitzen, und zwar zwischen Baum und Borke, sprich zwischen dem Baum, der von unten in Form junger Kollegen wegen des von der Vorgängerregierung reformierten Studiengangs gleich mit A 13 anfängt, und der Borke, die in Form älterer Kollegen auswächst, die mit A 13 in den Ruhestand gehen? In der Mitte hängen in A 12 Leistungsträger unserer verbliebenen 458 Haupt- und Werkrealschulen, die mit einem Höchstsatz an Stunden mit maximaler psychischer Belastung und mit einem unglaublichen Eifer um jeden einzelnen Schüler kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich kenne diese Lehrer. Sie sind wichtige Säulen, sie sind überzeugte Kämpfer für diejenigen, die am meisten Aufmerksamkeit und Zuwendung brauchen. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bei aller Freude über Briefe: Es wundert mich schon, wer im Begleitkonzert der Bildungsarbeit plötzlich den Wert der Hauptschule wiederentdeckt. Sie kennen die Briefe, die zurzeit an uns geschickt werden. Die Hauptschule ist eine Schule, für die die CDU immer gekämpft hat und die unserer Meinung nach auch heute noch von unschätzbarem Wert ist –

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

mit einer Einschränkung: dort, wo es sie heute überhaupt noch gibt. Herr Kleinböck, von wegen der Übergang hätte schon vorher gestockt: 2011 betrug die Übergangsquote aus der vierten Klasse 27,7 %, bei 1 197 Schulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Heute sind davon 458 übrig, 350 davon ohne Eingangsklasse 5. Und jetzt erreichen uns Briefe wie jüngst vom Landeselternbeirat, in denen die Hauptschule für eine bedrohte Schulart gehalten wird, um die man sich jetzt kümmern müsse. Vielen Dank dafür!

Aber wo waren die Briefe 2011 und 2012, als wir sie gebraucht hätten, als es einen Aufschrei hätte geben müssen, als die Hauptschulen sie gebraucht hätten, als die Hauptschullehrer sie gebraucht hätten?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Die damals Verantwortlichen haben ungestraft behauptet, die Hauptschule hätte ausgedient.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, sie hatte keine Schüler mehr! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das hatte sie aber – das wissen Sie ganz genau – erst durch die Kombination aus der Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung und einer Pistole-auf-die-Brust-Politik zugunsten der Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist Lohhudelei ohne Ende an der Realität vorbei!)

Deswegen möchte ich Sie daran erinnern. Das mit dem Gedächtnis – –

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist es aber gut. Er redet.

Abg. Raimund Haser CDU: Deshalb möchte ich daran erinnern: Wir, die CDU, sind diejenigen, die der Haupt- und Werkrealschule zu einem eigenen Titel im Koalitionsvertrag und zu einem eigenen Referat im Bildungsministerium verholfen haben, ein Titel und ein Referat, das es zu Ihrer Zeit im Bildungsministerium gar nicht gegeben hat.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir sind diejenigen, die schon bald ein Konzept vorlegen werden, das nicht nur die von Ihnen angesprochenen Probleme in der Qualifizierung löst, sondern das auch Überlegungen enthält, wie wir die an den Hauptschulen verbliebenen Hauptschullehrer nach A 13 anheben können.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Bei diesem Ansinnen dürfen Sie alle uns gern unterstützen, auch die Fraktion der FDP/DVP, die einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Spätestens aber, wenn es ums Geld geht, wird sich zeigen, wer sich über Briefe nur freut und wer sich tatsächlich für die Belange der Lehrerinnen und Lehrer und damit auch der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen einsetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Der hier angesprochene Antrag ist wichtig, er ist sogar sehr wichtig. Er klingt allerdings ein bisschen wie Klientelpolitik, wie verspätete Klientelpolitik. Wenn ich mich dunkel entsinne, waren Sie von der SPD in der letzten Legislatur mit an der Regierung. Deswegen muss man hier jetzt schon nach dem Wohl des Ganzen fragen und nicht nur nach dem Wohl einer einzelnen Gruppe. Man muss nach dem Wohl des gesamten Staates fragen.

(Dr. Rainer Balzer)

Die SPD macht anscheinend Klientelpolitik für die Grund- und Hauptschullehrer, die CDU macht, sagt man manchmal, Politik für die Gymnasiallehrer, und der FDP/DVP unterstellt man Selbiges für die Berufsschullehrer. Gut, dass wir da sind; dann machen wir eben Politik zum Wohl des Landes und zum Wohl aller am Schulleben Beteiligten.

(Beifall bei der AfD)

Zweite Anmerkung meinerseits zu diesem Thema: Wäre dieses Thema nicht besser in der Ausschusssitzung aufgehoben gewesen? Anscheinend nicht. Anscheinend möchten Sie, die SPD, Öffentlichkeit erzeugen, öffentlichen Druck erzeugen, um sich selbst als Retter und Streiter für die Gerechtigkeit zu inszenieren, als Retter und Streiter für die kleinen Leute, und das scheinen hier möglicherweise die Grundschullehrer zu sein.

Denn – dritte Anmerkung – jede Besserstellung einer Gruppe geht zulasten anderer Teilgruppen. Diese groß angelegte Qualifizierungskampagne für Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrer, wozu hat sie geführt? Ist sie nicht vielleicht sogar eine der Ursachen für den Mangel an Lehrern ebendieser Schulart, insbesondere an Lehrern in den Grundschulen?

Hat die SPD in der vergangenen Legislaturperiode mit genau ebendieser Maßnahme, den Umschulungsmaßnahmen und Weiterqualifizierungen, einen Humbug betrieben? Diese Maßnahmen wurden in Angriff genommen, weil die Hauptschule – die viel geschmähte und häufig vernachlässigte, von vielen als „Restschule“ betrachtete Hauptschule – nicht gestärkt wurde, sondern zugunsten der Gemeinschaftsschule ausrangiert werden sollte. In diese Gemeinschaftsschule wollen zwar wieder weniger Eltern ihre Kinder schicken, aber die Weiterqualifizierungsmaßnahmen sind in vollem Gange, mit der Konsequenz, dass dementsprechend Haupt- und Werkrealschullehrer nun an den Grundschulen fehlen.

Grundsätzlich erscheinen mir die Bedingungen für die Weiterqualifizierung angemessen und korrekt. Das gesamte Konzept ist durchaus geeignet zur Qualifizierung der Lehrkräfte; da ist keine Kritik zu üben. Deshalb zitiere ich aus der Stellungnahme zu Ziffer 9 des Antrags:

Die Zahl der Stellen bzw. die Zahl der Stellenhebungen nach Besoldungsgruppe A 13 ist abhängig von der Zahl der Lehrkräfte, die die Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich durchlaufen, ...

Deswegen kann ich eigentlich nur folgern: Die SPD inszeniert sich hier gern als Interessenvertretung für eine bestimmte Lehrerguppe, und es fällt den Genossen dabei anscheinend schwer, sich vorzustellen, dass sie sich in einer Gesellschaft mit einem vielleicht unsichtbaren Gleichgewicht befinden, bis ein Genosse eingreift und dieses Gleichgewicht zerstört. Die meisten typischen SPD-Geschenke sind unbezahlbar, manche sind sogar überflüssig.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Drei Jahre Bürgergeld statt ein Jahr Hartz IV, Anhebung des Mindestlohns, keine sinnwidrigen Sanktionen für Arbeitslose usw. – schöne Ideen, vielleicht sogar bezahlbar, wenn man nicht die Anzahl der potenziellen Bezieher dieser Hilfen durch unkontrollierten Zugang fast unbegrenzt ausgedehnt hätte.

Hier hat die SPD diejenigen verraten, für die sich einzusetzen sie vorgibt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Blödsinn!)

Eben ein typischer SPD-Antrag, dem Selbstverständnis der SPD entsprechend: gegen Ungerechtigkeit, gegen vermeintliche Unterdrückung. Dabei werden häufig die wirklich Bedürftigen vergessen. Aber das macht ja nichts. Dafür sind wir, die Alternative, schließlich da.

(Beifall bei der AfD)

Sie vergessen häufig, für wessen Wohlergehen Sie eigentlich verantwortlich sind – nämlich für das gesamte Wahlvolk –, und Sie vergessen häufig, wem man mit diesen schönen Wahlgeschenken schadet: dem Steuerzahler und der arbeitenden Bevölkerung.

Oft genug waren Sie in der Vergangenheit allzu leicht bereit, Ihre Ideale einem Neoliberalismus zu verkaufen. Umso bezeichnender ist es, dass sich hier im Landtag heute anscheinend eine Oppositionskoalition gebildet hat aus ebenjener SPD und der FDP, die von ihren Grundsätzen her so verschieden sind wie kaum zwei andere Parteien.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie widersprechen sich!)

Es ist bezeichnend, dass die andere Fraktion ebenjener Oppositionskoalition angehört und den erwarteten Antrag einreicht, einen Antrag für die eigene politische Klientel, für die Klientel der SPD, eine Partei, die ihre politische Mission vor allem in der Umverteilung sieht, die aber dabei ausblendet, dass jede Bevorzugung einer Gruppe eine andere Gruppe wieder benachteiligt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist manchmal so!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Jawohl. – Denn natürlich wird dieses Programm Geld kosten, und da keine der beiden Antragstellerinnen einen Vorschlag zur Finanzierung vorgebracht hat, sind diese Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.

Danke.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Brauer, bitte, für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD geht es um Gerechtigkeit. Das ist auch gut so. Es gibt ja verschiedene Facetten der Gerechtigkeit. Manche sind eher, Herr Dr. Balzer, in Richtung Bedarfsgerechtigkeit unterwegs, manche in Richtung Leistungsgerechtigkeit.

Lehrkräfte, die an Realschulen unterrichten, aber das Studium für die Lehrtätigkeit an Haupt- und Werkrealschulen ab-

(Stephen Brauer)

solviert haben, werden den Realschullehrern in der Besoldung gleichgestellt. Sie besuchen vier fachdidaktische Module, und dann ist der Aufstieg geschafft. Alle anderen Lehrkräfte, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten oder perspektivisch – Frau Boser hat es ja richtiggestellt – an Gemeinschaftsschulen oder Realschulen eingesetzt werden, haben es deutlich schwerer. Sie müssen zusätzliche Module besuchen. Außerdem müssen sie ein fachdidaktisches Kolloquium und eine unterrichtspraktische Prüfung bestehen.

Dies stellt tatsächlich eine gewisse Ungleichbehandlung der Lehrkräfte dar. Einen sachlichen Grund für diese Ungleichbehandlung außer dem, dass die einen schon an der Schule eingesetzt sind und die anderen nicht, sucht man in der Stellungnahme des Ministeriums vergeblich. Vielleicht können Sie uns hier nachher weiterhelfen, Frau Ministerin.

Sie können sicher sein, dass wir von der FDP/DVP-Fraktion den Aufstieg durch Leistung grundsätzlich gutheißen. Ebenso soll Leistung belohnt werden. Das ist nur fair.

Zur Fairness gehört aber auch, dass die Lehrkräfte, die die Fortbildung erfolgreich beendet haben, zeitnah höher eingestuft werden. Hier muss schnell die Lücke zwischen Qualifikation und Amt geschlossen werden. Dazu gibt es auch entsprechende Gerichtsurteile.

Konkret bedeutet dies einen Ansatz von Mehrausgaben – aber das bitte nicht erst im Doppelhaushalt 2020/2021. Man kann nicht ein Konzept für einen Aufstieg machen und nachher die Stellen nicht bereitstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So weit, so gut.

Es gibt aber einen weiteren Aspekt, den man berücksichtigen muss. Es gibt Lehrkräfte, die komplett vom Aufstieg ausgeschlossen sind, obwohl sie dieselbe Qualifikation mitbringen und schon jahrelang ihre Schülerinnen und Schüler auf den mittleren Bildungsabschluss vorbereiten. Ich spreche von Lehrerinnen und Lehrern an den Werkrealschulen. An die haben Sie entweder gar nicht gedacht, oder Sie haben diese absichtlich ausgeklammert. Diese Beamtinnen und Beamten, die wie die Gallier im unbeugsamen Dorf namens Werkrealschule unterrichten und teilweise hervorragende Arbeit leisten, sollen gar nicht zum Zuge kommen.

Aber Vorsicht! Es gibt nicht das gallische Dorf, es gibt 682 gallische Dörfer in Baden-Württemberg. Die bekommen Sie in einer Legislaturperiode gar nicht weg – da müssen Sie sich schon sehr anstrengen –, diese 682 Werkrealschulen.

Diese Gallier wollen übrigens nicht kämpfen – keine Angst –, sie wollen einfach nur ihre Arbeit machen.

Die Hattie-Studie hat vor einigen Jahren ergeben, dass alleiniges Kriterium für guten Unterricht die Qualität der Lehrer ist. Weder mediale Ausstattung noch Methode oder Sozialform sind ausschlaggebend. Nur die Fachkompetenz und die pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer sind maßgeblich. Das heißt: Egal, wie Sie das Kind jetzt nennen, es kommt immer auf die Lehrer an.

Auch die Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrer, die weiterhin an dieser Schule unterrichten, müssen zumin-

dest eine Chance auf eine Aufstiegsfortbildung erhalten. Das wäre dann gerecht, und zwar bedarfs- und leistungsgerecht. Das wäre dann wirklich wahre Gleichbehandlung.

Wenn das nicht der Fall sein sollte und Sie wider besseres Wissen diese Lehrkräfte benachteiligen, wird der von Ihnen gewünschte Effekt eintreten: Die Werkrealschulen werden sterben, sie werden abgewickelt und mit ihnen die Lehrkräfte, die dort die Fahne für das vielgliedrige Schulsystem hochgehalten haben.

Nun ist ja eine Schulart kein Selbstzweck. Sie muss eine Funktion erfüllen, sonst ist sie überflüssig. Eine Schule muss Sinn machen. Und genau das ist hier die Krux. Die Werkrealschule hat eine Funktion, und sie ist eine sinnvolle Schulart. Sie hat Schülerinnen und Schüler jahrelang praxisnah aufs Leben vorbereitet, Schülerinnen und Schüler, die ihre hauptsächlichen Stärken nicht im kognitiven Bereich haben, sondern vielleicht eher praktisch begabt sind, die vielleicht sehr zuverlässig und motiviert arbeiten können und nur über den Praxisbezug durch eigene Anschauung zu geistigen Erkenntnissen gelangen können.

Es gab und gibt sehr gute Werkrealschulen mit sehr guten Lehrkräften. Wir werden versuchen, diese Schulart zu retten. Wir werden in Kürze einen Gesetzentwurf einbringen, der dieser Schulart den Platz einräumt, den sie verdient: als berufliche Realschule mit noch mehr Praxisbezug und mit systematischer Kooperation mit den beruflichen Schulen, so, wie es ursprünglich auch im Konzept der Werkrealschule angelegt war.

Eine Benachteiligung der Lehrkräfte an Werkrealschulen bedeutet eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler, die diese Schulart brauchen und die wiederum dringend im Handwerk und von der mittelständischen Wirtschaft gebraucht werden, und zwar als Fachkräfte, die geistig wach sind, motiviert und gut qualifiziert, und nicht als gescheiterte Halbakademiker, die einen Betrieb nur aus der Ferne kennen.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass Lehrkräfte, die weiterhin an Werkrealschulen unterrichten, die Möglichkeit erhalten, durch eine Aufstiegsfortbildung in die Besoldungsstufe A 13 zu gelangen. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin Dr. Eisenmann hat das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die Wertschätzung bedanken – Herr Haser, Sie haben es sehr ausführlich angesprochen; auch einige andere Redner haben sich entsprechend geäußert –, die gerade den Haupt- und Werkrealschulen gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde. Ich glaube, das ist eine Schulart, die es verdient, dass man um die Standorte, die es noch gibt, tatsächlich kämpft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Stephen Brauer
FDP/DVP)

Wenn man im Land Schulstandorte besucht, findet man gerade im ländlichen Raum immer noch starke Haupt- und Werk-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

realschulen mit teilweise 200, 300 Schülerinnen und Schülern, mit einer exzellenten Quote der Vermittlung in den Arbeitsmarkt, mit enger beruflicher Vernetzung und tollen Perspektiven im Handwerk, bei kleineren und größeren Unternehmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Perspektive insgesamt erhalten.

Ich glaube, dass es auch richtig war, dass wir im Rahmen einer Weiterqualifizierungsoffensive, die im Endausbau immerhin 37 Millionen € – allein die Weiterqualifizierung – kostet, für die Lehrerinnen und Lehrer, die eine hervorragende Arbeit in den Haupt- und Werkrealschulen machen, während tatsächlich bedauerlicherweise die Eltern diese Schulart nicht mehr in dem Maß wählen, wie sie es eigentlich verdient hat, eine Perspektive entwickeln, und das haben wir getan. Ich sagte es bereits: Wir stellen hierfür 37 Millionen € im Endausbau zur Verfügung und bieten letztlich die Möglichkeit, nach unterschiedlichen Weiterqualifizierungsmaßnahmen in Realschulen, in Gemeinschaftsschulen, im Bereich der sonderpädagogischen Bildung und Beratung tatsächlich nach A 13 befördert werden zu können. Das ist richtig, und es ist auch ein wichtiges Signal.

Das setzen wir auch um, natürlich in Schritten – Frau Boser hat es dargestellt –, aber letztlich mit genau dieser Zielsetzung. Dafür werden wir – so, wie wir es vorgesehen haben – die nächsten Jahre auch brauchen, um allen die Perspektive zu bieten, wie wir es vorgesehen haben. Finanziert ist es in jedem Fall.

Was uns tatsächlich Sorgen macht, ist die Weiterqualifizierung im Bereich der Sonderpädagogik. Wir brauchen diese, weil wir, wie Sie wissen, zu wenig ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen haben. Deshalb ist es wichtig, qualifizierte Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrer für diesen Bereich zu gewinnen. Richtig ist, dass das Interesse mäßig ist, was enttäuschend ist. Deshalb ist es, glaube ich, auch wichtig, dass wir darauf mit entsprechenden Gegenmaßnahmen reagieren. Frau Boser, Sie haben es angesprochen. Wir werden tatsächlich zum kommenden Schuljahr im Zuge der nächsten Tranche für die Weiterbildung die Anrechnungstunden erhöhen, um auf die Situation zu reagieren.

Ein Thema war auch, dass wir mit nur zwei zentrierten Standorten in Baden-Württemberg die Situation zu wenig räumlich abbilden. Deswegen werden wir auch im südlichen Baden-Württemberg eine Weiterqualifizierung anbieten, um Bewerberinnen und Bewerber in einer gewissen Nähe zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir reagieren auf die Situation. Wir nehmen die Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Anliegen ernst. Deshalb glaube ich, dass es gut ist, dass wir das Konzept in diesen Punkten korrigieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Natürlich bedeutet es auch in der Umsetzung, dass diejenigen, die durch die Weiterqualifizierung in A 13 sind, diese Stelle auch bekommen. Das wissen wir, sonst wäre es ja ein leeres Versprechen, und deshalb setzen wir das natürlich auch um.

Ich glaube, es gehört auch dazu: Wenn man die Haupt- und Werkrealschulen in ihrer Perspektive hervorhebt und auch

deutlich macht, dass man diese Schulart für die Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft braucht, ist tatsächlich auch die Frage richtig – Herr Brauer, Sie haben es angesprochen –, welche Perspektive Lehrerinnen und Lehrer haben, die in der Haupt- und Werkrealschule bleiben, die sich dort zu diesem Schultyp und dieser Schulart bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Deshalb arbeiten wir in Absprache mit den beiden Koalitionsfraktionen, mit der grünen Landtagsfraktion und der CDU, daran, dass wir ein Konzept entwickeln, wie wir auch den Hauptschullehrerinnen und -lehrern, die in der Haupt- und Werkrealschule bleiben, eine Perspektive nach A 13 ermöglichen können.

(Zuruf: Sehr gut!)

Es wird sicher nicht für alle sein, keine generelle Beförderung sein – dazu bekenne ich mich –, weil es tatsächlich auch von der Frage abhängt, was man finanziell darstellen kann.

Auch Bildungspolitik hat Haushaltsgrundsätze. Deshalb ist das der eine Punkt. Aber wir arbeiten momentan an einem Konzept, eine Perspektive zu vermitteln, um die schwierige Situation, die an den Hauptschulen herrscht, zu meistern. Es kommen nämlich jetzt aufgrund einer Studienveränderung neue ausgebildete Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrer, die aufgrund eines veränderten Studiums in A 13 besoldet sind.

Wir haben – ich habe es gerade erwähnt – eine Weiterqualifizierung für diejenigen, die die Schulart wechseln, und wir haben wirklich verdiente und hervorragend arbeitende Lehrerinnen und Lehrer in den Haupt- und Werkrealschulen, die in A 12 sind und keine Chance haben, nach A 13 zu kommen. Den Letztgenannten werden wir eine Perspektive bieten; daran arbeiten wir. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiges Signal, wenn man diese Schulart ernst nimmt, die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer schätzt, diesen Schritt zu gehen. Der Vorschlag wird in den nächsten Wochen kommen.

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Kleinböck, Sie hatten sich noch gemeldet, und Sie haben noch Redezeit.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Boser, Sie können doch nachlesen, dass es diese vier Gruppen gibt, dass die Lehrkräfte, die an der Realschule unterrichten, in Gruppe 1 sind, und die, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten, in Gruppe 3 sind.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Da wäre doch der erste Schritt, diese Ungleichbehandlung dadurch aufzulösen, dass die, die bereits an der Gemeinschaftsschule unterrichten, auch in die Gruppe 1 kommen.

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, Ihr Antrag ist zwar im Prinzip sinnvoll. Wir werden uns aber einfach deshalb enthalten, weil wir klären müssen, wie, in welchem Umfang und an welcher Stelle diese Weiterqualifizierung stattfinden soll, wo die entsprechenden Lehrkräfte auch einzusortieren sind. Dann

(Gerhard Kleinböck)

können wir natürlich gemeinsam darüber reden, was wir mit den Werkrealschullehrkräften machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen sprechen doch für sich. Die Entwicklung, lieber Kollege Haser, wurde ja nicht durch die grün-rote Landesregierung initiiert. Bereits 2009 waren in Mannheim die Hälfte der Hauptschulen geschlossen. Sie können nicht sagen, die wussten damals schon, dass zwei Jahre später die SPD das Kultusministerium übernehmen wird. Ein vorauseilender Gehorsam macht an dieser Stelle wenig Sinn.

Diese schulstrukturelle Frage, dass eben die Hauptschule, die Werkrealschule kein Zukunftsmodell ist, kann doch nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden. Ich bleibe bei dem, was wir in den letzten fünf Jahren immer deutlich gemacht haben: Eine Weiterentwicklung der Haupt- und Werkrealschulen zur Gemeinschaftsschule oder Realschule ist zwingend notwendig, da beide integrierten Schularten auch den Hauptschulabschluss anbieten.

Zur Stärkung der Realschulen braucht es aber mehr als nur diese zusätzlichen Poolstunden; sie brauchen auch eine aktive Unterstützung, damit dort die Möglichkeit besteht, auf den zwei Niveaus zu unterrichten. Nur auf M-Niveau in den Klassen 5 und 6 zu unterrichten, das macht wenig Sinn. Das frustriert die Schülerinnen und Schüler und degradiert sie zu Verlierern. Liebe Kollegen, ich denke, wenn man von Pädagogik ein bisschen was versteht, muss man diese Linie ganz schnell verlassen, um hier Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Haser, Sie werfen uns doch permanent vor, dass wir in diesen fünf Jahren viel zu viel gemacht hätten.

(Abg. Raimund Haser CDU: Nein, Ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Sie zu wenig gemacht haben!)

– Was hätten wir denn noch alles tun sollen? Das haben wir nicht gemacht. – Aber ansonsten haben wir nach Ihrem Dafürhalten viel zu viel gemacht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Viel zu viel falsch! Das ist das Problem!)

– Ja, das wissen wir doch alles. – Schauen Sie sich einmal die Entwicklung an: In den Siebzigerjahren hatten wir eine Übergangsquote auf die Hauptschulen von fast zwei Dritteln. Dass wir heute bei unter 20 % liegen, ist eine Entwicklung, die Sie

doch nicht allen Ernstes einem SPD-Kultusminister zuschreiben können.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Um die Quote geht es doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Kleinböck, kommen Sie dann bitte zum Schluss.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich weiß, wer hier viele Jahre das Kultusressort verantwortet hat und wer eben auch nicht rechtzeitig gegengesteuert hat, als es um die Weiterentwicklung der Hauptschule gegangen ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und vor allem, wer sie in kürzester Zeit kaputt gemacht hat!)

Denn die Gründung bzw. das Modell der Werkrealschule war ja erkennbar eben auch ein Rohrkrepiere. Daher, meine Damen und Herren, müssen wir uns da auf den Weg machen und brauchen ein paar neue Ideen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/1927 (Geänderte Fassung). Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5772, vor, der die Aufnahme eines neuen Abschnitts II begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum ursprünglichen Berichtsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1927 (Geänderte Fassung), zurück. Diesen Antrag können wir für erledigt erklären. – Sie sind damit einverstanden.

Wir haben Tagesordnungspunkt 6 damit erledigt.

Die Fraktionen haben beschlossen, Tagesordnungspunkt 7 abzusetzen.

Dann kann ich die Sitzung für heute schließen. Wir treffen uns morgen um 9:30 Uhr wieder hier.

Schluss: 18:02 Uhr